

aktuelle analysen | 80



Hanns
Seidel
Stiftung

Die Europäische Union in der Corona-Weltwirtschaftskrise

Perspektiven und Handlungsoptionen
im geökonomischen Wettbewerb
zwischen den USA und China

Josef Braml

Die Europäische Union in der Corona-Weltwirtschaftskrise

Perspektiven und Handlungsoptionen im
geökonomischen Wettbewerb zwischen den USA und China

IMPRESSUM

ISBN	978-3-88795-591-5
Herausgeber	Copyright 2020, Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Lazarettstraße 33, 80636 München, Tel. +49 (0)89 / 1258-0 E-Mail: info@hss.de , Online: www.hss.de
Vorsitzender	Markus Ferber, MdEP
Generalsekretär	Oliver Jörg
Redaktion	Barbara Fürbeth (Redaktionsleiterin) Susanne Berke (Redakteurin) Marion Steib (Gestaltung, Satz, Layout)
V.i.S.d.P.	Thomas Reiner (Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit)
Umschlaggestaltung	Gundula Kalmer, München
Druck	Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Hausdruckerei, München
Hinweise	Der vorliegende Text gibt die Meinung des Autors wieder und nicht unbedingt die der Hanns-Seidel-Stiftung. Zur besseren Lesbarkeit der Texte wird auf die gleichzeitige Verwendung femininer und maskuliner Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten geschlechtsneutral bzw. für alle Geschlechter.

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V.

VORWORT



Markus Ferber, MdEP

Vorsitzender der
Hanns-Seidel-Stiftung

Die Europäische Union gerät international zunehmend zwischen die Fronten. Die Corona-Pandemie verstärkt den weltwirtschaftlichen Wettbewerb, insbesondere die feindliche Rivalität zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und China. In diesem Konflikt scheidet Neutralität für Brüssel als Handlungsoption aus, denn mit Washington verbindet es die Wertepartnerschaft der westlichen Welt. Und zahlreiche EU-Mitgliedstaaten gehören wie die Vereinigten Staaten dem Nordatlantikkpakt an.

Nichtsdestotrotz wendet sich die militärische und wirtschaftliche Supermacht jenseits des Atlantiks seit geraumer Zeit von ihren Verbündeten und Partnern in Europa ab und verlagert ihr internationales Interesse auf den asiatischen Kontinent. In diesem Kontext richten sich die Blicke insbesondere auf die in den Vereinigten Staaten Anfang November 2020 stattfindenden Präsidentschafts-

und Kongresswahlen. Aus Sicht der Europäischen Union stehen Fragen im Mittelpunkt wie die Auswirkungen dieser Abstimmungen auf die Zukunft von Freihandel, Multilateralismus und dem internationalen Engagement der Supermacht.

Gleichzeitig erweist sich China als ein zunehmend schwieriger Partner. Hoffnungen auf eine Liberalisierung des politischen Systems erfüllten sich nicht. Gerade das Gegenteil ist der Fall: Die kommunistische Partei greift nach Hongkong, die Europäische Union protestiert und verweist auf das Prinzip „Ein Land, zwei Systeme“. Vor diesem Hintergrund treibt Strategen in Brüssel die große Sorge um, dass durch chinesische Investitionsbeteiligungen an der kritischen Infrastruktur in Europa Gefahren ausgehen könnten. Außerdem stellt sich die EU-Politik die Frage, ob China ein verlässlicher Partner bei der Reform der Welthandelsorganisation ist. Wie hat sich Pekings Haltung im Zuge der Corona-Pandemie entwickelt?

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Energiepolitik. Hier setzte die Europäische Union mit ihrem „Grünen Deal“ Maßstäbe und verfolgt bei der Senkung von Treibhausgasen ehrgeizige Ziele, auch um seine Abhängigkeit von externen Lieferanten zu senken. Zusätzlich spielt Brüssel in die Hände, dass die Corona-Pandemie zu einem Nachfragerückgang und dadurch zu niedrigeren Preisen führte. Welchen Einfluss hat dies auf die Energiepolitik der Europäischen Union, der Vereinigten Staaten und China?

Geoökonomische Fragen wie diese haben eine große Relevanz für die Unternehmen in der Europäischen Union. Die Corona-Pandemie brachte Themen wie die Verletzbarkeit von Lieferketten und Zuverlässigkeit von Lieferanten auf die Tagesordnung, welche ohnehin unter dem Einfluss der Geopolitik stehen und zukünftig noch stärker stehen werden. Hohe Exportquoten sorgen bei den Unternehmen und ihren Mitarbeitern für ein gesteigertes Interesse an weltpolitischen Entwicklungen – insbesondere, welche Rolle die Europäische Union dabei einnimmt. In diesem Zusammenhang möchte die vorliegende Arbeit einen Diskussionsbeitrag liefern.

Ich wünsche eine angenehme und aufschlussreiche Lektüre.

///

Inhalt

Zusammenfassung zentraler Ergebnisse	10
Einleitung	14
1. Die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika	17
1.1 Corona-Pandemie: Soziale und wirtschaftliche Folgen in den USA	17
1.2 Außenpolitik als Wahlkampfthema	20
1.3 Knapper werdende Ressourcen: Außenpolitische Auswirkungen	23
1.4 Empfehlung einer umfassenderen Berechnung der Lastenteilung	27
2. Die Beziehungen zwischen der EU und China	30
2.1 Kooperations- und Verhandlungspartnerschaft	30
2.2 Wettbewerb	32
2.3 Systemische Rivalität	36
2.4 Transatlantisch-pazifische China-Politik?	38
2.5 Empfehlungen für eine „globale Allianz der Demokratien“	42

3. Energiepolitik	45
3.1 Doppelkrise: Nachfrageeinbruch und Überproduktion	45
3.2 Geoökonomie der USA: Strategie kommt China zugute	46
3.2.1 Deal mit Saudi-Arabien: Sicherheit für weniger Öl	47
3.2.2 „Freedom Gas“ gegen Russland	49
3.2.3 „Maximaler Druck“ auf den Iran	50
3.3 Chinas Seidenstraßen-Pläne – eine Bedrohung für die USA	53
3.4 Handlungsoptionen für transatlantische Energie- und Umwelt-Kooperation	54
4. Zukunft der internationalen Handelsordnung und des Multilateralismus	57
4.1 Das Ende des Endes der Geschichte	57
4.2 Währungsfragen sind Machtfragen	58
4.3 Interdependenz – alte Schwächen, neue Stärke	59
4.4 Die „Grand Strategy“ der USA	60
4.5 Das Recht des Stärkeren gegen die rule of law	61
4.6 Notwendige Reaktionen der EU	63
Anmerkungen	69



Dr. Josef Braml

leitet seit Juni 2019 das Amerika-Programm der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) in Berlin. Als geschäftsführender Herausgeber und Redakteur des Jahrbuchs Internationale Politik zeichnet er für mehrere Standardwerke der Internationalen Beziehungen verantwortlich. Seit Januar 2020 ist er zudem Generalsekretär der Deutschen Gruppe der Trilateralen Kommission.

Die Europäische Union in der Corona-Weltwirtschaftskrise

Perspektiven und Handlungsoptionen im
geoökonomischen Wettbewerb zwischen den USA und China

Zusammenfassung zentraler Ergebnisse

Die Coronavirus-Krise hat geoökonomische Rivalitäten verstärkt.

Die durch die Corona-Pandemie in Mitleidenschaft gezogene Weltwirtschaft kann sich nur wieder erholen, wenn das Virus weltweit besiegt wird – was eine globale Zusammenarbeit erfordern würde. Allerdings hat die Coronavirus-Krise bestehende geoökonomische¹ Rivalitäten verstärkt, insbesondere zwischen den USA und China. Durch die Auswirkungen der Pandemie ist auch Chinas Kommunistische Partei in Gefahr – weshalb sie versucht, im Innern die Debatte über das Virus zu unterdrücken und mit einer aggressiven Außenpolitik davon abzulenken.² Ebenso benötigt US-Präsident Trump einen äußeren Feind, um zu Hause die Reihen zu schließen. Trump versucht, vom eigenen Versagen abzulenken und seine Wiederwahl zu sichern, indem er China für die Ausbreitung des „China“-Virus in den USA verantwortlich macht. Mit ihren Schuldzuweisungen rechtfertigt die Trump-Regierung eine noch härtere Gangart gegenüber China. Die mittlerweile parteiübergreifend kritische Haltung wird im Wahlkampf auf beiden Seiten vertreten und unabhängig vom Ausgang der Präsidentschafts- und Kongresswahlen auch nach dem 3. November bestehen bleiben.

Nach dem Ansinnen Washingtons darf dem strategischen Rivalen China künftig auch nicht mehr durch wirtschaftlichen Austausch geholfen werden, ökonomisch und technologisch aufzusteigen. Vielmehr muss mit allen Mitteln verhindert werden, dass China die USA in den technologischen Schlüsselbereichen überholt. Um Chinas ökonomische und militärische Modernisierung zu drosseln, forcieren die Vereinigten Staaten anstelle der bisherigen Politik der Einbindung und Integration eine Strategie der wirtschaftlichen Entkoppelung (decoupling).

Die Corona-Pandemie hat diesen De-Globalisierungstrend verstärkt. Immer mehr Firmen in den USA und Europa versuchen, auf Kosten der „Effizienz“, etwa der bisherigen international vernetzten Just-in-time-Produktion, mehr „Resilienz“ zu gewinnen. Dieses „Nearshoring“, „Reshoring“ oder die „Lokalisierung“ bedeutet, dass westliche Firmen ihre Lieferketten aus China wieder nach Hause verlagern. Einige Industriezweige, insbesondere im Technologie- und Pharmasektor, werden umso mehr unter Druck der Regierungen in den USA und anderswo geraten, dasselbe zu tun. Mit Argusaugen achtet insbesondere Washington darauf, dass die für seine strategischen Industrien wichtigen Lieferketten von China unabhängiger werden.

Konkret managt oder manipuliert die US-Regierung Daten-, Handels-, Energie- und Finanz-Ströme, insbesondere durch (Sekundär-)Sanktionen. Das Spiel der Kräfte auf sogenannten freien Märkten tritt noch mehr in den Hinter-

grund und wird von den USA nur solange akzeptiert, wie es dem politischen Ziel geostrategischer Dominanz dient. Damit wird die moderne, liberale Grundidee freier Marktwirtschaften, das Win-win-Denken, preisgegeben zugunsten eines vorindustriellen, merkantilistischen Nullsummendenkens: Einer gewinnt, alle anderen verlieren. Diese Haltung, die US-Präsident Trump und seine Wirtschafts- und Sicherheitsberater freimütig zum Ausdruck bringen,³ ist auch kompatibel mit dem neo-realistischen Denken internationaler Beziehungen, gemäß dem ökonomische Kraft eine der Grundvoraussetzungen für militärische „Hard Power“⁴ ist. Umgekehrt kann die „harte Macht“ genutzt werden, um wirtschaftliche Vorteile zu erzielen: Die „unsichtbare Hand“ des Marktes funktioniert besser mit der oft schon leicht sichtbaren Faust in der Tasche.

Die Europäische Union, allen voran Deutschland, sollten sich nicht auf das „Recht des Stärkeren“ berufen, allein schon, weil sie es nicht können. Sie sind aufgrund ihrer militärischen Schwäche und der Präsenz ihrer Unternehmen auf globalen Märkten in besonderem Maße von der rule of law – den multilateralen Regeln etwa der Welthandelsorganisation (WTO) – abhängig, die für alle 164 Mitgliedstaaten gelten. Die USA unter Präsident Trump sind hingegen der Meinung, dass ihre auf wirtschaftlicher und militärischer Stärke fußende Macht von multilateralen Regeln nur beschnitten werde und vielmehr den Rivalen China und Europa helfe. US-Präsident Trump gilt mittlerweile in Europa als die größte Bedrohung für das multilaterale System – und nicht Chinas Führung. Doch wer Peking als verlässlicheren Partner sieht, etwa um die WTO zu reformieren, übersieht Chinas ebenso opportunistische Interpretation von Multilateralismus, die sich grundlegend vom regelbasierten Verständnis Europas unterscheidet.⁵

Steigende chinesisch-amerikanische Spannungen werden nicht nur spaltende Wirkung auf multilaterale Organisationen, sondern auch erhebliche Auswirkungen auf „Dual Options“-Länder wie Deutschland haben, die starke nationale Sicherheitsbeziehungen zu den USA unterhalten, aber ebenso umfangreiche wirtschaftliche Beziehungen mit den USA und China pflegen. Die Kosten dieser Doppel-Strategie werden in Zukunft steigen, wie dies bereits im Technologiesektor deutlich wird (zum Beispiel 5G/Huawei). Im Ringen um technopolitische Einflusssphären werden die USA den Druck auf Drittstaaten verstärken und sie vor die Wahl stellen, entweder mit Amerika oder mit China Geschäfte zu betreiben. Eine in chinesische und amerikanische Standards und Systeme zweigeteilte Welt ist die Folge.

Die EU und Deutschland können sich nicht auf das „Recht des Stärkeren“ berufen.

Obwohl die transatlantische Werte-, Wirtschafts-, und Sicherheitsgemeinschaft durch eine zweite Amtszeit Trumps auf eine noch härtere Nagelprobe gestellt werden könnte, wären Äquidistanz zwischen den USA und China⁶ oder gar eine stärkere Annäherung an China in keinem Fall sinnvolle Optionen, allein schon wegen der Werte-Distanz zu China und der sicherheitspolitischen Abhängigkeit Europas von den USA.

Worthülsen wie „strategische Unabhängigkeit“ oder „Autonomie“ kaschieren bislang nur den Mangel an Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit der EU, die dringend nötig wäre, um sich auf diese neue Weltordnung einzustellen. Die Europäische Union ist in besonderem Maße anfällig für die „Teile und beherrsche“-Strategien der Großmächte, allen voran Chinas und der USA. Um ihre politische Anfälligkeit zu überwinden und ihre Handlungsfähigkeit zu verbessern und „weltpolitikfähig“ zu werden, sollte die EU in der Außen- und Sicherheitspolitik von der Illusion der Einstimmigkeit hin zu einer realistischeren Konsensfindung in Form einer qualifizierten Mehrheitsentscheidung finden.

Die Präsidentin der neuen Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, hat eine „geopolitische Kommission“ zusammengestellt, die als „Beschützer des Multilateralismus“ handeln soll. Das ökonomische Gewicht der EU muss künftig stärker eingesetzt werden, um in der Außen- und Handelspolitik europäische Interessen und Werte zu verteidigen.⁷ In einem kompetitiveren internationalen Umfeld muss die EU ihre eigene Wirtschaftsmacht stärker strategisch einsetzen.

**Entscheidungsträger
sollten sich auf
härtere Bedingungen
der USA einstellen.**

Europas Entscheidungsträger sollten sich – auch für den Fall einer Regierung Joe Bidens – auf härtere Markt-Macht-Bedingungen Amerikas einstellen, die bereits vom amtierenden Präsidenten Trump forciert werden. Die Vereinigten Staaten werden weiterhin ihre Wirtschafts- und Militärmacht als kompetitiven Wettbewerbsvorteil einsetzen; das gilt erst recht gegenüber schutzbedürftigen Ländern in Europa.

Die USA werden bei Verhandlungen künftig mehr ökonomische Gegenleistungen für militärischen und sicherheitsdienstlichen Schutz fordern. Im Gegenzug sollten die Europäer auch Garantien dafür einfordern. Neben einem klaren – beiderseitigen – Bekenntnis zu einer möglicherweise zu erweiternden NATO (Stichwort: „Globale NATO“) wäre auch die Aufnahme europäischer Staaten in den bislang exklusiven Club der „Five Eyes“ denkbar, in die Geheimdienstallianz, die bislang nur Australien, Kanada, Neuseeland, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten umfasst.

Die Europäer könnten auch etwas selbstbewusster auf ihren geleisteten Beitrag zur gemeinsamen Sicherheit verweisen: Seit Jahrzehnten finanzieren sie Konsum, Wirtschaft und auch das Aufrüsten der USA, nicht zuletzt durch die im Handel verdienten Währungsreserven und Ersparnisse. Künftig dürften diese Anlagen mehr Wertschätzung erfahren, zumal die internationalen Anleger begonnen haben, das Vertrauen in die Nachhaltigkeit der US-Konjunkturerholung und den US-Markt zu verlieren. Zwischenzeitlich ist der Dollar auf ein Zweijahrestief gefallen.

Die Rettungspakete zur Wiederbelebung der durch die Corona-Pandemie in Mitleidenschaft gezogenen europäischen Wirtschaft und die Zukunftsprojekte des „Green Deal“ und der Digitalisierung geben nunmehr auch Europa die Chance, seine Märkte zu „vertiefen“. Angesichts der besonders prekären sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lage in den USA und China sollten europäische Staaten und institutionelle Anleger ihre Kapitalreserven sicherer, gewinnbringender und strategisch sinnvoller in den Euro und die ökonomische und militärische Ertüchtigung Europas (Stichwort: European Defence Fund) investieren, auch, um den Kontinent für den härter werdenden geoökonomischen Wettbewerb zu wappnen. Nur der europäische Verbund gewährleistet Marktmacht und Handlungsoptionen, damit Europas Länder weiterhin selbstbestimmt wirtschaften und leben können.

Europa hat die Chance, seine Märkte zu „vertiefen“.

Einleitung

Die Pandemie konnte in Europa und Asien besser eingedämmt werden als in den USA.

Die aktuellen Daten über Coronavirus-Infektionen und -Todesfälle deuten darauf hin, dass die Pandemie in Europa und Asien bislang besser eingedämmt werden konnte als in den Vereinigten Staaten, wo sie außer Kontrolle zu geraten droht. Sollte die US-Wirtschaft wieder zum Stillstand gezwungen werden, würden sich jedoch auch hierzulande die Hoffnungen auf eine V-förmige Erholung verflüchtigen, und die immer noch überschwänglichen Aktienmärkte müssten hüben wie drüben die ohnehin schon düstere Lage der Realwirtschaft reflektieren.

Die Corona-Pandemie und die von ihr ausgelöste Weltwirtschaftskrise werden nicht zur globalen Kooperation führen, sondern bestehende geoökonomische Rivalitäten, vor allem zwischen den USA und China, verstärken und dabei auch Deutschland und Europa in Mitleidenschaft ziehen. Obwohl zur Bekämpfung der globalen Pandemie – und der von ihr ausgelösten Weltwirtschaftskrise – kooperatives Verhalten der wichtigsten Staaten überlebensnotwendig wäre, verschärfte US-Präsident Donald Trump die bisherige Konfrontation mit China und attackierte die Weltgesundheitsorganisation (WHO). Trump bringt Sündenböcke in Stellung, um vom eigenen Versagen in der Krise und den gravierenden sozialen und wirtschaftlichen Folgen in seinem Land abzulenken, die seine Wiederwahl gefährden. Mit scharfer Rhetorik macht die Trump-Administration China für die Folgen der Pandemie in den USA verantwortlich.

Wenn sich zwei streiten, hat der Dritte, namentlich Europa, auch keinen Grund zur Freude. Wegen des verschärften Kräftemessens der beiden wirtschaftlichen Giganten wird die europäische Wirtschaft Kollateralschäden erleiden. Allen voran wird Deutschlands Wirtschaft und Politik noch mehr in die Zwickmühlen von Chinas und Amerikas Weltmachtambitionen geraten.

Zwar haben Chinas intransparentes Handeln nach dem Ausbruch der Pandemie und das Bewusstwerden der übermäßigen Abhängigkeit Europas von chinesischen medizinischen Hilfsgütern Chinas Ansehen in Europa beschädigt und die europäische Haltung der härteren Position der USA nähergebracht. Doch der bisherige Umgang der US-Regierung mit der Corona-Pandemie hat auch die Hoffnung desillusioniert, dass angesichts einer lebensbedrohlichen Lage die transatlantische Zusammenarbeit verbessert werden würde. Umso mehr belasten technologische Zukunftsfragen – bei denen Europa künftig Farbe bekennen muss – das transatlantische Verhältnis.

Der transatlantische Streit um die 5G-Technologie des chinesischen Anbieters Huawei ist nur die Spitze des Eisbergs grundlegender Rivalitäten im Bereich Geo-Technologie. „Big Data“ und die Fähigkeit, große Datenmengen mit künstlicher Intelligenz für wirtschaftliche Entwicklung sowie politische und militärische Macht nutzbar zu machen, sind die eigentlichen „Game Changer“. Denn sie werden den Ausschlag darüber geben, wer im künftigen wirtschaftlichen und militärischen Wettbewerb führen und dann auch die Spielregeln, die Welt(-wirtschafts)ordnung, in seinem Interesse bestimmen wird.

Die Trump-Regierung hat schon dafür gesorgt, dass das auf Energiemärkten ohnehin nur schwach ausgeprägte Markt-Paradigma umso mehr von Geopolitik verdrängt wurde. Um die US-Öl- und Gasindustrie, die bereits wegen dem Corona-bedingten Einbruch der Nachfrage in Notlage geraten ist, vor der Konkurrenz kostengünstigerer Produzenten wie Saudi-Arabien, Russland oder Iran⁸ zu schützen, forciert die Trump-Regierung alle ihr zur Verfügung stehenden geoökonomischen Machtmittel, die auch auf Kosten der wirtschaftlichen Interessen von Amerikas Alliierten in Europa und Asien gehen.

Wegen ihrer durch die Pandemie verschärften wirtschaftlichen Notlage und enormen Verschuldung werden die USA – auch im Falle einer künftigen Regierung unter Joe Biden – umso mehr versuchen, aus der ökonomischen und insbesondere militärischen Abhängigkeit ihrer Verbündeten in Europa und Asien Kapital zu schlagen. Wer sich selbst kein einsatzfähiges Militär leistet, muss wohl oder übel Tribut für die Leistungen der Schutzmacht zollen und in der Währungs- oder Handelspolitik dafür zahlen. Um das Wohlwollen der USA zu erwirken, dürfen Verbündete etwa „Freiheitsgas“ oder amerikanische Rüstungsgüter wie Kampfflugzeuge kaufen und so das Handelsdefizit der USA verringern helfen.

Von diesem transaktionalen, auf den eigenen Vorteil bedachten Vorgehen, das auch Chinas Sicherheits- und Wirtschaftsberatern trotz „Win-win“-Rhetorik nicht fremd ist, sind nicht nur die im Energie- und Militärsektor tätigen europäischen Unternehmen betroffen. International agierende deutsche Unternehmen sind insbesondere in das Fadenkreuz geoökonomischer Strategien der Großmächte USA und China geraten. Denn Deutschland ist eine der international verflochtensten und somit am meisten verwundbaren Volkswirtschaften der Welt.

Die USA werden aus der Abhängigkeit ihrer Verbündeten Kapital schlagen.

In dem immer dominanter werdenden geoökonomischen Denken der Weltmächte sind wirtschaftliche Verflechtung und weltweite Arbeitsteilung nicht mehr notwendigerweise Garant für Wohlstand und Frieden. Stattdessen werden sie zum Risiko, da Ungleichgewichte in der gegenseitigen Abhängigkeit ausgenutzt werden können. Wertschöpfungsketten und Handelsbeziehungen sind „weaponizeable“ geworden: Sie werden zum Objekt geostrategischer Ambitionen.

**Es ist höchste Zeit,
dass Europa
seine Rhetorik in
Taten umsetzt.**

Es ist höchste Zeit, dass Europa seine Rhetorik (Stichwort: „geopolitische Kommission“) in Taten umsetzt, um die Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit der Europäischen Union zu verbessern. Nur dieser supranationale Rahmen gewährt europäischen Staaten die nötige Souveränität, um in der neuen Weltordnung selbstbestimmt wirtschaften und leben zu können. Denn sowohl die USA als auch China werden künftig mit härteren Bandagen spielen und die Uneinigkeit Europas auszunutzen wissen.

1. Die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika

Die Corona-Pandemie verschärft die ohnehin angespannte soziale und wirtschaftliche Lage in den USA, die Trumps Wiederwahl gefährdet und sich auch über eine aggressivere Außenpolitik nach außen entlädt. Bislang betrifft sie vor allem China – aber auch Europa dürfte nicht verschont bleiben. Allein schon wegen des Kräftemessens der beiden wirtschaftlichen und militärischen Gegenspieler wird die europäische Wirtschaft – auch im Falle einer Biden-Regierung nach den US-Wahlen – weitere Kollateralschäden erleiden.

1.1 Corona-Pandemie: Soziale und wirtschaftliche Folgen in den USA

Anders als die meisten Staaten Europas haben es die USA versäumt, die Ausbreitung des Coronavirus einzudämmen; die Zahlen registrierter Infektionen und der Todesopfer steigen weiterhin merklich an. Laut den Daten der Johns Hopkins University markierte der Juli 2020 einen Negativ-Rekord in den USA, mit mehr als 1,9 Millionen gemeldeten Coronavirus-Neuinfektionen – mit Abstand die höchste Zahl in einem Monat und ein düsteres Zeichen dafür, dass das Land die Kontrolle über die Ausbreitung der Pandemie verloren hat. Die Einzelstaaten im Süden und Westen sind am stärksten von der neuen Welle betroffen. Im Juli gab es in Texas 261.000 und in Kalifornien mehr als 270.000 neue Fälle, Florida verdreifachte seine Statistik mit 318.000 neuen Fällen. Die Gesamtzahl neuer Infektionen war im Juli mehr als doppelt so hoch wie im Vormonat und macht 42 Prozent der 4,5 Millionen Fälle aus, die das Land seit dem Ausbruch der Pandemie bis zum Juli 2020 registriert hat.⁹

Auch die Todesfälle im Zusammenhang mit dem Coronavirus sind wieder gestiegen, nachdem sie im April und Mai zurückgegangen waren. Die USA verzeichneten im Juli 25.259 Todesopfer, 3.700 mehr als im Vormonat. Damit stieg die Gesamtzahl der Todesopfer auf über 150.000. Aufgrund der weiteren Ausbreitung des Virus erwarten Gesundheitsexperten, dass die täglichen Todesfälle bereits in den Sommermonaten weiter steigen werden. Nach dem bislang letzten Stand (vom 30. August 2020) haben über 182.000 Menschen in den USA ihr Leben wegen Corona verloren.¹⁰ Das sind weitaus mehr Tote als alle amerikanischen Gefallenen der jüngsten Kriege der US-Geschichte zusammengenommen (Korea-Krieg, Vietnam-Krieg und der Krieg gegen den Terror).

Die USA haben die Kontrolle über die Ausbreitung der Pandemie verloren.

Doch die US-Regierung – sei es auf nationaler, einzelstaatlicher oder regionaler Ebene – ist alles andere als gewappnet und mobilisiert gegen die tödliche Gefahr. Die staatlichen Stellen sind medizinisch unzureichend ausgerüstet und auch politisch weiterhin überfordert. Die Verantwortlichen auf allen Regierungsebenen verbrachten den Juli mehr oder weniger damit, darüber zu streiten, ob sie die Wiedereröffnung zurückfahren und eine Maskenpflicht oder andere Auflagen zur Gewährleistung der öffentlichen Gesundheit einführen sollten, die von führenden Gesundheitsexperten empfohlen werden. „Wir haben an vielen Orten im ganzen Land zu schnell wieder geöffnet, wir waren nicht vereint und konsequent in unseren Botschaften, und jetzt sehen wir, wo wir sind“, sagte Tom Inglesby, Direktor des Johns Hopkins Center for Health Security, in einem CNN-Interview am 31. Juli 2020.¹¹

Die Pandemie hat die Ungleichheiten in der US-Gesellschaft offengelegt.

Das Versäumnis der Regierung, finanzielle Unterstützungsleistungen zu verlängern, stellt eine weitere Existenzbedrohung für viele Haushalte mit niedrigem Einkommen dar. Die Corona-Pandemie hat die gravierenden Ungleichheiten in der amerikanischen Gesellschaft gnadenlos offengelegt. Die Pandemie und die damit verbundenen Arbeitsplatzverluste waren besonders verheerend für afroamerikanische und hispanische Haushalte. Die Minderheiten sind durch die Corona-Pandemie stärker betroffen, weil sie bereits vorher höhere Arbeitslosenzahlen, niedrigere Löhne und viel weniger Ersparnisse hatten, auf die sie jetzt zurückgreifen könnten.¹² Die Wirtschaftskrise wird die prekäre Lage insbesondere der afroamerikanischen und hispanischen Minderheiten noch weiter verschärfen. Mit ihrem Job verlieren viele US-Bürger in der Regel auch ihren Krankenversicherungsschutz und ihre einzige Möglichkeit für ihren Lebensunterhalt.

Die Konsumausgaben und das Wirtschaftswachstum (BIP) sind drastisch gesunken. Das US-BIP verzeichnete im zweiten Quartal 2020 einen auf das Jahr hochgerechneten Rekordeinbruch von 32,9 Prozent, wie aus den Daten des Handelsministeriums vom 30. Juli hervorgeht.¹³ Die Corona-Pandemie verursachte einen erheblichen Rückgang der Konsumausgaben, Unternehmensinvestitionen und Exporte.

Die Anleger an den US-Aktienmärkten hingegen feiern neue Höchststände und bleiben bislang von den düsteren Wirtschaftsnachrichten unbehelligt. Viele kurzfristige makroökonomische Indikatoren, etwa die Einkaufsmanager-Indizes des verarbeitenden Gewerbes (PMIs) oder die wöchentlichen Arbeitslosenmeldungen, nähren immer noch die Hoffnung auf eine V-förmige Erholung. Diese setzt aber voraus, dass die großen Volkswirtschaften nicht gezwungen werden, wieder zu schließen. Angesichts der weiterhin alarmierenden Infektionszahlen, vor allem in den USA, ist es jedoch nur eine Frage der Zeit, bis die Aktienmärkte die düstere wirtschaftliche Lage der Realwirtschaft widerspiegeln.

Bisher scheinen die Finanzmärkte noch mit anhaltenden massiven staatlichen Konjunkturprogrammen und der Entdeckung eines Impfstoffs zu rechnen. Die Unfähigkeit der US-Politiker, einen Konsens über künftige Konjunkturmaßnahmen zu erzielen, könnte jedoch die optimistische Marktstimmung dämpfen. Nachdem sich Demokraten und Republikaner im Kongress mit dem Weißen Haus bislang nicht darauf einigen konnten, wie und in welchem Umfang etwa die Arbeitslosenunterstützung verlängert werden kann, verlieren Millionen von US-Haushalten ihre Existenzgrundlage – das Rettungsboot, das sie in den vergangenen vier Monaten über Wasser gehalten hatte.

Die US-Notenbank (Federal Reserve, Fed) ist besorgt, dass die höheren Infektionszahlen die wirtschaftliche Erholung vereiteln könnten: Jay Powell, der Vorsitzende der Fed, warnte am 29. Juli 2020 in einer Pressekonferenz, dass der Anstieg der Infektionen in vielen US-Bundesstaaten die Wirtschaft zu beeinträchtigen begonnen habe, und verwies auf „nicht standardmäßige Hochfrequenzdaten“ bei Kreditkartenzahlungen, Beschäftigung, Verbraucherumfragen etc., die Anlass zur Sorge geben.¹⁴

Um sicherzugehen, dass nicht auch noch höhere Zinsen die angeschlagene Wirtschaft zusätzlich schwächen, bestätigte die US-Notenbank in ihrer Sitzung vom 28. und 29. Juli ihre lockere Geldpolitik. Der Leitzins, die Federal Funds Rate, blieb unverändert bei einer Spanne von 0 bis 0,25 Prozent. Ebenso werden die Wertpapierkäufe und die Kreditprogramme fortgesetzt. Die Fed wird sämtliche Notfallkredite bis Ende des Jahres 2020 verlängern, anstatt sie planmäßig Ende September auslaufen zu lassen.

Um Bedenken zu zerstreuen, dass die Pandemie weitere Unruhe auf den internationalen Finanzmärkten auslösen könnte und wie zu Beginn wieder zu einer Dollar-Knappheit führt, kündigte die Fed am 29. Juli zudem an, Notfall-Swaps mit einigen Zentralbanken bis Ende des ersten Quartals 2021 zu verlängern sowie eine vorübergehende Rückkauffazität für internationale Währungsbehörden beizubehalten, damit diese US-Staatsanleihen weiterhin gegen Dollar tauschen können.¹⁵ Daraufhin fiel der Dollar auf ein Zwei-Jahres-Tief, nicht zuletzt auch, weil der massive Anstieg der Corona-Virusfälle in den USA dazu geführt hatte, dass internationale Anleger begonnen haben, das Vertrauen in die Nachhaltigkeit der US-Konjunkturerholung zu verlieren.

Trumps Unbeholfenheit als Krisenmanager und die damit verschlechterten Aussichten für die wirtschaftliche Entwicklung bedrohen seine Wiederwahl. Ist doch Amtsinhaber Trump bisher mit guten wirtschaftlichen Daten auf Stimmenfang gegangen. Nachdem Trump anfänglich die Gefahr des Virus unterschätzte, die Warnungen seiner Nachrichtendienste, Gesundheitsbe-

Internationale Anleger verlieren das Vertrauen in die US-Konjunkturerholung.

hörden und Mitarbeiter ignorierte und zunächst sogar noch die chinesische Führung für ihren Umgang mit dem Virus lobte, bringt er jetzt China als Sündenbock in Stellung, um von seinem Versagen abzulenken.

US-Wähler und Parteien artikulieren ihre negative Haltung gegenüber China.

1.2 Außenpolitik als Wahlkampfthema

Mit scharfer Rhetorik macht die Trump-Administration China für die Ausbreitung der Pandemie in den USA verantwortlich. Das „China-Virus“, dessen Ursprung das Weiße Haus medienwirksam in chinesischen Labors vermutet, ist laut US-Präsident Trump ein „Angriff“, der schlimmer als Japans Überfall auf Pearl Harbor im Zweiten Weltkrieg oder die Terrorattacken vom 11. September 2001 sei.¹⁶ Fest zum Gegenangriff entschlossen, hat Oberbefehlshaber Trump bereits seine Administration angewiesen, geökonomische Strafmaßnahmen gegen China vorzubereiten.

Auch für die Zeit nach den US-Wahlen sollten deutsche und europäische Entscheidungsträger mit einem härteren Vorgehen der USA gegenüber China rechnen, was auch Europas Wirtschaft und Außenpolitik beeinträchtigen wird. Mittlerweile artikulieren die politischen Verantwortlichen beider Parteien mit immer schärferen Worten, die merklich negativer gewordenen Haltungen ihrer Wähler gegenüber China.

Laut der jüngsten Umfrage des Pew Research Center, die im Juni und Juli 2020 durchgeführt wurde, haben 73 Prozent der Wahlberechtigten in den USA eine schlechte Meinung von China, 26 Prozentpunkte mehr als 2018. Unter den Amerikanern herrscht ein weit verbreitetes Gefühl, dass China für den Ausbruch und auch die Ausbreitung des Coronavirus in den USA verantwortlich ist.¹⁷

Während die Republikaner ohnehin schon seit Längerem etwas härter gegenüber China eingestellt sind als die Demokraten, ist mittlerweile die kritische Haltung in den USA rapide und parteiübergreifend gestiegen. In der jüngsten Umfrage vom Juni und Juli 2020 sagen 83 Prozent der Republikaner und der ihnen nahe Stehenden sowie 68 Prozent der Demokraten und der ihnen nahe Stehenden, dass sie eine kritische Sicht auf China haben – Rekordhöhen für beide Gruppen.¹⁸

Es sind vor allem, aber nicht nur, die Republikaner (66 Prozent), die denn auch eine härtere Politik gegen China fordern. Rund vier von zehn Republikanern beschreiben China als Feind (38 Prozent) und nicht als Konkurrent (53 Prozent) oder Partner (8 Prozent). Unter den Demokraten bezeichnen

weniger (19 Prozent) China als Feind, während 61 Prozent das Land als Konkurrenten sehen und 19 Prozent sagen, dass sie es als Partner betrachten. Wenn es jedoch um Ansichten zu den wirtschaftlichen Beziehungen zu China geht, sind es vielmehr die Demokraten als die Republikaner, die sie als unvoreilhaft bezeichnen (73 versus 63 Prozent).¹⁹

Sowohl Donald Trump als auch sein demokratischer Herausforderer Joe Biden haben China zu einem zentralen Wahlkampfthema gemacht. Die beiden Kontrahenten versuchen sich mit ihrer China-Kritik gegenseitig zu überbieten.²⁰ In diesem „China Bashing“-Wettbewerb hat Trump jedoch einen institutionellen Vorteil – er ist Präsident und Oberbefehlshaber und kann mit seinem Vorgehen gegen China die Agenda bestimmen und die Diskurs-hoheit einnehmen.

Die Rhetorik der Trump-Administration lässt noch mehr Konfrontation erwarten. In einer Reihe von vier Reden, die an den Kalten Krieg erinnern, sprachen sich die Falken in Trumps Entourage dafür aus, das „blinde Engagement“ mit China aufzugeben und eine konfrontativere Haltung einzunehmen. Am 26. Juni 2020 sagte der Nationale Sicherheitsberater des US-Präsidenten, Robert O'Brien, Chinas Präsident Xi Jinping sehe sich „als Nachfolger Josef Stalins“. Am 7. Juli behauptete FBI-Direktor Christopher Wray, dass China „mit allen notwendigen Mitteln die einzige Supermacht der Welt“ werden wolle und warnte vor seinen umfangreichen Bemühungen, Amerikaner auszuspionieren, zu beeinflussen und zu kooptieren. Am 17. Juli warf US-Justizminister William Barr Hollywood-Studios und Amerikas Tech-Giganten vor, zu Spielfiguren – namentlich „Bauern chinesischen Einflusses“ – geworden zu sein. Und am 23. Juli erklärte US-Außenminister Mike Pompeo, dass Chinas Präsident Xi Jinping in einen jahrzehntelangen Kampf um die globale Vorherrschaft verwickelt sei und dass sich die USA und andere Demokratien dagegen wehren müssten.²¹

Um ihrer harschen Rhetorik gerecht zu werden, handelt die Trump-Administration immer kompromissloser – auch, um Freund und Feind ihre Entschlossenheit zu zeigen. Wer nicht für uns ist, ist gegen uns, lautet die neue Ansage an die Alliierten. Um nicht das Wohlwollen der Schutzmacht zu verspielen, gab Großbritannien nach längerem Abwägen schließlich doch dem massiven Druck der US-Administration nach und kündigte an, Produkte des chinesischen Unternehmens Huawei von seinen 5G-Telekommunikationsnetzen auszuschließen.

Die Trump-Administration eskalierte auch einen seit langem andauernden „Wie du mir, so ich dir“ (Tit-for-Tat)-Konflikt. Nachdem Peking sein Sicherheitsgesetz verhängt hatte, unterzeichnete Trump am 14. Juli das Hongkong-

Trump handelt kompromisslos gegen China und erwartet es auch von den Alliierten.

Gesetz und machte damit den Weg für China-Sanktionen frei. Der US-Präsident hob auch die besonderen Handels- und Wirtschaftsprivilegien des asiatischen Finanzplatzes auf. Die bilateralen Wirtschafts- und Finanzsanktionen gegen China wurden ausdrücklich und parteiübergreifend vom Kongress unterstützt.

Auch sicherheitspolitisch wählte die US-Regierung eine härtere Gangart. Am 13. Juli erklärte Außenminister Pompeo die geographisch umfassenden Ansprüche Chinas im Südchinesischen Meer für illegal. Zuletzt ordnete Trump am 22. Juli abrupt die Schließung des chinesischen Konsulats in Houston an, der erste derartige Schritt seit der Normalisierung der Beziehungen im Jahr 1979. Der Befehl zur Schließung des Konsulats (innerhalb von 72 Stunden) erfolgte, nachdem das US-Justizministerium eine Anklageschrift eröffnet hatte, in der zwei chinesische Hacker beschuldigt wurden, amerikanische Unternehmen, die Corona-Virus-Forschung betreiben, ins Visier genommen zu haben.²²

Mittlerweile ist ein Wettlauf der Nationen im Gange, welche als erste einen wirksamen Impfstoff entwickeln und für sich beanspruchen kann. Angesichts der enormen sozialen, wirtschaftlichen und geopolitischen Herausforderungen wollen die USA die Zeit, die benötigt wird, um einen Impfstoff zur Marktreife zu bringen, von einem Jahrzehnt auf 12 bis 18 Monate verkürzen. Um einen Impfstoff auf den Markt zu bringen, müssen Pharmaunternehmen bereits in der Testphase ihre Produktionskapazitäten aufbauen, auch wenn klinische Studien zur Prüfung ihrer Sicherheit und Wirksamkeit noch im Gange sind. Ohne staatliche Unterstützung wäre die Industrie nicht bereit, ein solches Risiko einzugehen.

Nationen konkurrieren bei der Entwicklung eines wirksamen Impfstoffes.

Mit ihrer „Operation Warp Speed“ will die Trump-Administration die Entwicklung möglichst vieler vielversprechender Impfstoffe beschleunigen. So zahlt sie beispielsweise 2,1 Milliarden Dollar für GlaxoSmithKline (GSK) und Sanofi, um den Unternehmen zu helfen, ihren Corona-Virus-Impfstoff durch klinische Studien zu entwickeln, einige Herstellungskosten zu decken, und eine erste Charge von 100 Millionen Impfstoffdosen zu kaufen. Der Deal beinhaltet die Option, zusätzliche 500 Millionen Dosen zu kaufen. Andere Unternehmen, die sich US-Finanzierung für ihre experimentellen Coronavirus-Impfstoffe gesichert haben, sind Moderna, Pfizer, Johnson & Johnson und Novovax.²³

Gleichwohl könnte die weitere Ausbreitung des Virus und Trumps unprofessionelles Krisenmanagement in der Corona- und Wirtschaftskrise die Experimentierlaune der Amerikaner dämpfen und ihr Sicherheitsbedürfnis erhöhen, also bei den US-Wahlen am 3. November 2020 dem steteren Demo-

kraten Joe Biden in die Karten spielen – so die Hoffnung vieler europäischer Beobachter. Erinnert der ehemalige Vizepräsident Barack Obamas doch auch viele westliche Verantwortliche wehmütig an das globale, multilaterale Krisenmanagement der Vorgänger-Regierung.

1.3 Knapper werdende Ressourcen: Außenpolitische Auswirkungen

Doch es ist genau jene, in ihren sozio-ökonomischen Folgen bis heute nicht ganz bewältigte Wirtschafts- und Finanzkrise 2008, die die politischen Koordinaten in den USA verschoben und Trumps Wahl begünstigt hat. Zudem wurden durch maßloses Finanzgebaren des amerikanischen Staates, nicht zuletzt auch der US-Notenbank, die Mittel verbraucht, die für die Bewältigung der nun absehbaren, viel größeren Wirtschaftskrise notwendig wären.

Noch knapper werdende Ressourcen werden den Verteilungskampf und die politische Radikalisierung in Washington weiter befeuern und umso heftigere Auswirkungen auf die US-Außenpolitik haben. Bereits heute zeigt sich – auf beiden Seiten des politischen Spektrums, vor allem unter der demokratischen Wählerschaft Bidens, um die auch Trump buhlt – Widerstand gegen den seit dem Zweiten Weltkrieg geltenden international engagierten außenpolitischen Kurs der USA, der insbesondere Europa wirtschaftlich und sicherheitspolitisch zugutekam.

Die traditionellen, den Gewerkschaften nahen Demokraten befürchten, dass Mittel für internationale oder militärische Zwecke verbraucht werden und somit für innere soziale Belange fehlen. Transatlantische Lastenteilung und Protektionismus in der Handelspolitik werden insbesondere von demokratischer Seite gefordert – nicht zuletzt auch in der amerikanischen Legislative. So war der Widerstand der Demokraten im Kongress ursächlich dafür, dass die transatlantischen Freihandelsgespräche (TTIP) nicht, wie von US-Vizepräsidenten Biden seinerzeit angekündigt, „mit einer Tankfüllung“ zu Ende gebracht werden konnten.²⁴

Ohnehin war für Präsident Obama und seinen Vize Biden – zum Verdruss der Europäer – die „Hinwendung nach Asien“ (pivot to Asia), also die Transpazifische Partnerschaftsinitiative (TPP), wichtiger, mit der sie China handelspolitisch einzudämmen versuchten und von ihren Alliierten wirtschaftlichen Tribut und Gefolgschaft forderten. Das würde sich wohl auch unter einem Präsidenten Biden kaum ändern. Um im aktuellen Wahlkampf zu punkten,

Knapper werdende Ressourcen werden innen- und außenpolitische Folgen haben.

**Trump gibt Einwanderern
oder Wettbewerbern
die Schuld für hausge-
machte Probleme.**

vertritt Biden eine bedenkliche, weil protektionistische „Buy American“-Position, wie der amtierende Präsident Trump sie ebenso forciert. Eine Rückkehr zu Verhandlungen über ein transatlantisches Freihandels- und Wirtschaftsabkommen wie TTIP ist nicht zu erwarten.

Wer die Chancen und Risiken Donald Trumps und seines demokratischen Gegenkandidaten Biden bei der nächsten US-Präsidentenwahl taxieren will, sollte die zurückliegende analysieren. 2016 wurde Trump gegen Hillary Clinton gewählt, vor allem, weil es ihm gelang, eine Reihe „Blue States“, das sind Einzelstaaten, die zuvor die Demokraten unterstützt hatten, für sich zu gewinnen. Das bisherige Bollwerk der Demokraten, die von der Clinton-Kampagne als sicher geglaubte „blaue Mauer“ im Rostgürtel der USA, den Staaten des industriellen Kernlandes wie Pennsylvania, Ohio, Wisconsin und Michigan, und hier vor allem die weniger qualifizierten Wähler der unteren Einkommensschichten in zumeist ländlichen Gegenden, eroberte Trump mit populistischen und xenophoben Parolen. Obwohl die meisten Probleme Amerikas hausgemacht sind, gab Trump anderen die Schuld: Einwanderern oder internationalen Wettbewerbern. Trump konnte seinen Wahlsieg gegen das vermeintliche Washingtoner Establishment und die „Globalisten“ vor allem mit dem Versprechen gewinnen, die von den USA forcierte Globalisierung umzukehren.

Der „Washington Konsensus“ – sprich Laissez-faire-Politik, Deregulierung und Freihandel – ist mittlerweile in den USA selbst heftig umstritten: Die „unsichtbare Hand“ des Marktes produziert weltweit Gewinner, aber auch Verlierer, nicht zuletzt in den USA. Der sozio-ökonomisch bedingte Ausschluss vieler Amerikaner vom gesellschaftlichen und politischen Leben beschädigte das Fundament der amerikanischen Demokratie, namentlich das Vertrauen der Bürger in die etablierte Politik.²⁵

Vor allem die Ideologie freier Märkte hat Gegenbewegungen in Kraft gesetzt, die Nationalismus zur Folge haben. Die Entfremdung von der Politik bot eine Chance für den Populisten Trump, der die tiefe Abneigung, vor allem vieler Nicht-Wähler, gegen das „Establishment“ erkannte und sie bei den Präsidentschaftswahlen weiter anfeuerte. Er präsentierte sich als Außenseiter, der dank seines privaten Reichtums unabhängig sei und deshalb Washingtons „Sumpf austrocknen“ und Politik für alle Amerikaner und nicht nur für Betuchte betreiben könne.

Wer hoffte, dass sich Trump als Präsident staatsmännischer und weniger populistisch geben würde, wurde gleich bei seiner Amtsantrittsrede im Januar 2017 eines Besseren belehrt: An seine „Bewegung“ gerichtet, verurteilte Trump die um ihn versammelten Amts- und Würdenträger der Nation

als selbstbezogene Klasse, die es sich auf Kosten der Bürger gut gehen lasse. Das Establishment in Washington habe es insbesondere versäumt, die Interessen der Amerikaner zu schützen – vor den „Verwüstungen, die andere Länder in den USA anrichten“, indem sie amerikanische „Firmen stehlen“ und „Arbeitsplätze vernichten“. Gemäß seinem Credo „America First“ verkündete Präsident Trump zwei einfache Regeln, um Amerika wieder zu Wohlstand und alter Stärke zu führen: „Nur amerikanische Güter kaufen und amerikanische Arbeiter einstellen“.²⁶ Im Februar 2017, in seiner ersten Rede vor dem Kongress zur Lage der Nation, wiederholte er diese Forderungen. Denn, so Trump, er vertrete nicht die Interessen der Welt, sondern jene Amerikas.²⁷

Bislang hat US-Präsident Trump auch im Interesse seiner Wähler mit protektionistischen Kampfansagen Handelspolitik – und Wahlkampf – betrieben, nicht zuletzt, indem er Mexiko und Kanada zur Neuverhandlung des NAFTA-Abkommens nötigte. Er droht weiterhin mit Strafzöllen und anderen protektionistischen Maßnahmen und muss diese – für den Fall, dass sich die Handelspartner in Europa oder China nicht erpressen lassen – am Ende wahr machen, um bei diesem Kernthema gegenüber seinen Wählern glaubwürdig zu bleiben. Er wird deshalb auch weiter Druck auf europäische Regierungen und Unternehmen, insbesondere auf den Exportvize Weltmeister Deutschland, ausüben.

Die Kritik ist nicht neu: Bereits in Barack Obamas Amtszeit kritisierte die US-Administration China und Deutschland wegen ihrer Exportstärke. Schon auf dem G20-Gipfel in Südkorea im November 2010 scheiterten die USA mit ihrem Vorstoß, exportlastige Volkswirtschaften wie China und Deutschland unter Druck zu setzen und Begrenzungen der Leistungsbilanzüberschüsse (auf 4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts) festzulegen. Durch geschickte Diplomatie, insbesondere durch den Schulterchluss mit Peking, konnte Bundeskanzlerin Angela Merkel seinerzeit ausnutzen, dass die Welt der Belehrungen der USA überdrüssig war, und daran erinnern, dass es das Finanzgebaren der USA war, welches die globale Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 ausgelöst hatte.

Europäische Politiker, Unternehmer und Investoren sollten berücksichtigen, dass die globalen Ungleichgewichte seitdem nicht abgebaut, sondern noch verschärft worden sind. Trumps Steuererleichterungen sowie kreditfinanzierte Wirtschaftsprogramme und militärische Aufrüstung werden die US-Staatsverschuldung weiterhin nach oben treiben.

Erschwerend kommt noch hinzu, dass die amerikanische Gesamtverschuldung schon jetzt aus dem Ruder läuft. Sie hat sich seit der Wirtschafts- und

Bereits Obama kritisierte China und Deutschland wegen ihrer Exportstärke.

Finanzkrise 2008 auf derzeit (2019) 22,7 Billionen Dollar mehr als verdoppelt (die Verschuldung der Einzelstaaten und Kommunen noch nicht mitgerechnet). Allein die auf den Finanzmärkten durch Staatsanleihen finanzierte Staatsverschuldung des Bundes (debt held by the public) beläuft sich heute (2019) schon auf vier Fünftel (79,2 Prozent) der Wirtschaftsleistung (BIP). Im historischen Vergleich – etwa zum Durchschnitt (von 39 Prozent) der vergangenen 50 Jahre – ist sie ohnehin schon besorgniserregend.²⁸

Ein möglicher Finanzkollaps bedroht die Handlungsfähigkeit des US-Staates.

Die Schuldenlast wird künftig noch um Einiges vergrößert werden, wenn in absehbarer Zeit die demografische Entwicklung die Sozialkassen sprengt: Wenn nämlich der Eintritt von immer mehr Baby-Boomern in das Rentenalter die social security (Rentenversicherung), medicaid (Krankenfürsorge für sozial Schwächere) und medicare (Krankenfürsorge für Ältere und Behinderte) überfordert.

Wie schon ihre Vorgänger werden sich Präsident Trump oder sein möglicher Nachfolger im Weißen Haus davor hüten, diese für ältere Menschen (besonders aktive Wählergruppen) oft überlebenswichtigen Programme anzutasten. Aber ohne Einschnitte in die gesetzlichen Sozialansprüche einer immer größer werdenden Kohorte Älterer war schon laut früheren (2016) Prognosen des Congressional Budget Office bereits in zehn Jahren eine Verschuldung von 86 Prozent des BIP und 2046 von 141 Prozent des BIP zu erwarten. Das würde selbst die im Zweiten Weltkrieg erreichte historische Höchstmarke von 106 Prozent des BIP übertreffen. Die Behörde warnte bereits 2016 – also noch vor den folgenden fiskalischen Belastungen der Trump-Regierung –, dass eine derartig große Schuldenlast „substanzielle Risiken“ für das Land berge, ein Finanzkollaps drohe und nicht zuletzt auch die Handlungsfähigkeit des Staates lahmlegen könne.²⁹

Das bisherige Finanzgebaren der Trump-Regierung und die unerwarteten finanziellen Belastungen der Corona-Pandemie, die in vielen Bereichen bereits die Handlungsunfähigkeit des amerikanischen Staates offenlegte, wird die ohnehin schon prekäre finanzielle Lage in den USA umso mehr verschärfen: Das Congressional Budget Office meldete in seinem jüngsten Bericht, im August 2020, dass bereits in den ersten zehn Monaten des laufenden Haushaltsjahres, das am 30. September endet, ein Defizit von 2,8 Billionen Dollar erwirtschaftet wurde – eine Verdreifachung im Vergleich zu der ohnehin nicht sparsamen Vorjahresperiode.³⁰ Diese Rekordverschuldung würde noch größer, wenn sich der Kongress und das Weiße Haus doch noch auf eine weitere Runde von Notausgaben einigen sollten, die für viele amerikanische Haushalte und Unternehmen überlebensnotwendig wären, bis sich die Wirtschaft dann hoffentlich erholen und auch wieder mehr Steuereinnahmen generieren kann.

Angesichts der prekären wirtschaftlichen und finanziellen Lage in den USA ließ die Rating-Agentur Fitch das AAA-Rating der Vereinigten Staaten zwar unangetastet, senkte aber ihren Ausblick. Dies deutet darauf hin, dass der Status des Landes als einer der vertrauenswürdigsten Kreditnehmer der Welt durch die enormen Defizite gefährdet werden könnte, die die US-Regierung zur Bekämpfung der Folgen der Pandemie anhäuft.³¹ „Der Ausblick wurde auf negativ revidiert, um die anhaltende Verschlechterung der öffentlichen Finanzen der USA und das Fehlen eines glaubwürdigen Haushaltskonsolidierungsplans widerzuspiegeln“, begründeten die Analysten der Rating-Agentur ihre Warnung vom 31. Juli 2020.³²

Amerikas Verschuldung ist bislang kein größeres Problem, solange ausländische Anleger – auch aufgrund der wohlwollenden Bewertungen amerikanischer Rating-Agenturen – bereit sind, den USA Kredite zu geben. Aktuell (Stand: Juni 2020) werden sieben Billionen Dollar (etwa 40 Prozent) der durch Staatsanleihen finanzierten Schulden des Bundes (debt held by the public) von Ausländern gehalten. Allen voran finanzieren China und Japan mit jeweils mehr als einer Billion Dollar (1,3 bzw. 1,1 Billionen Dollar), seit der Finanzkrise 2008 vermehrt auch die Golf- und EU-Staaten, den amerikanischen Traum vom unbegrenzten Konsum, Wirtschaften und Rüsten auf Pump.³³

1.4 Empfehlung einer umfassenderen Berechnung der Lastenteilung

Doch diese Fremdfinanzierung der Schuldenlast der Weltmacht würde ernsthaft eingeschränkt, sollte Amerika seine protektionistische Handelspolitik fortführen. Diesen Umstand könnten deutsche und europäische Entscheidungsträger in Verhandlungen mit den USA erfolgreich einsetzen. Denn nur freier Handel, nicht zuletzt ein Außenhandelsüberschuss (ergo Außenhandelsdefizit der USA) ermöglicht es Ländern wie China, Japan und Deutschland, Währungsreserven zu erwirtschaften, die sie wieder in den USA investieren können – auch um amerikanische Arbeitsplätze zu erhalten, Amerikas kreditfinanziertes Wirtschaften zu ermöglichen und die soziale und sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit des amerikanischen Staates zu gewährleisten.

Vor dem Hintergrund dieser umfassenderen volkswirtschaftlichen Betrachtung gleicht Trumps Kritik am Außenhandelsüberschuss Deutschlands und an der mangelnden Bereitschaft, mehr Geld – konkret das NATO-Ziel von zwei Prozent der Wirtschaftsleistung – für (amerikanische) Rüstung auszu-

Mit Protektionismus unterminieren die USA die Fremdfinanzierung ihrer Schulden.

geben, einer „Milchjungenrechnung“. Trump hat zwar Recht, wenn er sagt, dass Europa mehr in die USA exportiert als umgekehrt. Doch das amerikanische Außenhandelsdefizit entsteht nicht, weil Europa die USA übervorteilt, sondern aufgrund von makroökonomischen Faktoren. Die Europäer verweisen in diesem Zusammenhang auch gerne auf die Attraktivität, weil Qualität, ihrer Waren. Aus amerikanischer Sicht ist ein großer Binnenmarkt mit einer wachsenden Bevölkerung ausschlaggebend. Exporte spielen daher eine geringere Rolle als bei den europäischen Staaten. Hinzu kommt, dass die hohen Binnenkonsumausgaben kreditfinanziert sind. Amerikas mangelnde Sparquote und seine exorbitante Verschuldung werden dazu führen, dass die USA auf absehbare Zeit ein Handelsdefizit haben, ja benötigen werden.

Die Europäer könnten auch in Sicherheitsfragen selbstbewusster auftreten, indem sie den Verantwortlichen in Washington aufzeigen, dass sich die USA seit Jahrzehnten nur deshalb ihre militärische Rüstung haben leisten können, weil ausländische Kreditgeber bereit gewesen sind, die zunehmende Verschuldung privater und staatlicher Haushalte in den USA zu finanzieren.

Europäische Regierungen sollten den European Defence Fund aufstocken.

Um die in den USA parteiübergreifend immer deutlicher artikulierten Forderungen an die Verbündeten nach höheren Militärausgaben zu entkräften und für die eigene Sicherheit zu sorgen, sollten europäische Regierungen den seit 2017 bestehenden Verteidigungsfonds, den European Defence Fund (EDF), aufstocken. Die durch den EDF ermöglichten Rüstungsanstrengungen sollten damit ausgebaut werden – auch in Kooperation mit amerikanischen Unternehmen. So könnten die in Washington geäußerten Befürchtungen entkräftet werden, dass Europa bei der Auftragsvergabe die USA diskriminiert, die Fähigkeiten der USA dupliziert und sich damit sicherheitspolitisch von der Schutzmacht emanzipieren will. Sie werden bereits seit Ende der 1990er-Jahre in Washington gehegt und haben durch die verstärkte europäische Zusammenarbeit in Verteidigungsfragen seit 2017 zugenommen.

Die Bemühungen um ein transatlantisches Abkommen zum Abbau von Industriezöllen haben zurzeit wenig Aussicht auf Erfolg. Die EU sollte aber versuchen, das im Juli 2018 vereinbarte Abkommen über Konformitätsbewertungen abzuschließen. Dieses erleichtert es europäischen Unternehmen nachzuweisen, dass ihre Produkte den technischen Anforderungen der USA entsprechen.

Vielleicht gelingt es – in Zusammenarbeit mit Gleichgesinnten in den USA – doch noch, den Geschäftsmann im Weißen Haus – oder seinen Nachfolger – zur wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Vernunft zu bringen: nämlich die US-Regierung davon zu überzeugen, dass es für die USA auch künftig vorteilhafter wäre, mit Alliierten zu kooperieren anstatt sie mit geoökonomischen Erpressungen noch anfälliger für Chinas wirtschaftliche und diplomatische Charme-Offensiven zu machen. Denn China ist im Begriff, seine Währungsreserven aus der sogenannten Dollar-Falle zu nehmen, seine Absatzmärkte zu diversifizieren, geopolitisch Raum zu greifen und neue Abhängigkeiten zu schaffen – nicht zuletzt auch in Europa.

Eine Transatlantische Allianz würde vor Chinas Offensiven schützen.

2. Die Beziehungen zwischen der EU und China

Vor dem Ausbruch des Coronavirus galt das Jahr 2020 als entscheidend für die künftigen Beziehungen zwischen Europa und China. Der mit hohen Erwartungen für September 2020 geplante EU-China-Gipfel, ein Treffen des chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping mit den Spitzen der Europäischen Union, wurde wegen der Corona-Pandemie in einer Videoschleife in die Niederungen der Tagespolitik gebracht. Weder gab es Fortschritte beim Investitionsabkommen zwischen der EU und China noch wurden Ansätze deutlich, wie die sich immer deutlicher abzeichnende Konkurrenz der beiden Handelsblöcke durch Kooperation gemildert werden könnte.

Die EU-China-Beziehungen werden auf absehbare Zeit ambivalent bleiben.

Bereits vor dem „EU-China-Gipfel“ ist deutlich geworden, dass Europas Beziehungen zum Reich der Mitte auf absehbare Zeit ambivalent bleiben werden. In einem Strategiedokument vom März 2019 mit dem Titel „EU-China: eine strategische Perspektive“³⁴ benannten die Europäische Kommission und die damalige Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, vier Beziehungsebenen im Verhältnis der EU mit China: So ist China in einigen Politikfeldern, etwa beim Klimaschutz, ein Kooperationspartner und in anderen ein Verhandlungspartner, mit dem ein Interessenausgleich gefunden werden kann. Gleichwohl gilt China auch als Wettbewerber, wenn es etwa um technologische Innovation und Infrastruktur geht, und sogar als systemischer Rivale, der ein alternatives Global-Governance-Modell verfolgt.

2.1 Kooperations- und Verhandlungspartnerschaft

Europa und China wollen ihre beiderseitigen wirtschafts- und sicherheitspolitischen Interessen wahren und etwa im Rahmen eines „gemeinsamen umfassenden Aktionsplans für den Iran“ kooperieren. Beider Bemühungen bleiben aber letztendlich zum Scheitern verurteilt, solange die USA nicht wieder am gleichen Strang mitziehen.

Im gemeinsamen Kampf gegen den Klimawandel erwartet die EU von China, dass es seine Emissionen bis 2030 begrenzt, um die Pariser Klimaziele zu erreichen. Die EU ist gut beraten, andere Länder, vor allem die Hauptverursacher USA und China, in die Pflicht zu nehmen. Dabei kann Europa mit gutem Beispiel vorangehen. Wurden Anfang der 1990er-Jahre noch ein Drittel (27 Prozent) der globalen Klimagasemissionen von Europa verur-

sacht, ist der Anteil der EU (mit Großbritannien) mittlerweile auf 12 zurückgegangen. Die EU versucht nunmehr, auch andere Länder, allen voran China, zu überzeugen, sich für den Klimaschutz zu engagieren. Aus gutem Grund: China verursacht heute bereits 27 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen.

Selbst Europas eigener Weg in die Klimaneutralität führt über Peking: Der für Klimatechnologien wichtige Rohstoffmarkt für seltene Erden wird von China beherrscht. Beim Ausbau der Elektromobilität wird vor allem der Bedarf an Lithium für die benötigten Batterien steigen – also auch die Abhängigkeit der Importe aus Chile und China.

Umso wichtiger erscheint es für die EU-Verantwortlichen, dass die EU und China gemeinsam daran arbeiten wollen, die regelbasierte multilaterale Weltwirtschaftsordnung zu erhalten, aus der sich die USA unter Trumps Führung zurückgezogen haben. Nachdem die USA etwa die Mittel für die Vereinten Nationen und die Weltgesundheitsorganisation (WHO) gekürzt haben, versucht Europa, dem zunehmenden Einfluss Chinas innerhalb dieser multilateralen Organisation kooperativ zu begegnen.

Die europäischen Staats- und Regierungschefs betrachten mittlerweile US-Präsident Trump als die größte Bedrohung für das multilaterale System – und nicht Chinas Führung, in der sie einen verlässlicheren Partner sehen, etwa um die Welthandelsorganisation (WTO) zu reformieren. Doch Chinas opportunistische Interpretation von Multilateralismus unterscheidet sich grundlegend vom regelbasierten Verständnis Europas.³⁵ So verlockend Pekings harmonische „Win-win“-Rhetorik klingen mag, sein Handeln gibt europäischen Partnern auch zu denken: Bislang wurde die vom Westen an den Beitritt des Landes zur WTO geknüpfte Hoffnung, China werde sich wirtschaftlich und politisch liberalisieren, enttäuscht. In seiner Außenwirtschaftspolitik missachtet China in vielen Fällen die grundlegenden WTO-Prinzipien von Nicht-Diskriminierung und Transparenz. Zuweilen werden auch nachteilige Urteile, etwa des Internationalen Schiedsgerichtshofs im Territorialstreit mit den Philippinen, ignoriert.

Europa versucht, Chinas Einfluss in multilateralen Organisationen zu begegnen.

Ob China wirklich ein responsible stakeholder werden will, dem daran gelegen ist, die westlich dominierten Ordnungsstrukturen aufrechtzuerhalten, wird sich erst noch erweisen müssen. Die regelbasierte Ordnung und Globalisierung haben es China zwar ermöglicht, sich über Marktöffnung zu

industrialisieren und zu modernisieren. Doch die damit gewonnene weltweite Markt-Macht inspiriert eigene Ordnungsvorstellungen, zumal westliche Länder, allen voran ihre Führungsmacht USA, sich ohnehin schwertun, China ein Mitsprache- und Mitgestaltungsrecht zu gewähren. Da zum Beispiel der amerikanische Kongress über fünf Jahre internationale Vereinbarungen blockierte, China mehr Mitsprache in den bestehenden, von den USA dominierten Bretton-Woods-Institutionen (Weltbank und Internationaler Währungsfonds, IWF) einzuräumen, baut China nunmehr von ihm beeinflusste Alternativstrukturen auf. Trotz großem Gegendruck der USA konnte China denn auch europäische Partner wie das Vereinigte Königreich, Frankreich und Deutschland für seine Asiatische Infrastruktur-Investitionsbank (AIIB) gewinnen.

2.2 Wettbewerb

Verglichen mit Chinas globaler Finanz-Diplomatie sind Europas Mittel bescheiden.

Mittlerweile stellt jedoch die von Peking weltweit orchestrierte Entwicklungshilfe die Bemühungen von Weltbank und IWF in den Schatten.³⁶ Im Vergleich zu Chinas Finanz-Diplomatie nehmen sich auch Europas Mittel, die es etwa dem Nachbarkontinent Afrika, unter anderem über die Europäische Investitionsbank, gewährt, eher bescheiden aus. Aus gutem Grund will die Bundesregierung, entsprechend der Leitlinien der Europäischen Kommission, die deutsche EU-Ratspräsidentschaft schwerpunktmäßig dafür nutzen, unter anderem auch die Partnerschaft mit Afrika auszubauen, um vor allem auch gegenüber China nicht ins Hintertreffen zu geraten.³⁷ Anders als Chinas Geldsegen sind europäische Zuwendungen mit unmittelbaren Forderungen verbunden. Menschenrechtsauflagen oder „Good Governance“-Bedingungen bedeuten aber einen weiteren Wettbewerbsnachteil.

Die Sorge vor unfairen Wettbewerbsvorteilen chinesischer Unternehmen gegenüber europäischen Firmen bestimmt die Debatte um den Systemwettbewerb mit China. So wird kritisiert, dass chinesische Unternehmen, die im Heimatland durch Subventionen oder vorteilhafte Kreditvergabe unterstützt werden, ihre Produkte in Europa unter Marktpreisen absetzen können. Wegen der strengeren Beihilfekontrolle des EU-Binnenmarktes sind europäische Unternehmen dagegen im Nachteil – nicht nur auf dem europäischen Binnenmarkt, sondern auch beim Wettbewerb auf Drittmärkten.

Damit sie sich auf Drittmärkten gegen ihre subventionierten Konkurrenten aus China behaupten können, sollten europäischen Unternehmen über matching clauses staatliche Beihilfen erlaubt werden, die die Marktverzerrun-

gen ausgleichen, lautet etwa eine Forderung in einem Grundsatzpapier des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI).³⁸

Bereits jetzt verfügt die EU über Handelsschutzinstrumente, die konform mit WTO-Bestimmungen sind, etwa Antidumpingzölle, die auf ausländische Importe erhoben werden können, wenn deren Preis unter einem „fairen“ Wert liegt (wenn der Exportpreis etwa unter dem Preis des Gutes im Herkunftsland liegt) und sich daraus ein wirtschaftlicher Schaden in der EU ergibt. Doch der bestehende WTO-Rechtsrahmen greift oft zu kurz; so ist es schwierig, finanzielle Zuwendungen durch bevorzugte Kreditvergabe nachzuweisen.

Um ein ausreichendes wettbewerbliches level playing field zu sichern, werden von der EU zusätzliche Schutzinstrumente gefordert. In einem White Paper³⁹ unterbreitete die EU-Kommission im Juni 2020 Vorschläge für ein Anti-Subventionsinstrument, das die Verhängung umfassender Abhilfemaßnahmen ermöglichen würde, wenn sich Verzerrungen durch ausländische Subventionen nachweisen lassen.

Gleichwohl wurde in Deutschland und Frankreich (auf höchster Ebene)⁴⁰ diskutiert, ob und in welcher Form eine europäische Industriepolitik betrieben werden soll, um in ausgewählten Sektoren „European Champions“ vor allem gegen die chinesische Konkurrenz in Stellung zu bringen. Die Diskussion entbrannte nach der untersagten Fusion von Siemens und Alstom, die mit Blick auf das chinesische Eisenbahnunternehmen CRCC angestrebt wurde. Um die Zusammenschlüsse europäischer Unternehmen als „Champions“ zuzulassen, sollten nach deren Befürwortern künftig das Wettbewerbsrecht aufgeweicht und die Beihilfe- und Wettbewerbsregeln angepasst werden, um eine aktivere staatliche Förderung industriepolitischer Projekte zuzulassen.

Europäische Unternehmen sehen sich auch bei der Vergabe öffentlicher Aufträge in China benachteiligt. Oft werden sie von dem riesigen, von chinesischen Staatsfirmen dominierten Beschaffungsmarkt sogar faktisch ausgeschlossen, während europäische Ausschreibungen für chinesische Bieter grundsätzlich zugänglich sind. Demnach wird Europa seinen Druck auf China erhöhen, dem WTO-Abkommen zur öffentlichen Beschaffung (Government Procurement Agreement, GPA) zur diskriminierungsfreien Behandlung ausländischer Bewerber beizutreten.

Des Weiteren wird von der Europäischen Kommission vorgeschlagen,⁴¹ auf europäischer Ebene ein internationales Beschaffungsinstrument, das International Procurement Instrument (IPI), einzuführen, um ein wirksames

Europas Unternehmen werden bei öffentlichen Aufträgen in China benachteiligt.

Druckmittel in internationalen Verhandlungen zu haben und insbesondere den chinesischen Beschaffungsmarkt weiter zu öffnen und mehr Reziprozität beim Marktzugang herzustellen. Das IPI würde der Europäischen Kommission ein Untersuchungsrecht einräumen, um festzustellen, ob EU-Unternehmen in Bereichen, die nicht unter ein bestehendes GPA- oder Freihandelsabkommen fallen, bei der öffentlichen Auftragsvergabe in einem Drittland benachteiligt werden.

Auch bei Investitionen fordert die EU ausgewogene und wechselseitige Bedingungen.

Auch bei den Investitionen versucht die EU, ausgewogenere und wechselseitige Bedingungen zu etablieren. So soll in Verhandlungen der Zugang zum europäischen Binnenmarkt als Hebel eingesetzt werden, um Reziprozität zu schaffen, das heißt, Investitionsbeschränkungen im chinesischen Markt abzubauen. Denn bislang werden europäische Firmen in China mit umfangreichen Auflagen und sektoralen Investitionsverboten beschränkt, während chinesische Investoren in Europa weitestgehend freie Hand haben. Die seit Jahren laufenden Verhandlungen um ein reziprokes Investitionsabkommen zwischen China und der EU sollten weiter vorangetrieben werden.

Das Weißbuch der Europäischen Kommission enthält darüber hinaus Vorschläge, um staatlich subventionierte ausländische Unternehmen daran zu hindern, europäische Vermögenswerte aufzukaufen. Bislang obliegt den einzelnen Mitgliedstaaten die Kontrolle über ausländische Investitionen. Ab Oktober 2020 soll ein Investitions-Screening auf europäischer Ebene erfolgen, das verstärkte Kooperation und besseren Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten vorsieht, aber der EU-Kommission lediglich die Möglichkeit einer Stellungnahme einräumt.

Umso stärker sollten Investitionen in sicherheitspolitisch relevanten Bereichen auf EU-Ebene koordiniert werden. Denn nicht alle europäischen Länder verfügen über ein Prüfverfahren für ausländische Investitionen. Dank der Kapitalverkehrsfreiheit in Europa können bislang strengere Vorschriften eines Landes umgangen werden, indem Scheinfirmen in anderen EU-Ländern gegründet werden.

Schon seit Längerem, insbesondere seit der Übernahme des Roboterherstellers Kuka, dem Einstieg von Geely bei Mercedes Benz und dem letztlich verhinderten Versuch Chinas, Anteile des Netzbetreibers 50 Hertz zu übernehmen, wird chinesische Investitionstätigkeit in Europa kritisch gesehen. Denn mit seiner industriepolitischen Strategie „Made in China 2025“ hatte Chinas Führung das selbstbewusste Ziel formuliert, in zehn wertschöpfungsintensiven Industriesektoren die globale Marktführerschaft zu erlangen – auch um international die Standards und das künftige Wirtschaftssystem zu bestimmen.

In ökonomisch schwierigen Zeiten wird umso mehr befürchtet, dass nach einer Übernahme die Produktionsstätten und Konzernzentralen nach China verlagert würden und so Innovationstätigkeit, Wertschöpfungsanteile, Arbeitsplätze und Steuereinnahmen dauerhaft verloren gingen. Die Befürchtung, dass vor allem chinesische Investoren die prekäre wirtschaftliche Lage im Zuge der Corona-Pandemie ausnutzen und notleidende europäische Unternehmen übernehmen könnten, hat die „Wettbewerbs Hüter“ auf den Plan gerufen. So verkündete Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier „Germany is not for sale“.⁴² Der EVP-Fraktionsvorsitzende Manfred Weber forderte ein einjähriges Verkaufsmoratorium für europäische Unternehmen, um eine „Einkaufstour chinesischer Unternehmen“ zu unterbinden.⁴³ EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager empfahl Staatsbeteiligungen, um Firmenübernahmen durch chinesische Investoren zu verhindern.⁴⁴

In ihren Bemühungen, Marktmacht zu verhindern, ist die EU-Wettbewerbskommissarin in einem „Zwei-Fronten-Krieg“: Die Marktmacht großer US-Unternehmen wie Amazon, Microsoft und Alphabet war bereits vor Ausbruch der Pandemie problematisch. Die von den USA und immer mehr auch von China dominierte Internetwirtschaft wird im Zuge der neuen Erfahrungen und Umgewöhnungen vieler Menschen in der Corona-Zeit und der entsprechenden strategischen Neuausrichtung von Unternehmen noch dominanter werden.

Die Pandemie zwingt Menschen und Organisationen, viele ihrer Gewohnheiten aufzugeben und eröffnet neue Interaktionsmuster. Immer mehr Menschen erkennen den Nutzen neuer Technologien und legen die Scheu vor bislang Unbekanntem ab. Sie kaufen über das Internet ein, nutzen Onlinebanking oder arbeiten von zu Hause aus. Arbeitsbesprechungen und Schulungen lassen sich kostensparender per Videokonferenz durchführen. Angesichts unterbrochener Lieferketten ist für Unternehmen die Herstellung benötigter Teile vor Ort per 3D-Druck überlebenswichtig geworden. Doch in der schönen neuen Datenwelt entwickeln sich ohnehin schon dominante Firmen, nicht zuletzt aufgrund von Netzwerkeffekten, zu marktbeherrschenden Monopolen. Diesen Vermachtungen können nicht nationale Wettbewerbsgesetze, sondern nur Europas Wettbewerbspolitiken entgegenwirken.

Die Digitalisierung stellt die EU vor eine weitere Herausforderung, nämlich die Versorgung der dafür benötigten Rohstoffe sicherzustellen. Am 3. September 2020 veröffentlichte die EU-Kommission eine neue Strategie, wie sie den wachsenden Bedarf etwa seltener Erden decken und zusätzliche Abhängigkeiten von Drittländern, nicht zuletzt von China, mindern will. „Die Corona-Krise hat ein Schlaglicht darauf geworfen, wie stark wir von internationalen Lieferketten abhängig sind“, sagte der verantwortliche Vizepräsident der Europäischen Kommission, Maroš Šefčovič, bei der Vorstellung

Die EU-Wettbewerbskommissarin versucht an zwei Fronten Marktmacht zu verhindern.

der Strategie in Brüssel. „Wir dürfen nicht zulassen, dass wir genauso abhängig von der Einfuhr wichtiger Rohstoffe werden, wie wir es heute bei der Einfuhr fossiler Rohstoffe sind.“⁴⁵

China dominiert die Gewinnung, Verarbeitung und Herstellung dieser seltenen Metalle. Bereits in den Jahren 2010 bis 2012, als ein Territorialstreit zwischen China und Japan zu einem Handelsembargo eskalierte und eine „Krise um seltene Erden“ auslöste, wurde diese Versorgungskonzentration und Verwundbarkeit westlicher Volkswirtschaften deutlich. Den Verantwortlichen Europas wurde vor Augen geführt, dass China seine begehrten Rohstoffe auch künftig als politischen Hebel einsetzen könnte.

2.3 Systemische Rivalität

Da chinesische Investoren einer stärkeren staatlichen Kontrolle unterliegen und nicht nur unternehmerische Ziele verfolgen, macht sich in Europa die Sorge breit, Chinas Investitionen und Handelsaktivitäten könnten auch politischen Zielen dienen: um Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen und dem System-Rivalen zu schaden. Diese Befürchtungen sind nicht von der Hand zu weisen, da chinesische Investitionen bereits als Druckmittel zur Verhinderung von politischen Entscheidungen eingesetzt worden sind, zum Beispiel als Griechenland, dessen Hafen in Piräus mehrheitlich in chinesischer Hand ist, eine EU-Erklärung vor den Vereinten Nationen blockierte, mit der Chinas Menschenrechtsverletzungen kritisiert werden sollten.

Chinas Seidenstraßen-Initiative wird als geoökonomische Bedrohung wahrgenommen.

Chinas Seidenstraßen-Initiative, die lange Zeit übersehen oder nicht ernst genommen wurde, wird nunmehr als geoökonomische Bedrohung gesehen. Denn Chinas Infrastrukturinvestitionen in weit über 100 Ländern machen auch vor Europa nicht Halt und unterminieren mittlerweile sogar Europas Handlungsfähigkeit in einer sich verschärfenden System-Rivalität. Chinas wirtschaftlicher Einfluss, der im Zuge seiner Seidenstraßen-Initiative systematisch ausgeweitet wird, vor allem gegenüber kleineren europäischen Ländern, und sein bilaterales Vorgehen, etwa in Foren wie dem „17+1“-Format⁴⁶, spaltet Europa. Pekings „Teile und beherrsche“-Strategie hindert die EU bereits heute daran, eine einheitliche Haltung zu Chinas Menschenrechtsverletzungen (etwa bei der Unterdrückung muslimischer Minderheiten in Xinjiang oder dem harten Vorgehen gegen die Demonstranten in Hongkong) einzunehmen.

Bislang gibt es auch noch keine gemeinsame Haltung europäischer Staaten gegenüber dem Ansinnen des chinesischen Tech-Giganten Huawei, seine

5G-Technologie in den Netzinfrastrukturen europäischer Länder zu integrieren – und diese, so die Befürchtung, offen für Chinas Einfluss und mögliche Industriespionage zu machen. Deutschland, dessen wirtschaftliche Interessen mit der Volksrepublik China besonders umfangreich sind, kann durch seine Entscheidungen die Spaltung innerhalb der EU – und im transatlantischen Verhältnis – vertiefen oder sie überwinden helfen.

Die Frage, ob Deutschland bei der Entwicklung des deutschen 5G-Netzwerks auf die Technologie des chinesischen Anbieters Huawei oder auf eine europäische Lösung (europäischen Anbieter wie Ericsson in Schweden und Nokia in Finnland) setzt, führt auch zu unterschiedlichen Auffassungen in der deutschen Politik, selbst innerhalb der Regierungspartei CDU. Nicht zuletzt aufgrund des massiven Drucks der USA ist mittlerweile auch in der deutschen Debatte klarer geworden, dass die Entscheidung für oder gegen den chinesischen Anbieter Huawei nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine geoökonomische und sicherheitspolitische Zukunftsfrage ist. Die US-Regierung drohte offen damit, Deutschland keine Geheimdienstinformationen mehr zu geben und deutsche Firmen, die mit Huawei weiterhin Geschäfte machen, zu sanktionieren.

Sollte es China gelingen, sein eigenes autoritär-digitales Modell über Teile Asiens und Afrikas hinaus weltweit zu implementieren, würde dies nicht nur europäische (und transatlantische) Bemühungen untergraben, gemeinsame globale Standards bei aufstrebenden Technologien und künstlicher Intelligenz (KI) zu entwickeln, sondern auch autoritären Versuchungen von Regierungen, selbst demokratischer Regime, Vorschub leisten. Chinas Export von Überwachungstechnologie und Techniken sozialer Kontrolle hilft nicht nur repressiven Regimen, sondern auch, illiberale Governance- und Gesellschaftsvorstellungen zu verbreiten. Nicht zuletzt etabliert China neue internationale Foren und Organisationen, die seinen eigenen Werten und Ordnungsvorstellungen entsprechen – und europäischen Werten und Interessen widersprechen.

Chinas Cyberangriffe sowie seine territorialen Ansprüche und Aggressionen im Südchinesischen Meer könnten den EU-Verantwortlichen umso mehr sicherheitspolitisch zu denken geben. Doch mit Ausnahme von Großbritannien und Frankreich – Länder mit einer geostrategischen Perspektive und den nötigen sicherheitsdienstlichen und militärischen Kapazitäten – haben die übrigen Länder Europas erst damit angefangen, die Konflikte im indopazifischen Raum in ihrem strategischen oder europäischen Interesse wahrzunehmen. Dabei hätte ein militärischer Konflikt zwischen den USA und China nicht nur weitreichende regionale, sondern auch globale Auswirkungen.

Die 5G-Technologie in Europas Netzinfrastrukturen ist auch eine Sicherheitsfrage.

2.4 Transatlantisch-pazifische China-Politik?

Washington ist sehr wohl daran interessiert und will in jedem Fall verhindern, dass ein möglicher Rivale den USA die See- oder Lufthoheit im eurasischen Raum – dem bevölkerungsreichsten und wirtschaftlich interessantesten Gebiet dieser Erde – streitig macht und wirtschaftliche Aktivitäten der USA unterbindet oder ihnen den Zugang zu Ressourcen verwehrt. Obwohl dies selten offen ausgesprochen worden ist, haben die Militäroperationen und diplomatischen Aktivitäten der USA in den vergangenen Dekaden genau dieses zentrale Ziel verfolgt – so lautet die Analyse des Congressional Research Service, des überparteilichen wissenschaftlichen Dienstes des Kongresses.⁴⁷

Die USA und China manövrieren sich immer mehr in ein Sicherheitsdilemma: Das individuelle Streben der beiden Protagonisten nach mehr Sicherheit erzeugt am Ende mehr Unsicherheit auf beiden Seiten. Die schon seit längerem gehegte Befürchtung amerikanischer Sicherheitsstrategen, China wolle in Ostasien eine exklusive Einflussosphäre etablieren, wird durch Chinas zunehmenden Expansionsdrang genährt: seine immer aggressiver werdenden Aktivitäten, eine Sicherheitszone zu errichten und die amerikanische Interventionsfähigkeit zu unterminieren.

Die USA und China manövrieren sich immer mehr in ein Sicherheitsdilemma.

Um die für Chinas Wirtschaft – und seine politische Stabilität – überlebenswichtigen⁴⁸ indopazifischen Seewege abzusichern, baut Peking die sogenannte blue-water navy auf, das sind hochseetaugliche Marine-Einheiten, die über die Küstenverteidigung hinaus auch eine globale Machtentfaltung zur See ermöglichen sollen. Im Zuge dieser „aktiven Verteidigung“ soll zunächst der Raum innerhalb der „ersten Inselkette“ kontrolliert werden, der das durch Korea und Japan begrenzte Gelbe Meer, den westlichen Teil des Ostchinesischen Meeres mit Taiwan und das Südchinesische Meer umfasst. Der erweiterte Raum, die „zweite Inselkette“, erstreckt sich weiter östlich von den Kurilen über Japan und südostwärts über die Bonin-Inseln und die Marianen bis zu den Karolinen-Inseln.⁴⁹

Chinas raumgreifende Aktivitäten beunruhigen vor allem seine regionalen Nachbarn und drängen diese zur Zusammenarbeit in der indopazifischen Region – und nicht zuletzt auch mit der Schutzmacht USA. Chinas aggressive Aktivitäten in der Region haben bereits dazu geführt, dass die Quadrilaterale Allianz (QUAD) zwischen Australien, Indien, Japan und den USA reaktiviert wurde – ein bislang informeller Sicherheitsdialog, der eingerichtet wurde, um dem wachsenden chinesischen Einfluss im Indischen und Pazifischen Ozean entgegenzuwirken.

Während die USA schon seit Längerem engere Sicherheitsbeziehungen mit Japan und Australien pflegen, war Indien bislang um Äquidistanz zu den beiden Großmächten USA und China bemüht, um seine Unabhängigkeit zu wahren und seine Beziehungen zu China nicht zu belasten. Doch die jüngsten Spannungen zwischen China und Indien haben „die größte Demokratie“ der Welt, Indien, bewogen, sich der „ältesten Demokratie“, den USA, wirtschaftlich und militärisch anzunähern. Ebenso wollen Indien und Australien ihre Wirtschafts- und Verteidigungsbeziehungen stärken.

Mit seiner jüngsten Rede⁵⁰ räumte US-Außenminister Mike Pompeo die letzten Zweifel von Amerikas verunsicherten asiatischen Verbündeten aus und desillusionierte die Hoffnungen vieler Europäer, dass sich die USA künftig vielleicht doch noch mit dem wirtschaftlichen und militärischen Aufstieg Chinas arrangieren könnten. An einem symbolischen Ort, der Richard Nixon Presidential Library, machte der amtierende US-Außenminister klipp und klar, dass die 1972 vom damaligen Präsidenten Nixon und seinem Sicherheitsberater Henry Kissinger eingeläutete Annäherungsstrategie sich als epochaler Fehler erwiesen hätte.

In seiner Rede, die an den Kalten Krieg gegen die Sowjetunion erinnerte, bemühte Pompeo in bester Manier Ronald Reagans sogar religiöses Vokabular, um auch seinen Landsleuten die unüberbrückbaren System- und Werteunterschiede zu China zu verdeutlichen. Die Herrschaft der Kommunistischen Partei Chinas stelle eine Tyrannei dar, die nicht nur das chinesische Volk unterdrücke, sondern auch die „freien Nationen“ der Welt bedrohe, lautete die eher weltliche Botschaft an Amerikas Verbündete. Denn die tiefe ideologische Kluft zwischen dem demokratischen und freiheitlichen Westen auf der einen und dem marxistisch-leninistischen und totalitären Regime Chinas auf der anderen Seite sei unüberbrückbar.

Um die vom Reich der Mitte ausgehende Gefahr abzuwenden, müssten sich westliche Marktwirtschaften auch von der chinesischen Planwirtschaft entkoppeln. Pompeo forderte Amerikas Verbündete in Europa und Asien auf, gemeinsam Maßstäbe zu setzen und eine neue Gruppe gleichgesinnter Nationen zu bilden, um der chinesischen Bedrohung zu begegnen.

Aufgrund Chinas raumgreifender Aktivitäten ist es schon geographisch naheliegender, dass Pomepos mahnende Worte insbesondere bei den Verbündeten in Asien Gehör finden. Denn Chinas Volksbefreiungsarmee – so die eindringliche Warnung des US-Außenministers – habe nicht das Ziel, das chinesische Volk zu schützen, sondern die territorialen Ansprüche des chinesischen Imperiums im Südchinesischen Meer und in der indopazifischen Region zu erweitern.

**Die USA werden
Chinas Aufstieg mit
allen Mitteln zu
verhindern suchen.**

Pompeos kompromisslose Botschaft irritierte nicht nur Amerikas Verbündete in Europa, sondern auch seine Schutzbefohlenen in Asien. Hatte doch die US-Regierung unter Trump jüngst einen radikalen Kurswechsel vollzogen und die asiatischen Verbündeten im Regen stehen lassen, die sich zuvor, nicht zuletzt aufgrund des geoökonomischen Drucks der Obama-Regierung, für die USA und gegen ihre wirtschaftlichen Interessen mit China entschieden hatten. Zum Entsetzen seiner Alliierten kündigte US-Präsident Trump in einer seiner ersten Amtshandlungen die US-Teilnahme an der Transpazifischen Partnerschaft (Transpacific Partnership, TPP) auf und verunsicherte sie umso mehr in der für sie existentiell wichtigen Frage, ob die USA weiterhin für ihren Schutz sorgen würden.

Denn das stärkste Argument der USA unter Obama, mit dem sie Länder wie Japan dazu bewegen konnten, sich gegen ihre wirtschaftlichen Interessen mit China zu entscheiden und sich der amerikanischen Initiative anzuschließen, die China außen vorlässt, war der Schutzschild der USA. Mit ihrer Initiative der Transpazifischen Partnerschaft, die sich explizit nicht an China richtete, reagierten die USA auf dessen Bemühungen, die Region Asien in eine Wirtschaftsgemeinschaft zu integrieren. China antwortete wiederum auf die Ausgrenzungsversuche der USA, indem es seinerseits mit der Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP) ein Forum gründete, zu dem die zehn ASEAN-Staaten⁵¹ sowie Australien, China, Indien, Japan, Südkorea und Neuseeland, nicht jedoch die USA, gehören sollen.

In der asiatisch-pazifischen Region geht es um geoökonomische Interessen.

Mit der Transpazifischen Partnerschaft sollte seinerzeit das Kernstück von Amerikas vielbeachteten, aber in Asien zwischenzeitlich angezweifelt „Hinwendung nach Asien“ untermauert werden. Laut Michael Froman, damals Handelsbeauftragter der USA und davor als Stellvertretender Nationaler Sicherheitsberater für Wirtschaftsfragen zuständig, ging es nicht nur um „ökonomische“, sondern auch um „strategische“ Ziele, die in der asiatisch-pazifischen Region verfolgt werden müssen: „In wirtschaftlicher Hinsicht würde TPP eine Gruppe zusammenbinden, die 40 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung und ein Drittel des Welthandels repräsentiert. Strategisch gesehen ist TPP der Weg, über den die USA in Zusammenarbeit mit knapp einem Dutzend weiterer Länder (ein weiteres halbes Dutzend in Wartestellung) eine Führungsrolle einnehmen können, um die Regeln in einer entscheidenden, im Wandel begriffenen Region zu bestimmen.“⁵² US-Verteidigungsminister Ashton Carter brachte noch schwereres rhetorisches Geschütz in Stellung: Für ihn sei das transpazifische Handelsabkommen „genauso wichtig wie ein weiterer Flugzeugträger“.⁵³

Angesichts der ökonomischen und geopolitischen Perspektiven in der Wachstumsregion Asien-Pazifik gerieten der „Alte Kontinent“ und die transatlantischen Freihandelsgespräche mit den Europäern ins Hintertreffen. Zwar sind die Verhandlungen auch von europäischer Seite belastet worden, indem etwa die französische Regierung entsprechend ihrer Praxis der exception culturelle Kulturgüter vom Verhandlungstisch nehmen wollte und die amerikanische Seite darin bestärkte, ihrerseits Ausnahmen durchzusetzen. Auch in Deutschland hatte sich immer mehr Widerstand von Umwelt- und Verbraucherschützern sowie Globalisierungsgegnern formiert. Während 2014 noch sechs von zehn Deutschen ein transatlantisches Handels- und Investitionsabkommen (TTIP) für eine „gute Sache“ hielten, ist die Zustimmung ein Jahr später merklich gesunken. Ab 2015 konnten sich nur noch wenige, vier von zehn Deutschen, mit TTIP anfreunden.⁵⁴

Die TTIP-Befürworter der deutschen Industrie und die ihren Positionen nahestehenden Experten taten sich auch sehr schwer damit, die Argumente renommierter Ökonomen wie des amerikanischen Wirtschaftsnobelpreisträgers Joseph Stiglitz auszuräumen, die sich offen gegen die Transatlantische Freihandels- und Investitionspartnerschaft aussprachen: „Es sind keine gleichberechtigten Partnerschaften: Faktisch diktieren die USA die Bedingungen. Zum Glück leisten Amerikas ‚Partner‘ zunehmend Widerstand.“ Stiglitz betonte, dass Übereinkommen wie TTIP und TPP deutlich über den Handel hinausreichen: „Sie regeln auch Investitionen und geistiges Eigentum und zwingen den Rechts-, Justiz- und Regulierungssystemen der beteiligten Länder grundlegende Änderungen auf – und zwar ohne Einfluss oder Rechenschaftspflicht demokratischer Institutionen. Der vielleicht unfairste – und unehrlichste – Bestandteil derartiger Übereinkommen betrifft den Investorenschutz.“⁵⁵

Angesichts der Wachstumsregion Asien-Pazifik geriet Europa ins Hintertreffen.

Die Kritik in Deutschland wurde auch deshalb lauter, weil durch die Spionageangriffe der USA das Vertrauen der Deutschen nachhaltig beschädigt wurde. Wenn TTIP-Befürworter in Deutschland die ebenso kritisierte mangelnde Transparenz der Verhandlungen mit dem Argument begründeten, man würde mit zu viel Öffentlichkeit die eigene Verhandlungsposition gegenüber den Amerikanern schwächen, übersahen sie, dass die US-Verhandlungsführer ohnehin um die vermeintlich geheimen Verhandlungsstrategien der Europäer Bescheid wussten: Nicht nur die Kommunikation der deutschen Kanzlerin, sondern auch die der Europäischen Union ist von der National Security Agency (NSA), dem größten Auslandsgeheimdienst der USA, seit längerem ausspioniert worden.

2.5 Empfehlungen für eine „globale Allianz der Demokratien“

Erinnerungsvermögen schützt vor transatlantischer Nostalgie und Wunschdenken.

Wer sich noch an die bisherigen Bemühungen und Probleme erinnert, ist gegen transatlantische Nostalgie und Wunschdenken gewappnet und kann die heutige Konfliktlage nüchtern betrachten. Bei der derzeitigen transatlantischen Auseinandersetzung um Huawei kann man davon ausgehen, dass Washingtons Warnungen vor chinesischer Spionage in Europa durchaus ernst genommen werden – zumal eine Weltmacht wie die USA, die ihrerseits 16 Geheimdienste unterhält, wohl am besten weiß, welche Aktivitäten zweckmäßig sind und auch einer anderen, zumal rivalisierenden Großmacht jene Fähigkeiten und Absichten unterstellt, die sie selbst hat. Die Bemühungen der USA, Europa vor Chinas Einfluss zu schützen, wären aber annehmbarer für seine Alliierten gewesen, wenn Washington nicht im gleichen Zug eine europäische Lösung – Ericsson und Nokia – kategorisch ausgeschlossen und nicht auch noch versucht hätte, die beiden Konzerne unter US-Kontrolle zu bringen.

Wenn die USA tatsächlich an engeren Sicherheitsbeziehungen mit Europa interessiert sind, dann sollten sie (dieses Mal) ernsthaft ein Angebot erwägen, die Staaten der EU in einen engeren geheimdienstlichen Austausch einzubeziehen. Um nach dem NSA-Abhörskandal insbesondere die deutsche Kritik zu beschwichtigen, wurde bereits einmal taktisch erwogen, Deutschland in die „Five Eyes“ aufzunehmen, eine Geheimdienstallianz, die Australien, Kanada, Neuseeland, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten umfasst.

Damit die europäischen und asiatischen Alliierten in strategischer Sicht auch künftig bereit sind, ihre wirtschaftlichen Interessen mit China preiszugeben, um weiterhin Schutz von den USA zu erhalten, wird die Schutzmacht ihrerseits dafür sorgen müssen, dass die Pax Americana in den Augen der Alliierten wieder glaubwürdiger und verlässlicher wird. Damit könnte einmal mehr die NATO gefragt sein – und wiederholt dazu aufgefordert werden, sich den neuen Sicherheitsbedingungen des 21. Jahrhunderts anzupassen.

Die konfrontative Rede des US-Außenministers Pompeo repräsentierte zum einen die in den USA mittlerweile parteiübergreifend härtere Haltung gegen China.⁵⁶ Sie nährte zum anderen auch die Hoffnung, dass die USA künftig wieder mehr die Beiträge von Alliierten wertschätzen könnten. Pompeos Aufruf, „eine neue Gruppierung gleichgesinnter Nationen, ein neues Bündnis von Demokratien“⁵⁷ zu schießen, erinnert doch sehr an die alte Idee einer „globalen NATO“. So forderte bereits 2007 der damalige Präsident-

schaftsbewerber der Republikaner, Senator John McCain, eine „League of Democracies“. Der neue „weltweite Bund von Demokratien“ sollte das Kernelement einer freiheitlichen und friedlichen Weltordnung bilden.⁵⁸

Diese in ihren Grundzügen von der Clinton-Administration inspirierte Idee wurde auch schon seit Längerem von Demokraten und den ihnen nahestehenden Experten in Think Tanks befürwortet. Eine „Allianz der Demokratien“, die auch in Form einer „globalen NATO“ denkbar wäre, könnte, so die amerikanischen Vordenker – mit den Vereinten Nationen konkurrieren oder als Alternative bereitstehen, wenn es künftig darum geht, Effizienz, Legitimation und damit auch Lastenteilung zu verbinden. Ein solches Bündnis genuin demokratischer Staaten würde von der amerikanischen Bevölkerung unterstützt und böte auch den Europäern „größere Mitwirkungschancen“, urteilten zum Beispiel die Sicherheitsexperten renommierter Think Tanks wie der Brookings Institution und des Council on Foreign Relations.⁵⁹

Diese Idee ist in den USA also schon seit Längerem partei- und verschiedene außenpolitische Denkschulen übergreifend angedacht – von den Europäern aber bislang abgelehnt worden, auch als sie von dem hierzulande beliebten Barack Obama rhetorisch verbindlicher und netter artikuliert wurde: Die „großartigste Allianz, die je gebildet wurde, um unsere gemeinsame Sicherheit zu verteidigen“ – wie US-Präsidentschaftskandidat Obama 2008 die NATO an der Siegestsäule in Berlin pries – muss sich an die neuen geopolitischen Rahmenbedingungen und die strategischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts anpassen.⁶⁰ In seiner Berliner Rede stellte Barack Obama die rhetorische Frage, ob es denn nicht auch gelingen könnte, „eine neue und globale Partnerschaft zu etablieren“. Obama wies dabei auf die transatlantische Beziehung hin, machte aber auch deutlich, dass sich Amerika und Europa nicht von der Welt abwenden sollten, um der „Last globaler Staatsangehörigkeit“ und Verantwortung zu entgehen. „Ein Wechsel der politischen Führung in Washington wird diese Last nicht beseitigen“, warnte er. Es sei nunmehr an der Zeit, „neue, global übergreifende Brücken“ zu bauen, die genauso stark sein sollten wie die transatlantische Verbindung, um die größer werdenden Belastungen zu tragen.⁶¹

Eine „Allianz der Demokratien“ wäre auch in Form einer „globalen NATO“ denkbar.

Obwohl dann US-Vizepräsident Joe Biden als Vertreter der „neuen Regierung“ in seiner Rede im Februar 2009 bei der Münchner Sicherheitskonferenz rhetorisch „ein neues Zeitalter“ ankündigte, benannte er einen – bis heute aktuellen – Aufgabenkatalog zur „Erneuerung der NATO“, der inhaltlich im Großen und Ganzen auch so von der Vorgängerregierung formuliert wurde – und auch von einer künftigen US-Regierung wiederaufgenommen werden könnte. Demnach bleibe die Hauptaufgabe der NATO die kollektive Verteidigung ihrer Mitglieder. Doch angesichts „neuer Bedrohungen“ und

„neuer Realitäten“ benötigten die Bündnispartner „neue Entschlossenheit“, sie zu meistern, und „neue Fähigkeiten“, um „innerhalb und außerhalb“ des Bündnisgebietes effektiver zu handeln.⁶²

**Eine „globale NATO“
würde vor allem von
einer Biden-Regierung
gefordert.**

Diese Stoßrichtung ist weiterhin aktuell. Die Vordenker in amerikanischen Think Tanks und politischen Protagonisten werden ihre Ideen, vor allem im Falle einer Biden-Regierung, zur Wiedervorlage bringen und gegebenenfalls selbst mithelfen, sie umzusetzen. Europäische Entscheidungsträger sollten sich darauf einstellen und sich bereits heute mit der Idee einer globaler denkbaren NATO auseinandersetzen, deren vielfältigen Aufgaben nicht nur die Landesverteidigung, sondern auch die vitalen Interessen der Sicherung der Handels-, Energie- und Datenströme umfassen.

3. Energiepolitik

Die von der Corona-Pandemie ausgelöste Weltwirtschaftskrise verschärft die Probleme auf den globalen Energiemärkten fossiler Energieträger. Die durch die „Shale Gas Revolution“ vermeintlich energieunabhängige US-Wirtschaft und insbesondere seine Öl- und Gasindustrie sind nicht nur durch den Einbruch der Nachfrage, sondern auch durch ein Überangebot im Zuge des Öl-Preiskrieges führender Produzenten bedroht. Die wirtschaftliche Bedrohung, insbesondere der amerikanischen Öl- und Gasindustrie, gefährdet Trumps Wiederwahl und verstärkt das nationalistische Nullsummendenden des Amtsinhabers im Weißen Haus. Doch US-Präsident Trumps kurzsichtiges geoökonomisches Vorgehen gegen die Hauptkonkurrenten auf den internationalen Öl- und Gasmärkten – sei es gegen Saudi-Arabien, Russland oder den Iran – geht nicht nur auf Kosten wirtschaftlicher Interessen alliierter Länder in Europa, sondern schadet auf lange Sicht den USA selbst und hilft ihrem globalen Rivalen China.

3.1 Doppelkrise: Nachfrageeinbruch und Überproduktion

Die Corona-Pandemie und die von ihr ausgelöste Weltwirtschaftskrise sind ein Katalysator, der die bestehenden Dynamiken der globalen Energiemärkte verschärft. Schon seit Längerem haben Erdölproduzenten und ihre Financiers mit einem peak demand, einer künftig stagnierenden, in den OECD-Ländern ja sogar rückgängigen Nachfrage nach fossilen Brennstoffen, gerechnet.⁶³ Neue Antriebstechnologien und ein geschärftes Umweltbewusstsein gelten als Treiber einer Energie-Transformation.

Die größten Produzenten fossiler Brennstoffe, namentlich die USA, Saudi-Arabien und Russland, reagierten auf den durch die Corona-Wirtschaftskrise bewirkten Nachfrageeinbruch denn auch nicht langfristig orientiert, indem sie etwa durch Absprachen ihre Förderung und damit das Angebot verknappten, um den Preisverfall einzudämmen. Vielmehr handelten allen voran Saudi-Arabien und Russland zunächst im Sinne eines hit and run auf kurze Sicht: Im Bewusstsein um das absehbare Ende des Erdölzeitalters versuchten die Hauptproduzenten, in der verbleibenden Zeit noch möglichst viel Kapital aus ihren Ressourcen zu schlagen. Im Vergleich zu den kostengünstigeren Produzenten Saudi-Arabien und Russland sind die USA bei diesem Verdrängungswettbewerb jedoch im Nachteil. Leidtragende des Ölpreisverfalls ist insbesondere die amerikanische Fracking-Industrie.

Die Corona-Pandemie verschärft die Dynamiken globaler Energie-Märkte.

Die US-Regierung unter Donald Trump hat diesem Markttreiben jedoch nicht tatenlos zugesehen. Sie wird auch weiterhin mit aller wirtschaftlichen und militärischen Macht ihre Öl- und Gas-Industrie zu schützen versuchen – und mit ihrem geoökonomischen Vorgehen insbesondere auch Europas Energie- und Wirtschaftsinteressen massiv beeinträchtigen.⁶⁴

Amerikas geoökonomisches Vorgehen beeinträchtigt Europas Interessen.

3.2 Geoökonomie der USA: Strategie kommt China zugute

Geoökonomische Machtprojektion und das Denken in Einflussphären zerstört das von US-Verantwortlichen ehemals gepredigte Markt-Ideal freien Handels, den sogenannten Washington-Konsensus. Gleichwohl herrschte auch in der Vergangenheit auf den Energie-Märkten kein freier Wettbewerb. Bislang mussten die USA der Marktmacht der Energieproduzenten ihre Militärmacht entgegenhalten. „Sicherheit für Öl“ lautet der Deal mit Saudi-Arabien. Die Schutzmacht USA hat dafür gesorgt, dass die Ölmonarchie Saudi-Arabien stabil blieb. Im Gegenzug trug Riad mit seiner Ölproduktion dafür Sorge, dass der Ölpreis nicht allzu sehr stieg und die westlichen Volkswirtschaften beschädigte, wie seinerzeit in der Ölkrise von 1973, als die Mitglieder der Organisation arabischer Erdölexportländer ein Ölembargo forcierten.

Seitdem die USA dank des „Fracking“-Booms auf den internationalen Energiemärkten zum Nettoexporteur aufgestiegen sind, also mehr Öl und Gas exportieren als sie importieren, feiern Entscheidungsträger und Experten gleichermaßen die seit den 1970er-Jahren angestrebte „Energieunabhängigkeit“. In Trumps utilitaristischem Denken ist Energie nun auch für die USA ein wirksames Mittel zum geostrategischen Zweck – eine Ressource und Instrument zur Machtausübung. „Wir haben echte Unabhängigkeit. Aber was wir jetzt wollen, ist nicht Unabhängigkeit; wir wollen eine amerikanische Energiedominanz. Dominanz.“ So erläuterte US-Präsident Trump das neue selbstbewusste Denken im Weißen Haus in seiner Ansprache vor Arbeitern des Shell Pennsylvania Petrochemicals Complex in Monaca, Pennsylvania.⁶⁵ „Energiedominanz“ lautet das neue Schlagwort auch in der Nationalen Sicherheitsstrategie der USA.⁶⁶

So wird Saudi-Arabien von der US-Regierung, wenn nötig, daran erinnert, dass die Sicherheit der Ölmonarchie vom militärischen Schutz der USA abhängt und nunmehr zur Mäßigung seiner Produktion angehalten, damit nicht ein weiterer Ölpreisverfall die amerikanische Energieproduktion in den Ruin treibt. Ebenso werden die europäischen Alliierten aufgefordert, Tribut für die Pax Americana zu zollen, indem sie anstelle des billigeren russischen

Gases umso mehr „Freiheitsgas“⁶⁷ (freedom gas) aus den USA beziehen und für die zum Transport nötige Infrastruktur, etwa Flüssiggasterminals, bezahlen. Wer in Europa mit Geschäften im Iran rechnet, hat ebenso die Militär- und Wirtschaftsmacht der USA unterschätzt. Die USA werden den Iran durch (Sekundär-)Sanktionen weiterhin von der Förderung seiner üppig vorhandenen Ressourcen abhalten.⁶⁸ Aber diese geoökonomischen Maßnahmen sind nicht nur ökonomisch, sondern auch geostrategisch zu kurz gedacht. Auf lange Sicht schaden sie den USA und ihren Alliierten und helfen China.

3.2.1 Deal mit Saudi-Arabien: Sicherheit für weniger Öl

Der mit Amerikas Militär-Macht unterlegte Deal mit der von Saudi-Arabien angeführten OPEC wird auf lange Sicht nicht die amerikanische Öl- und Gasindustrie retten können. Der mit dem Deal nur kurzfristig eingedämmte Verdrängungswettbewerb der führenden Anbieter USA, Saudi-Arabien und Russland, bei dem die US-Industrie auch mit sehr viel schlechteren wirtschaftlichen Produktionsbedingungen zu kämpfen hat, wird am Ende vor allem Chinas Nachfragemarktmacht erhöhen.

Der enorme Einbruch der Nachfrage im Zuge der Corona-Krise, etwa 20 Millionen Fässer pro Tag,⁶⁹ bedroht die Existenz der ohnehin schon angeschlagenen Fracking-Industrie in den USA. Baker Hughes, eine der weltweit führenden Erdöl-Service-Gesellschaften, meldete Mitte April 2020 weitere 66 Bohrlöcher (rigs) weniger – der größte wöchentliche Rückgang seit Februar 2015! Im vorherigen Monat war die Gesamtzahl um mehr als 35 Prozent gesunken, auf 529 noch aktive Bohrlöcher in den USA. Bei der jüngsten Zählung, am 7. August 2020, waren nur noch 247 „rigs“ aktiv.⁷⁰ Dieser Einbruch wird weitere Wirkungen, nämlich auf die Zuliefer-Industrie, zeitigen. Denn die „Rig-Zählung“ gilt als Frühindikator für die Nachfrage nach Produkten, die beim Bohren, Vervollständigen, Herstellen und Verarbeiten von Kohlenwasserstoffen verwendet werden.

Während des Corona-bedingten Nachfrageeinbruchs sind die Sorgen der Öl- und Gas-Industrie in den USA umso größer geworden. Zunächst bewog Russlands Weigerung, seine Produktion zu kürzen, Saudi-Arabien, einmal mehr in den Preiskrieg gegen die Mitproduzenten zu ziehen. Damit drückte es den Ölpreis umso stärker, auf unter 30 Dollar pro Fass. Im Zuge des Preiskrieges sind die Ölpreise weiter, zwischenzeitlich sogar in den Keller, gerutscht. Mitte April 2020 war die Notierung des Referenzpreises für US-amerikanisches Öl (West Texas Intermediate, WTI) sogar negativ. Weitere US-amerikanische Öl- und Gas-Unternehmen und die von ihr direkt und in-

Der Nachfrageeinbruch in der Corona-Krise bedroht die US-Fracking-Industrie.

direkt abhängigen 10 Millionen Arbeitsplätze waren gefährdet und drohten die von der Corona-Pandemie beeinträchtigte US-Wirtschaft noch mehr in Mitleidenschaft zu ziehen.⁷¹

**Die prekäre Lage
in Öl- und Gas-Förder-
staaten gefährdet
Trumps Wiederwahl.**

Dieser Preisverfall gefährdete auch Trumps Wiederwahl, die vom Wohlergehen der US-Wirtschaft und nicht zuletzt auch von der Lage in hart umkämpften Einzelstaaten (battleground states) wie Pennsylvania und Ohio abhängt, in denen die amerikanische Fracking-Industrie besonders betroffen ist. Donald Trump übte deshalb enormen Druck auf Saudi-Arabien aus. Dabei erhielt er auch Schützenhilfe vom Kongress. US-Senatoren, die erdölproduzierende Einzelstaaten in Washington repräsentieren, drohten sogar offen damit, der Ölmonarchie den militärischen Schutz der Weltmacht zu verweigern, falls Saudi-Arabien nicht seine Produktion einschränkte und amerikanischen Produzenten helfe, wirtschaftlich zu überleben.⁷²

Die seit Jahrzehnten bewährte Verbindung der USA mit Saudi-Arabien (Stichwort: „Sicherheit für Öl“; nunmehr, seitdem die USA selbst wieder Öl-exporteure sind, ironischerweise „Sicherheit für weniger Öl“) und weitere Gespräche in Russland haben sich – vorläufig – ausgezahlt: Am 12. April 2020 einigten sich die von Saudi-Arabien angeführten OPEC-Produzenten mit Russland und den USA auf Mengenbeschränkungen. Ab Mai 2020 sollte weniger produziert werden, in den ersten beiden Monaten sogar eine Rekord-Reduzierung von täglich knapp 10 Millionen Fässern bewerkstelligt werden, wobei Saudi-Arabien und Russland den Löwenanteil übernehmen. Der von den USA forcierte Deal kam zur rechten Zeit, die Märkte beruhigten sich etwas⁷³ und Donald Trump wähnt sich als Gewinner, denn die Produktionsbeschränkung der USA treffen die US-Produzenten nicht wirklich: Aufgrund der niedrigen Marktpreise und der Preissensitivität der amerikanischen Schieferölproduktion müssen sie aus wirtschaftlichen Gründen ohnehin ihre Förderung drosseln.

Sollten die Preise dank der vereinbarten Beschränkungen der anderen Produzenten jedoch wieder merklich steigen, wird wohl auch die Produktion in Amerika wieder über das vereinbarte Maß hinaus ansteigen – und damit den Deal gefährden. Um dann nicht Marktanteile an die US-Produzenten zu verlieren, würden ihrerseits Saudi-Arabien und Russland schnell ihre Produktionsbeschränkungen ignorieren – nicht zu sprechen von OPEC-Staaten wie Irak und Nigeria, die sich in der Vergangenheit ohnehin nicht an Vereinbarungen gehalten haben.⁷⁴

Die Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit geben weitere Gründe für diese Erwartung: Anders als von den meisten Experten prognostiziert, haben die Saudis bereits 2015 auf die erhöhte Produktion der US-Fracking-

Industrie schon nicht mit einer Begrenzung ihres Angebots reagiert, um den Preisverfall zu verhindern. Im Bewusstsein ihres strategischen Vorteils, der darin besteht, dass sie zu weit günstigeren Konditionen produzieren können und einen längeren Atem haben als die amerikanische Konkurrenz, haben sie ihre Produktion sogar noch erhöht, um die Preise weiter nach unten zu treiben. Bereits der damalige Preiskampf zeigte unmittelbare Wirkung. Viele US-Unternehmen, die von Anfang an nur mit geliehenem Geld arbeiteten, konnten alsbald nicht mehr ihre Produktionskosten decken. Als im Sommer 2015 der Ölpreis auf knapp über 50 Dollar pro Fass fiel, reduzierte sich auch die Zahl der Bohrlöcher auf 645 – von über 1.500, die noch ein Jahr zuvor gezählt wurden.⁷⁵ Viele der kleinen und mittelgroßen Produzenten mussten Konkurs anmelden. Überlebt haben größere Unternehmen, die sich in der Phase niedriger Preise länger über Wasser halten können, weil sie finanzstärker sind und ihre Geschäftsbereiche diversifiziert haben.⁷⁶ Die Verantwortlichen in Saudi-Arabien haben also bereits einmal dafür gesorgt, dass die Fracking-Blase in den USA platzte und der amerikanische Energiemarkt weiter konsolidierte.

Selbst wenn der aktuelle „Deal“ Bestand haben sollte, wird Saudi-Arabien mit Argusaugen darauf achten, seine Marktanteile in Asien – der künftig noch wichtiger werdenden Nachfrageregion⁷⁷ – zu verteidigen. So hat Saudi Aramco, der staatlich kontrollierte Öl-Gigant des Königreichs, seine Preise regional diversifiziert und für Asien niedriger angesetzt.⁷⁸ Auch über den vorläufigen Waffenstillstand hinaus dürfte das ressourcenhungrige China Hauptnutznießer dieses Preiskrieges sein. In dem absehbar härter werdenden Kampf der Produzenten um künftig weiterhin schrumpfende Gesamtnachfrage wird sich die Macht der Nachfrager und insbesondere jene des größten Energie-Konsumenten China weiter erhöhen.

3.2.2 „Freedom Gas“ gegen Russland

Bereits heute spielt Amerikas Druck auf Russland und seine europäischen Abnehmer dem Reich der Mitte in die Hände. Amerikanische Verhandlungsführer haben denkbar schlechte ökonomische, aber auch kurzsichtige geopolitische Argumente gegen Deutschland und die weiteren am Konsortium beteiligten europäischen Länder wegen ihrer Nord-Stream-2-Pläne, wonach noch mehr russisches Erdgas aus den Feldern Sibiriens über St. Petersburg bis nach Greifswald transportiert werden soll. Im Vergleich zum russischen Erdgas kommt Amerikas Flüssiggas (Liquefied Natural Gas, LNG), das mit Schiffen und in den Häfen über von der EU zu finanzierende Terminals transportiert werden muss, viel teurer – wenn man wirklich marktwirtschaftliche Kriterien bei der Entscheidungsfindung zugrunde legt.

Amerikas Druck auf Russland und seine europäischen Abnehmer hilft China.

Doch die Trump-Regierung bemüht nicht marktwirtschaftliche Logik, sondern das ebenso zu kurz gedachte geoökonomische Argument, wonach Europa für seine Sicherheit auch bei seiner Energieversorgung einen höheren Preis (an die Schutzmacht USA) zu zahlen habe. Deutschland kaufe sein Erdgas für Milliarden Euro von Russland, verlasse sich jedoch als Trittbrettfahrer auf die USA, die Deutschland vor allem vor russischer Aggression bewahre, lautete Trumps vehemente Kritik beim NATO-Gipfel im Juli 2018 in Brüssel.⁷⁹

Diese Sicht ist vergangenheitsorientiert und dabei auch noch geschichtsvergessen. So versuchte etwa auch NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg mäßigend auf Trump einzuwirken, mit dem Verweis, dass selbst während des Kalten Krieges Russland immer ein verlässlicher Energielieferant des Westens war. Des Weiteren hätte man anfügen können, dass die vermeintlich energieunabhängigen USA ihrerseits bis heute Erdöl aus Russland importieren. Und auf längere, geostrategische Sicht steht für die USA und ihre westlichen Verbündeten nicht Russland, der Gegenspieler aus längst vergangenen Zeiten des Kalten Krieges, im Zentrum der Sicherheitsüberlegungen, sondern die aufstrebende Macht China.

**Westliche Sanktionen
bestärken Putin,
seine Asien-Strategie
zu forcieren.**

Strategisch denkende US-Sicherheitsexperten, etwa von der Brookings Institution,⁸⁰ befürchten schon seit Längerem, dass Sanktionen im Energiebereich den USA selbst schaden – unmittelbar und auf lange Sicht: Sie bestärken den russischen Präsidenten Wladimir Putin darin, seine nach Asien gerichtete Diversifizierungsstrategie mit noch größerer Dringlichkeit zu forcieren. Die russische Führung wird versuchen, ihre Kundschaft auszuweiten. Neben Europa sollen nach den Plänen des Kremls künftig auch energiebedürftige asiatische Länder, allen voran China, mit russischen Rohstoffen versorgt und damit Einnahmen und Regime dauerhaft gesichert werden. Über eine östliche Route (Power of Siberia) und eine westliche Route (Altai Gas Pipeline) wird künftig russisches Gas nach China gepumpt. Einige Beobachter sprechen sogar schon von einer „umfassenden strategischen Partnerschaft“.⁸¹

3.2.3 „Maximaler Druck“ auf den Iran

Auch von den seit Mai 2019 wieder voll wirksamen US-Sanktionen gegen den Iran könnte China einmal mehr gewinnen. Bis zu der von den Europäern federführend ausgehandelten und von der Obama-Regierung gebilligten Einigung im Nuklearstreit profitierte das Reich der Mitte bereits davon, dass andere, etwa ein japanisches Konsortium (Inpex Corp), Vereinbarungen mit dem Iran aufgekündigt haben, um nicht gegen die von den USA forcierten Sanktionen gegen den Iran zu verstoßen.⁸² Die USA beeinflussten auch die Entscheidung Indiens, auf den Bau der geplanten Iran-Pakistan-Indien-

Pipeline zu verzichten und damit dem iranischen Regime diese wirtschaftliche Unterstützung zu entziehen. Europäische Firmen hatten ihr Engagement ebenfalls eingeschränkt, um gemeinsam mit den USA den Druck auf den Iran zu erhöhen, sein Nuklearprogramm aufzugeben.

Als mit dem von den Europäern eingefädelten Wiener Atomabkommen von 2015, dem Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA), der Iran bis auf Weiteres auf Atomwaffen verzichtete, wurden ihm im Gegenzug ein ziviles Atomprogramm eingeräumt und die Wirtschaftssanktionen aufgehoben. Demnach begannen die Wirtschaftsvertreter westlicher Länder um die besten Investitionsmöglichkeiten im Iran zu buhlen. So erwartete der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) Geschäftsvorteile für deutsche Unternehmen. „Insbesondere die Modernisierung der Ölindustrie eröffnet große Marktchancen für deutsche Maschinen- und Anlagenbauer“, sagte der damalige BDI-Präsident Ulrich Grillo euphorisch.⁸³ Experten bezifferten den Investitionsbedarf im Ölsektor auf über 200 Milliarden Dollar. Ebenso witterten Automobil- und Flugzeughersteller das große Geschäft in traditionell von europäischen Firmen dominierten Märkten. Allein die staatliche Zivillflugorganisation Irans stellte Investitionen in Höhe von knapp acht Milliarden Dollar in Aussicht, um die veraltete zivile Flugzeugflotte Irans zu erneuern. In der nächsten Dekade wollten iranische Fluggesellschaften mehr als dreihundert Flugzeuge kaufen.⁸⁴

Donald Trump, der im Januar 2017 als 45. Präsident der Vereinigten Staaten in das Weiße Haus einzog, machte jedoch auch den europäischen Unternehmern einen Strich durch ihre Rechnung, indem er sein Wahlversprechen einlöste und am 8. Mai 2018 das Abkommen einseitig aufkündigte, obwohl der Iran seine Verpflichtungen einhielt.⁸⁵ Die europäischen Vertragsparteien – Deutschland, Frankreich und Großbritannien – haben (ebenso wie die Mitunterzeichner Russland und China) indes daran festgehalten und mittels der am 29. Januar 2019 gegründeten Zweckgesellschaft INSTEX (Instrument in Support of Trade Exchanges) versucht, die US-Sanktionen zu umgehen und den Zahlungsverkehr für Iran-Geschäfte aufrechtzuerhalten. Doch INSTEX erwies sich bislang als wirkungslos gegenüber den US-(Sekundär-) Sanktionen. Europa kann dem geoökonomischen Druck der USA nicht standhalten, weil auch europäische Firmen wissen, wo der größere Markt ist: nicht im Iran, sondern in den USA. Wer in den Vereinigten Staaten Geschäfte machen oder Geschäfte über den Dollar abwickeln will, muss sich wohl oder übel der Wirtschafts- und Militärmacht USA beugen.

Jedoch könnte China einmal mehr Nutznießer der seit Mai 2019 wieder voll wirksamen US-Sanktionen und des „maximalen Drucks“ der USA sein. Enttäuscht von den Europäern, versucht der Iran nunmehr mit seiner „Look to

Auch von den US-Sanktionen gegen den Iran könnte China einmal mehr gewinnen.

the East“-Strategie Alternativen in Asien zu finden und Wirtschaftsbeziehungen mit Asiens führenden Mächten auszubauen. Anders als die meisten europäischen Staaten durften nach dem Ermessen der USA nur noch ausgewählte Länder wie China, Indien und Japan insbesondere noch Öl und Gas aus dem Iran importieren, jedoch auch nur, bis die ihnen von der US-Regierung am 5. November 2018 für sechs Monate gewährte Ausnahmeregelung von den Sanktionen ausgelaufen war.

China ist indes weiterhin insbesondere daran interessiert, Energielieferanten und Lieferwege zu diversifizieren, weil dessen wirtschaftliche Entwicklung und militärische Aufrüstung von Energieimporten abhängen. Doch Chinas Energieversorgung aus dem Mittleren Osten kann vielerorts durch die USA blockiert werden – nicht zuletzt an der Straße von Hormus, dem wichtigsten Wasserweg auf dem Handelsweg von Europa nach Asien, dessen Sperrung umfangreiche Öllieferungen aus dem Mittleren Osten verhindern würde.

In einer möglichen Auseinandersetzung wäre dieser „Engpass“ (choke point) der internationalen Energieversorgung ein zweischneidiges Schwert: Bezeichnenderweise droht auch das iranische Regime unverhohlen damit, die Lebensader westlicher Wirtschaften zu blockieren, sollten mit den US-Sanktionen seine Öl- und Gas-Exporte und damit Überlebensfähigkeit gefährdet werden. Die USA würden eine Blockade wiederum als Bedrohung ihrer vitalen Interessen sehen und militärisch dagegen vorgehen.

Die USA werden einer globalen Kräfteverschiebung im Nahen Osten entgegenwirken.

Anders als von vielen Beobachtern erwartet, haben sich die USA wegen ihrer vermeintlichen Energieunabhängigkeit im Zuge der „Shale Gas Revolution“ und ihrer Umorientierung nach Asien, dem von der Obama-Regierung angekündigten pivot to Asia, nicht vom Mittleren Osten abgewendet; im Gegenteil: Die Weltmacht USA wird einer möglichen globalen Kräfteverschiebung in dieser geostrategisch wichtigen Region nicht tatenlos zusehen.

Amerikanischen Geostrategen ist unter anderem auch nicht verborgen geblieben, dass der Iran, die Türkei und Katar gemeinsame geoökonomische Pläne schmieden. Die sogenannte „Middle Eastern Entente“⁸⁶ will sich mitunter auch gegen die USA und deren Sanktionen zur Wehr setzen. Unter anderem sollen katarisches und iranisches Öl und Gas mit Pipelines über den Iran, Irak und Syrien zum Mittelmeerhafen Latakia gepumpt werden.⁸⁷ Es ist von Vorteil, dass auch türkische Pipelines verbunden werden können. Die Türkei bezieht die Hälfte seiner Ölversorgung aus dem Iran⁸⁸ und widersetzt sich denn auch den US-Sanktionen, die das iranische Regime isolieren und ökonomisch unter Druck setzen sollten. Der Iran verhandelt bereits mit Syrien, um Syriens wichtigsten Hafen Latakia betreiben und die Handelsroute von Teheran bis zum Mittelmeer vorantreiben zu können.

3.3 Chinas Seidenstraßen-Pläne – eine Bedrohung für die USA

Neben den Pipelines und dem ebenso geplanten Eisenbahnnetz soll der Mittelmeerhafen nicht zuletzt auch einen weiteren strategischen Knotenpunkt in Chinas umfassender „Seidenstraßen-Initiative“ („One Belt, One Road“, OBOR) bilden. Nicht nur wegen seiner Öl- und Gasressourcen, sondern auch dank seiner guten wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen mit zentralasiatischen Staaten spielt der Iran eine wichtige Rolle in Chinas Seidenstraßen-Plänen. So erreichten bereits im Februar 2016 die ersten chinesischen Handelsgüter den Iran über eine 3.200 Kilometer lange Verbindung zwischen Urumqi, der Hauptstadt der westchinesischen Provinz Xinjing, und der iranischen Hauptstadt Teheran. Der Schienenweg führt über Kasachstan, Kirgistan, Usbekistan und Turkmenistan. Die China Railway Company plant, die Strecke zu einer Hochgeschwindigkeitsverbindung für Fracht- und Passagierverkehr auszubauen.

Mit noch größerer Geschwindigkeit verbreitet sich, nicht zuletzt auch über neue Kommunikationswege, chinesische Propaganda. Sie hat sogar die Hilfe der US-Regierung für den schwer von der Corona-Pandemie gebeutelten Iran vereitelt. So lehnte Irans Revolutionsführer Ali Chamenei das amerikanische Hilfsangebot wegen einer von China gestreuten Verschwörungstheorie ab, wonach die Vereinigten Staaten das Coronavirus entwickelt hätten, um Feinde wie China oder Iran zu schwächen. Demnach sei auch amerikanischen Hilfsgütern zu misstrauen, da diese ebenso mit dem Virus infiziert sein könnten.⁸⁹ Umso mehr wird der Iran – auch dank der US-Sanktionen – nun auf Chinas Hilfe angewiesen sein.

Amerikas Druck auf den Iran kommt dem Reich der Mitte entgegen: Chinas „Going-out“-Strategie⁹⁰ zielt neben strategischen Industrien vor allem auch auf den Ressourcensektor ab. Chinas Energieinvestitionen – ein Gutteil über seine Staatsbanken – belaufen sich seit 2005 auf mehr als 740 Milliarden Dollar.⁹¹ Bereits 2002, unmittelbar nach seiner Ernennung zum Generalsekretär der Kommunistischen Partei, forderte Hu Jintao unter anderem die drei nationalen Ölfirmen – China National Petroleum Corporation (CNPC), China National Petroleum and Chemical Corporation (SINOPEC) und China National Offshore Oil Corporation (CNOOC) – auf, sich international auszurichten und in die Förderung, Produktion und den Transport von Öl und Gas zu investieren. Im Rahmen dieser Initiative unternimmt die chinesische Parteiführung seitdem enorme Anstrengungen, Chinas Währungsreserven strategisch einzusetzen und so die für seine Wirtschaft und die Stabilität des politischen Regimes dringend benötigten Ressourcen langfristig zu sichern.⁹²

Amerikas Druck auf den Iran kommt Chinas „Going-out“-Strategie entgegen.

Chinesische Staatsfirmen sind mittlerweile in allen Weltregionen anzutreffen, ob im Mittleren Osten oder in entwicklungsfähigen Regionen wie Westafrika und Zentralasien. Auch in Südamerika, sozusagen im Hinterhof der USA, versuchen chinesische Staatsfirmen, Ressourcen für ihr Land zu sichern. Mit seiner Energiesicherheitspolitik unterminiert auch China die multilateralen Regeln, denn Peking ist bemüht, die Ölvorräte mittels bilateraler Verträge exklusiv zu vereinnahmen – und konkurriert damit mit den geökonomischen Interessen der USA. Da China, die aufstrebende Wirtschaftsmacht in Asien, die für ihr weiteres Wachstum immense Energieressourcen benötigen wird, diese zunehmend mit ihrem Militär sichert, gerät sie in Konflikt mit den „vitalen Interessen“ der USA.

3.4 Handlungsoptionen für transatlantische Energie- und Umwelt-Kooperation

Sicherheits-, wirtschafts- und umweltpolitisch weitsichtiger als unilaterales, einseitig auf alte Energieträger fokussiertes Vorgehen wäre es, die Abhängigkeit westlicher Volkswirtschaften von fossilen Brennstoffen durch transatlantische Energie- und Umwelt-Kooperation zu verringern. Strategische Außen- und Sicherheitspolitik in der Welt des 21. Jahrhunderts sollte ebenso wie vorausschauende Investitionsstrategien sich davor hüten, vergehende Industrien bewahren zu wollen. Zweckdienlicher wäre es, Wachstumsmärkte in den Blick zu nehmen und dafür beide Themen – Energie und Klima – ins Zentrum ihrer Analysen und Handlungsempfehlungen zu stellen.⁹³

Investoren erkennen, dass das Klimarisiko ein Investitionsrisiko ist.

Investoren haben – auch dank der öffentlichkeitswirksamen Vorarbeit von Umweltforschern⁹⁴ – bereits erkannt, dass das Klimarisiko ein Investitionsrisiko ist. In seinem Investoren-Brief für das Jahr 2020 warnte etwa Larry Fink, Chairman und CEO von Black Rock, dass sich das Umweltbewusstsein „schnell verändert“. Deshalb erwartet der Kopf der weltweit größten Fondsgesellschaft eine „grundlegende Umgestaltung des Finanzwesens“. Denn die „Beweise für das Klimarisiko“ werden Investoren zwingen, „Kernannahmen über modernes Finanzwesen neu zu bewerten“.⁹⁵

Dafür muss auch die Politik ihren bisherigen Horizont nationalstaatlicher Lösungen mit der Perspektive eines erweiterten internationalen ordnungspolitischen Rahmens überdenken. Unternehmen sollten dazu verpflichtet werden, das Risiko offenzulegen, das der Klimawandel mit sich bringt, damit die Märkte dieses Risiko bepreisen können. Um staatlichen und privaten Akteuren weltweit fundierte Finanzentscheidungen zu ermöglichen, könnten die Vorarbeiten der Task Force Klimabezogener Finanzinformationen

(TCFD) genutzt werden, die 2015 vom Financial Stability Board (FSB), einem Organ der Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G-20), etabliert wurde. Weltweit sollten nationale Finanzaufsichtsbehörden, etwa in den USA die US Securities and Exchange Commission, dafür sorgen, den TCFD-Empfehlungen Rechtskraft zu verleihen.⁹⁶

Seit Längerem arbeitet die EU-Kommission schon an einem Regelwerk für nachhaltige Finanzanlagen. Mit der Taxonomie-Verordnung vom 18. Juni 2020 schuf die EU nun die weltweit erste „grüne Liste“ für nachhaltige Wirtschaftstätigkeiten. Dieses Klassifizierungssystem können Anleger verwenden, wenn sie in Projekte und Wirtschaftstätigkeiten mit erheblichen positiven Klima- und Umweltauswirkungen investieren wollen.⁹⁷

Die zentralen energie- und klimapolitischen Herausforderungen sind global, sie lassen sich nur durch globale und multilaterale Kooperation bewältigen. Allein die Abhängigkeit von Importen aus wenigen Ländern, die den Markt dominieren und Preise manipulieren, oder die Sorge um den sicheren Transport über lange Distanzen von den produzierenden zu den verbrauchenden Ländern – auf dem Seeweg oder per Pipeline – verdeutlichen, dass diesen Herausforderungen nicht mehr auf einzelstaatlicher Ebene begegnet werden kann.

Die Entwicklung erneuerbarer Energien wäre für ein innovationsorientiertes Land wie die Vereinigten Staaten ein gangbarer Weg, sich aus der Abhängigkeit der internationalen Preisbildung fossiler Brennstoffe zu befreien, die durch autokratische Führer in problematischen Weltregionen beeinflusst werden kann. Angesichts der Verwundbarkeit der amerikanischen Wirtschaft ist es dringend erforderlich, energiesparende Technologien sowie Biokraftstoffe und andere Alternativen für die bisher auf fossile Brennstoffe angewiesenen Wirtschaftszweige zu entwickeln. Falls er gewählt wird, will der Präsidentschaftskandidat der Demokraten Joe Biden „eine historische Investition“ tätigen: in zehn Jahren insgesamt 400 Milliarden Dollar an staatlichen Mitteln für saubere Energie und Innovation investieren.⁹⁸ Bidens „Plan für eine saubere Energierevolution und Umweltgerechtigkeit“ ist ehrgeizig.

Die USA könnten aber auch auf die Kooperation mit den Staaten der Europäischen Union zählen, die ihre Wirtschaften ebenso mit einem „Green Deal“ wiederbeleben wollen. Am 11. Dezember 2019 stellte die Europäische Kommission unter der Führung Ursula von der Leyens das Konzept des „European Green Deal“ vor. Nach diesem ehrgeizigen Plan soll Europa als erster Kontinent klimaneutral werden und bis 2050 die Netto-Emissionen von Treibhausgasen in der Europäischen Union auf null reduzieren. Der European

**Joe Biden plant
„eine saubere Energie-
revolution und
Umweltgerechtigkeit“.**

Green Deal umfasst eine Reihe von Maßnahmen in den Bereichen Finanzmarktregulierung (Stichwort: sustainable finance), Energieversorgung, Verkehr, Handel, Industrie sowie Land- und Forstwirtschaft. Die dafür nötigen Regulierungen – Gesetzesinitiativen zu einer höheren Bepreisung fossiler Energieträger sowie verschärften CO₂-Grenzwerten – sollen bis Mitte des Jahres 2020 vorgelegt werden. Europa will die Corona-Wirtschaftskrise für den Übergang zu einer modernen, ressourceneffizienten und wettbewerbsfähigen Digital-Wirtschaft nutzen.

Europa will als erster Kontinent klimaneutral werden und Marktchancen nutzen.

Technische Fortschritte, nicht zuletzt bei intelligenten Stromnetzen (smart grids), künstlicher Intelligenz (KI) und autonomem Fahren – die über staatliches Handeln gefördert werden können (durch Bereitstellung von Leitungs-, Infrastruktur- und Forschungsförderung) –, stellen die gängige Nullsummenrechnung zwischen Umweltschutz und wirtschaftlichen Interessen bzw. die Rhetorik von Staat versus Markt infrage.

Dadurch würden nach der Corona-Wirtschaftskrise nicht nur dringend nötige neue volkswirtschaftliche Wachstumsimpulse entstehen, sondern auch die Energieversorgungssicherheit der Verbraucherländer verbessert, der Treibhauseffekt eingedämmt und die Machtverhältnisse in den Weltenergiemärkten neu austariert, die nicht zuletzt auch die regelbasierte Handelsweltordnung unterminieren.

4. Zukunft der internationalen Handelsordnung und des Multilateralismus

Endgültig vorbei ist die Zeit, in der US-Strategen Chinas wirtschaftliche Entwicklung mit Wohlwollen begleiteten. Nach Washingtons Plänen sollte China als responsible stakeholder, wie es 2005 der damalige stellvertretende US-Außenminister Robert Zoellick formulierte, in die von den USA dominierte westliche Welt(-wirtschafts)ordnung eingebunden werden. Durch wirtschaftliche Liberalisierung, so die Grundannahme, würde früher oder später auch das politische System Chinas demokratischer werden. Demnach war es nach dem Ende des Kalten Krieges nur eine Frage der Zeit, bis weltweit der demokratische Friede herrschen würde. Doch die Geschichte fand bislang kein happy end; das nächste, bereits begonnene Kapitel wird wieder von Großmächtekonkurrenz um Einfluss-Sphären handeln. Wir sind bereits inmitten einer „Ära der wirtschaftlichen und politischen Großmacht-rivalitäten, die nicht nur neue Handelskonflikte, sondern auch eine veränderte geostrategische Rolle für die Bundesrepublik und Europa zur Folge hat“.⁹⁹ Bei diesem Kräfteressen ist Europa bislang nur Zuschauer, im schlimmsten Fall aber wird es zum Kollateralschaden der Geschichte werden, wenn es nicht schnell entscheidungs- und handlungsfähig wird.

4.1 Das Ende des Endes der Geschichte

Obschon nach dem Untergang der Sowjetunion bereits das „Ende der Geschichte“¹⁰⁰ und der Siegeszug liberaler Demokratien und freier Marktwirtschaften prophezeit wurden, haben sich viele autokratische Regime bislang als sehr resistent erwiesen. Sie haben mehrere Demokratisierungswellen, Farbenrevolutionen (etwa die orangene in der Ukraine oder die grüne im Iran) und Jahreszeitenwechsel (Stichwort: Arabischer Frühling) überdauert.¹⁰¹

Chinas Kommunistische Partei hat diese Umbrüche sehr wohl als Warnsignale gesehen. Denn liberale Ideen sind auch in China attraktiv, vor allem für jüngere, oft in den USA und Europa ausgebildete Chinesen. Doch die gute wirtschaftliche Entwicklung dient dem Regime bis auf weiteres als Pfeiler seiner Stabilität und Bollwerk gegen subversive Entwicklungen – zumal, wenn der Vergleich zu den wirtschaftlichen und sozialen Problemen westlicher Regime bemüht wird.

Künftig wird es noch mehr um Großmächtekonkurrenz und Einfluss-Sphären gehen.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise 2008, die von der Führungsmacht des Westens ausgelöst wurde, hat ein Übriges getan. Sie erschütterte den Glauben an die weitgehende Selbstregulierung der Märkte und die Kreditwürdigkeit des amerikanischen Staates. Der „Washington Konsensus“, gemäß dem weltweit andere Länder ermutigt wurden, ihre politischen Systeme und Wirtschaftsordnungen nach amerikanischem Vorbild zu liberalisieren, hat an Glaubwürdigkeit verloren.

Staatlich gelenkte Volkswirtschaften, allen voran der autoritäre Kapitalismus der Volksrepublik China, wurden zwar auch in Mitleidenschaft gezogen, konnten aber die Krise besser meistern als die USA und ihre Wertegemeinde. Autoritäre Großmächte wie China gelten heute nicht nur in Ostasien als „erst zu nehmende Gegenentwürfe zur liberalen Demokratie“.¹⁰² Der wirtschaftliche Aufstieg Chinas wird schon mit dem Abstieg des Westens assoziiert;¹⁰³ einige Experten preisen schon den „Peking Konsensus“ als zukunftsweisend.¹⁰⁴

Der amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama, der seinerzeit vorschnell das „Ende der Geschichte“ ausgerufen, spricht im Wettkampf der Systeme den endgültigen Sieg liberaler Demokratien und freier Marktwirtschaften gefeiert hatte, diagnostiziert heute elementare Defizite der westlichen Führungsmacht. Die Unzulänglichkeiten der USA seien umso problematischer, weil sich ein neuer Konkurrent namentlich China anschicke, sein Gegenmodell zu exportieren. Die Geschichte geht also doch weiter, denn Fukuyama sieht nun eine neue „historische Auseinandersetzung“ um das „Schicksal Eurasiens“ im Gange: zwischen den USA und seinen westlichen Partnern auf der einen und China auf der anderen Seite.¹⁰⁵

4.2 Währungsfragen sind Machtfragen

China will den Welthandel und das globale Finanzsystem neu ordnen.

China scheut keine diplomatischen Initiativen und wirtschaftlichen Investitionen, um den Welthandel und das globale Finanzsystem in seinem Sinne neu zu ordnen – und schwächt damit das amerikanische Wirtschaftsmodell. Bisher sichern vor allem die Denomination und Fakturierung von Handelsgeschäften, vor allem von Öl- und Gas-Geschäften in der amerikanischen Währung die weltweite „Dollar-Dominanz“ und damit weitere wirtschaftliche Vorteile für die USA. Der Dollar ist nach wie vor die führende Währung für internationale Finanztransaktionen, die Abwicklung von Handel und zur Reservehaltung.

Die Dollar-Dominanz hat es der Weltmacht in den vergangenen Jahrzehnten erlaubt, internationale Währungsreserven mehr oder weniger zum Nulltarif zu beziehen und über ihre Verhältnisse zu leben. Denn ihr „exorbitantes Privileg“ – wie es bereits in den 1960er-Jahren der damalige französische Finanzminister und spätere Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing ausdrückte – ermöglicht der Weltmacht, sich international günstig zu verschulden. Mit dem Dollar als Leitwährung müssen die USA nicht wie andere Staaten einen Risikoaufschlag in Form höherer Zinsen zahlen, sondern können enorme Mengen Geld zu günstigen Konditionen leihen und damit viel höhere Gewinne erwirtschaften und – was in den vergangenen Jahren immer deutlicher wurde – ihren Konsum auf Pump finanzieren. Die USA konnten zudem über die expansive Geldpolitik ihrer Notenbank (euphemistisch „quantitative Lockerung“ genannt) einen Gutteil ihrer Schulden, vor allem gegenüber ihrem Hauptgläubiger China, loswerden.

Um den amerikanischen Dollar mittelfristig als Weltleitwährung abzulösen und Investoren eine Alternative zu eröffnen, haben die Regierungen in Moskau und Peking bereits 2009, nach dem Ausbruch der von den USA verursachten Finanz- und Wirtschaftskrise 2008, gefordert, die ins Wanken geratene Leitwährung Dollar mittel- bis langfristig abzulösen. Die Dollar-Dominanz wird heute umso mehr vom ressourcenhungrigen China herausgefordert. Mittlerweile reinvestieren die Golfstaaten ihre Petro-Dollar nicht mehr in die USA, sondern vielmehr in China. Auch um den USA den Macht-hebel ihrer (Sekundär-)Sanktionen zu nehmen, arbeitet die chinesische Führung daran, ein paralleles Finanzsystem aufzubauen, das die Dollar-basierten Zahlungsmechanismen umgeht.

Indem die Verantwortlichen in Peking Chinas Exportmärkte diversifizieren und die eigene Wirtschaft stärker auf Binnenkonsum stellen, können sie sich umso mehr aus der von ihnen sogenannten „Dollar-Falle“ lösen: Während China weltweit Infrastruktur finanziert, damit neue Absatzmärkte entwickelt, kann es sich so vom bisherigen Hauptabnehmer USA emanzipieren – dem es bislang in großen Mengen das Geld geliehen hatte, damit dieser chinesische Produkte kaufen konnte.

Die Dollar-Dominanz wird vom ressourcenhungrigen China herausgefordert.

4.3 Interdependenz – alte Schwächen, neue Stärke

Wenn China den USA nicht mehr seine billigen Güter und Währungsreserven zur Verfügung stellt, dann betrifft das nicht nur US-Bürger, die aus ihrer Wohlstandsillusion gerissen werden, sondern auch den amerikanischen Staat, der ebenso schon seit Längerem über seine Verhältnisse lebt. China

China löst sich aus der Interdependenz mit den USA und schafft neue Abhängigkeiten.

ist nicht mehr bereit, in dem Maße wie bisher mit seinen Devisenreserven den US-Staatshaushalt zu finanzieren, der zu einem Großteil dafür verwendet wird, die Weltmacht militärisch und sicherheitsdienstlich gegen China aufzurüsten.

China ist schon seit Längerem im Begriff, sich aus der Interdependenz mit den USA zu lösen, damit seine Verwundbarkeit zu reduzieren. Dagegen sollen neue Abhängigkeiten geschaffen werden, bei denen China am längeren Hebel sitzt. Indem es als kluge Macht seine nationalen Interessen breiter definiert, anderen erlaubt, davon ebenso zu profitieren, kann es Führung beanspruchen und Gefolgschaft erwarten. Ein Beleg dafür ist Pekings Erfolg, trotz großem Gegendruck der USA, europäische Partner wie das Vereinigte Königreich, Frankreich und Deutschland für seine Asiatische Infrastruktur-Investitionsbank (AIIB) gewonnen zu haben.

4.4 Die „Grand Strategy“ der USA

Diese Entwicklung ist auch aus Sicht der Geostrategen in Washington äußerst bedrohlich. Wenn China öffentliche Güter wie Infrastruktur, Handels- und Informationswege zur Verfügung stellt, baut es peu à peu seine Vormachtstellung aus. Mit seiner „Seidenstraßen-Initiative“ will das Reich der Mitte über Land- und Seewege seine Wirtschaft mit den Nachbarn in der Region, mit Westasien, Afrika und Europa verbinden.

Die Vordenker amerikanischer Think Tanks, etwa General Jim Mattis, der vor seinem Einsatz als Verteidigungsminister (von 2017 bis 2019) in der Trump-Regierung Ideen in der Hoover Institution schmiedete, mahnen zu einer neuen „Grand Strategy“.¹⁰⁶ Auch sie nehmen China ins Visier. Anstelle des bisherigen Flickwerks einzelner Strategien gegenüber diversen Ländern und in bestimmten Politikfeldern (Sicherheits-, Handels- oder Energiepolitik) sollten die USA wieder eine globale, themenübergreifende Ausrichtung, eben eine Grand Strategy, verfolgen. Damit solle auf jeden Fall verhindert werden, dass ein möglicher Rivale den USA die See- oder Lufthoheit im eurasischen Raum – die Landmasse der beiden Kontinente Europa und Asien, dem bevölkerungsreichsten und wirtschaftlich interessantesten Gebiet dieser Erde – streitig macht und wirtschaftliche Aktivitäten der USA unterbindet oder ihnen den Zugang zu Ressourcen verwehrt.

Anders als sein Amtsvorgänger Barack Obama, der seine „Hinwendung nach Asien“ (pivot to Asia), die Eindämmung Chinas mit einer Transpazifischen Partnerschaftsinitiative (TPP) handelspolitisch im Verbund mit alliierten

Ländern forcieren wollte, setzt sein Nachfolger indes allein auf die Militär- und Wirtschaftsmacht seiner Nation. Trump nimmt dabei nicht nur einen Handelskrieg mit China, sondern auch Verwerfungen mit Amerikas Alliierten in Kauf.

Um nicht ins Hintertreffen zu geraten, versucht US-Präsident Trump, mit aller wirtschaftlichen und militärischen Macht der USA den weiteren Aufstieg Chinas zu verhindern. Indem er die bereits angeschlagene liberale Weltordnung zerstört, will Trump Wettbewerbern ihre Erfolgsgrundlagen nehmen. Denn in Trumps merkantilistischem Denken hilft die von Amerika nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffene regelbasierte Weltwirtschaftsordnung mittlerweile nur noch seinen „Feinden“: China und Europa.

In Trumps Weltbild haben Staaten keine Freunde, sondern nur Interessen. In diesem Nullsummendenden gibt es keine gemeinsamen Interessen: Trump denkt, er könne seine nationalen Interessen nur auf Kosten aller anderen durchsetzen. Militärmacht bietet den „kompetitiven Wettbewerbsvorteil“ schlechthin: Sie dient dazu, um im härter werdenden internationalen Wettbewerb zu gewinnen – mit dem Recht des Stärkeren und zwangsläufig auf Kosten aller anderen Nationen.¹⁰⁷

4.5 Das Recht des Stärkeren gegen die rule of law

Dieses in der aktuellen Nationalen Sicherheitsstrategie der USA¹⁰⁸ nunmehr explizit als „realistisch“ bezeichnete Politikverständnis von US-Präsident Trump und seiner Sicherheits- und Wirtschaftsberater widerspricht der in Deutschland bevorzugten liberal internationalistischen Vorstellung einer regelbasierten Weltordnung, in der internationale Organisationen wie die Welthandelsorganisation (WTO), die Vereinten Nationen (UN), das Völkerrecht und das Gleichheitsprinzip der UN-Charta eine zentrale Rolle spielen.

In der sozialdarwinistisch anmutenden Weltsicht Trumps, in der maximale militärische Macht das Recht des Stärkeren und somit die „transaktionale Führung“¹⁰⁹ der USA begründet, sind multilaterale Organisationen ein Hindernis: Sie sind schließlich darauf ausgerichtet, internationalem Recht zur Stärke zu verhelfen, auszugleichen, den Stimmen auch der – nach Trumps Meinung – Schwächeren im Konzert der Nationen Geltung zu verschaffen. Wenn die regelbasierte Ordnung, die internationale rule of law, insbesondere die Welthandelsorganisation (WTO) und das multilaterale Welthandelssystem, geschwächt sind, dann gilt das Recht des Stärkeren, nämlich der nach wie vor größten Militärmacht USA.

**Ohne rule of law
gilt das Recht des
Stärkeren – der größten
Militärmacht USA.**

Um Amerikas Machtfülle zu entfesseln, sollen zum einen die nationalen Handelsgesetze der USA¹¹⁰ gegen alle Handelspartner strikt und effektiv angewandt werden.¹¹¹ Zum anderen soll die internationale Einflussnahme, allen voran das Regelwerk der WTO, begrenzt werden. Nach Ansicht der Trump-Regierung soll ein WTO-Urteil gegen die USA nicht mehr automatisch zu einer Änderung eines amerikanischen Gesetzes oder einer Handelspraxis führen. In der Konsequenz werden die Urteile des WTO-Streitschlichtungsmechanismus von den USA nicht mehr grundsätzlich anerkannt – oder das multilaterale Schiedsverfahren soll selbst ausgehebelt werden.

Wegen der Blockadehaltung Washingtons sind mittlerweile weniger als drei Mitglieder am Berufungsgremium (Appellate Body) des Streitschlichtungsmechanismus der WTO tätig. Damit wurde die Mindestzahl unterschritten, die für eine Fallentscheidung nötig wäre. Dies führt zu einer deutlichen Schwächung der WTO und damit auch der globalen, regelbasierten Handelsordnung, da kein Verfahren mehr ohne einen funktionierenden Berufungsausschuss abgeschlossen werden kann. Somit wird der bindende Streitschlichtungsmechanismus untergraben, der die WTO-Regeln bislang effektiv durchsetzen konnte.

US-Präsident Trump hat das multilaterale Welthandelssystem immer wieder als schlechten Deal für Amerika dargestellt. Indem er auch in diesem Politikfeld die militärische Trumpfkarte zog und Strafzölle – zunächst auf Stahl und Aluminium – mit nationaler Sicherheit begründet, setzt Trump nicht nur seine handelspolitischen Ziele durch, sondern er untergräbt auch die WTO. Dem Beispiel der USA folgend könnten andere Länder ihrerseits Zölle im Namen ihrer nationalen Sicherheit erheben. Das wäre schnell das Ende einer durch die WTO geregelten internationalen Handelsordnung.

Für Trump ist das multilaterale Welthandelssystem ein schlechter Deal für Amerika.

Bislang hat die Trump-Administration davon abgesehen, über Stahl und Aluminium hinausgehend auch deutsche Automobile als nationale Sicherheitsbedrohung zu deklarieren. Denn der damalige EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker erklärte sich am 25. Juli 2018 beim Gipfel in Washington bereit, der Schutzmacht Tribut zu leisten: So solle Europa anstelle russischer Gaslieferungen künftig teureres Flüssiggas aus den USA beziehen.

Dass die EU und China die Weltmacht bei der WTO verklagten, bestätigte indes nur Trumps darwinistisches Weltbild. Sein taktisches Zugeständnis einer WTO-Reform könnte bald schon wieder der Drohung weichen, die Welthandelsorganisation für irrelevant zu erklären. Selbst im besten Fall würde sich ein Schiedsverfahren lange hinziehen.

Viel folgenreicher aber ist der Paradigmenwechsel, den Trump mit seiner Verquickung von Handels- und Sicherheitspolitik¹¹² vollzieht: Denn es ist fraglich, ob die WTO überhaupt Streitigkeiten über Handelsmaßnahmen schlichten kann, die mit nationaler Sicherheit begründet werden. Eine Gefahr für das internationale Regelwerk liegt auch darin, dass die nationale Sicherheit eine WTO-Ausnahme nach Artikel XXI GATT darstellt, die, ohne die Glaubwürdigkeit der WTO zu belasten, schwer zu überprüfen ist. Am Beispiel der Stahl- und Aluminiumzölle wird deutlich, dass die USA dabei nicht zwischen Verbündeten und anderen Staaten unterscheiden. Neben China oder Russland sind selbst Alliierte wie Kanada, Japan oder die EU von den Zöllen betroffen.

4.6 Notwendige Reaktionen der EU

Die EU kann sich nicht mehr auf ihren traditionellen Status als Verbündeter verlassen, sondern muss wie alle anderen Staaten mit den USA Abkommen aushandeln, die amerikanische Interessen stärker berücksichtigen. Im Gegensatz zu anderen Staaten ist die EU jedoch – zumindest im Handelsbereich – ein gleichgewichtiger Verhandlungspartner, der aufgrund der engen Vernetzung im Handel mit den USA auf Augenhöhe verhandelt. Und mit diesem Pfund der Marktgröße sollte die neue EU-Kommission künftig besser wuchern. Politische Ansatzpunkte, um dieses Ziel zu erreichen, lassen sich identifizieren.¹¹³

Ein Abkommen wie die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (Transatlantic Trade and Investment Partnership, TTIP) ist mittlerweile aus politischen Gründen nicht mehr vorstellbar. Auch der Abschluss des Abkommens über den Abbau von Industriezöllen ist zurzeit nicht denkbar. Fortschritte sind jedoch in anderen Bereichen möglich. So sollte es künftig möglich sein, das vom scheidenden Präsidenten der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, und US-Präsident Trump im Juli 2018 vereinbarte Abkommen über gegenseitige Konformitätsbewertungen abzuschließen. Damit können europäische und amerikanische Unternehmen leichter nachweisen, dass sie die technischen Anforderungen des jeweils anderen Partners erfüllen.

Die EU muss zudem darauf achten, dass sie mit den USA nur Abkommen abschließt, die nicht gegen internationale Regeln verstoßen. Es gilt unter allen Umständen, Handelsbeschränkungen zu verhindern, die die USA etwa im NAFTA-Nachfolgeabkommen, dem United States-Mexico-Canada Agreement (USMCA), erwirkt haben: Kanada und Mexiko wurden genötigt, ihre

Mit dem Pfund ihrer Marktgröße sollte die EU künftig besser wuchern.

Autoexporte in die USA auf ein zollfreies Kontingent von 2,6 Millionen Pkws zu begrenzen. Damit wurde das WTO-regelwidrige Prinzip des managed trade in ein US-Abkommen eingeführt. Durch eine ebenso problematische „China-Klausel“ im USMCA wollen die USA ihre Nachbarn Kanada und Mexiko von einem Abkommen mit China abhalten und unterminieren somit deren handelspolitische Souveränität.

In weniger sicherheitsrelevanten Handelsfragen könnten die europäischen Verbündeten taktisch vorgehen, um das Wohlwollen Trumps zu erwirken. Sie könnten – wie von Juncker mit Trump vereinbart – etwa amerikanisches Flüssiggas und insbesondere Rüstungsgüter kaufen, damit technologisch abhängig bleiben und zudem das amerikanische Handelsdefizit verringern. Auch verstärkte Sojaimporte aus den USA helfen, den Handelsstreit mit den USA zu entspannen.

Die EU kann ihre Abhängigkeit vom US-Markt durch Diversifizierung mindern.

Strategisch kann die EU ihre Abhängigkeit vom dominanten US-Markt durch Diversifizierung mindern, etwa durch weitere bilaterale und regionale Freihandelsabkommen, die nicht nur Märkte für europäische Produkte öffnen, sondern auch europäische Werte, Normen und Standards exportieren. Die Abkommen mit Kanada (Comprehensive Economic and Trade Agreement, CETA) und Japan sind bereits in Kraft und ein großer Erfolg für die EU. Die Unterzeichnung des Abkommens mit den MERCOSUR-Staaten war ein weiteres wichtiges Signal gegen Protektionismus. Es muss jedoch gegebenenfalls im Umweltbereich nachverhandelt werden.¹¹⁴ Auch die Verhandlungen mit den ASEAN-Staaten sowie Australien und Neuseeland schreiten voran. Dieses Netz an Abkommen bietet der EU etwas mehr Sicherheit und Berechenbarkeit, falls das regelbasierte multilaterale Handelssystem weiter zerbrechen sollte.

Diese Gefahr ist begründet, denn eine Einigung mit den USA über die Zukunft des Appellate Body der WTO ist auf absehbare Zeit wenig wahrscheinlich. Deshalb hat die EU unter anderem mit Kanada und Norwegen auf Basis von Artikel 25 des Dispute Settlement Understanding (DSU) bereits ein alternatives Berufungsgericht vereinbart,¹¹⁵ um weiterhin internationale Streitigkeiten regelbasiert lösen zu können. Dieses soll so lange in Kraft sein, bis auf WTO-Ebene eine Einigung zum Fortbestand des Berufungsausschusses erzielt werden kann. Für den Fall, dass die USA auf Dauer die Neubesetzung von Mitgliedern des Appellate Body blockieren und damit das rechtlich bindende Streitschlichtungsverfahren der WTO permanent außer Kraft setzen, sollte die EU mit gleichgesinnten Ländern für einen Plan B werben: ein multilaterales Streitschlichtungssystem ohne die USA.

Die EU sollte versuchen, mit Gleichgesinnten multilaterale Koordination aufrechtzuerhalten. Denn ohne internationale Koordination könnten ein protektionistischer Wettlauf der Nationen und die sich verschärfenden makroökonomischen Ungleichgewichte zu einem noch größeren weltwirtschaftlichen Problem werden. Dies wurde bereits bei der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 deutlich. Ungleichgewichte werden nicht durch Zölle und Abkoppelungen von Wertschöpfungsketten verringert, sondern durch langfristige, strukturelle Anpassungsprozesse: Überschussländer sollten weniger sparen, also mehr konsumieren. Defizitländer hingegen sollten mehr sparen.

**Überschussländer
sollten weniger,
Defizitländer hingegen
mehr sparen.**

Deutschland hat bereits die Binnennachfrage erhöht. Hierzu hat vor allem der private Konsum beigetragen. Im Zuge seines über 353 Milliarden Euro schweren Corona-Hilfspaketes kann die Bundesregierung auch durch weitere Investitionen (vor allem im digitalen Bereich) und eine Öffnung des Dienstleistungssektors mehr tun, um den Leistungsbilanzüberschuss abzubauen – auch im Interesse der europäischen Partner.

Im Kampf gegen die Corona-Wirtschaftskrise haben die EU-Staaten das größte Haushalts- und Finanzpaket ihrer Geschichte verabschiedet. Auf einem Sondergipfel in Brüssel im Juli 2020 haben sich die Staats- und Regierungschefs der EU auf ein umfassendes Corona-Hilfspaket in Höhe von 750 Milliarden Euro geeinigt, um dieses Geld für die Krisenbewältigung und die Zukunft Europas zu investieren. Für das Konjunktur- und Investitionsprogramm sollen erstmals in größerem Umfang gemeinsame Schulden aufgenommen werden.

Bei sinkender Fremdfinanzierung wird sich der Druck auf die USA erhöhen, besser zu haushalten. Denn es sind auch Defizitländer wie die USA, die durch ihr riskantes Finanzgebaren makroökonomische Ungleichgewichte befördern: 2007/2008 haben sie unter anderem damit die Weltwirtschaft kurz vor den Kollaps geführt, auch viele europäische Anleger um ihre Vermögen gebracht und die Eurozone in eine Krise gestürzt.

Da das Zwillingsdefizit (Haushalts- und Handelsdefizit) der USA auch eine Folge der Dollar-Dominanz ist, sollten Maßnahmen ergriffen werden, um die strukturelle Überbewertung des Dollars zu verringern. Zusammen mit Frankreich und als Kooperationsanreiz für China könnte die Bundesregierung auf der Ebene der G7 und G20 dafür werben, dass die Wechselkursschwankungen reduziert werden, indem die Sonderziehungsrechte des Internationalen Währungsfonds (IWF) zu einer supranationalen Reservewährung ausgebaut werden. Dann könnten auch Trump und seine Wirtschaftsberater nicht mehr sagen, dass ein zu starker Dollar Amerika schade.

Es ist das Gebot der Stunde, Europas politische Einheit und damit auch den Wirtschafts- und Währungsraum im globalen geökonomischen Wettbewerb zu stärken. Damit wird auch verhindert, dass die erneut anschwellenden makroökonomischen Ungleichgewichte wieder durch einen größeren Schock korrigiert werden – der das nächste Mal nicht mehr mit dem Geldsegen der Notenbanken aufgefangen werden kann.

Die Geldpolitik der Notenbanken sollte durch die Politik entlastet werden.

Es ist höchste Zeit, dass die Geldpolitik der Notenbanken durch Wirtschafts- und Finanzpolitik entlastet wird. Ein neuer „Green Deal“, der dies- und jenseits des Atlantiks angedacht wird, bietet gute Zukunftsperspektiven. Zur Förderung der Entwicklung und Verbreitung nachhaltiger Technologien sollte das 2009 von den USA initiierte Major Economies Forum (MEF) revitalisiert werden. Auf Ministerebene könnten jene 17 Volkswirtschaften, die für rund 80 Prozent der weltweiten Emissionen verantwortlich sind, multinationalen Unternehmen dabei helfen, Standards für saubere Energie zu setzen und neue Kooperationsformen nachhaltigen Wirtschaftens auszuloten.¹¹⁶

Um die bestehenden globalen Ungleichheiten zwischen technisch versierten Volkswirtschaften und Entwicklungsländern abzubauen und die von der Corona-Pandemie besonders hart betroffenen Entwicklungsländer auf einen nachhaltigeren Weg zu führen, sollten die USA und Europa ihr politisches Gewicht in den „Bretton Woods“-Organisationen (Weltbank und IWF) einsetzen, um die Kreditvergabe an Nachhaltigkeitskriterien zu binden und insbesondere Investitionen in nachhaltige Infrastruktur und Entwicklung zu fördern.

Auch von Seiten der Vereinten Nationen gibt es Stimmen, die eine umfassendere Rolle der Weltbank und des IWF fordern, um einen „Green New Deal“ auch als Treiber für eine weltwirtschaftlich gerechtere und inklusive Entwicklung zu gestalten.¹¹⁷ Die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD), ein ständiges Organ der Generalversammlung der Vereinten Nationen mit Sitz in Genf, könnte denn auch die überwiegend klassisch, freimarktliberal geschulten Ökonomen der Weltbank und des IWF mit einem umfassenderen ökonomischen Denken unterstützen. Damit könnte das bisherige Versagen der sogenannten freien Märkte und ihrer Befürworter behoben werden.

Zukunftsinvestitionen könnten auch durch „Schutz-Steuern“ finanziert werden: Zum Schutz gegen die Interessen der OPEC könnten innovationsorientierte Regierungen antizyklische – an den Marktpreis für Öl gekoppelte – Steuern auf fossile Kraftstoffe erheben. Damit wären Investitionen in erneuerbare Energien vor weiteren plötzlichen, möglicherweise von der OPEC

initiierten, Preiseinbrüchen geschützt. Um die innenpolitische Akzeptanz zu fördern, könnten die Steuereinnahmen nicht nur zur Forschung und Entwicklung erneuerbarer Energien, sondern auch zur steuerlichen Entlastung der Bevölkerung verwendet werden.

Selbst bislang auf fossile Energieträger fokussierte und global tätige US-Unternehmen wie ConocoPhillips und ExxonMobil sowie die Automobilkonzerne Ford und General Motors wären für ein derartiges Zukunftsprojekt zu gewinnen. So befürwortete im Februar 2020 der Climate Leadership Council, eine partei- sowie wirtschaftliche und ökologische Interessen übergreifende Vereinigung, die Idee stetig steigender Kohlenstoff-Steuern.¹¹⁸

Schon seit Längerem favorisiert auch in den USA der gebündelte wissenschaftliche Sachverstand dieses steuernde Vorgehen. Anstelle diverser bürokratischer Regulierungen – die weitaus weniger CO₂-Reduzierungen bewirken – sollte das Marktversagen mit Steuern behoben werden – so die über das Wall Street Journal im Januar 2019 öffentlich verbreitete Empfehlung von über 3.500 renommierten US-Ökonomen, darunter 27 Nobelpreisträger, vier ehemalige Chefs der US-Notenbank und 15 ehemalige Leiter des Council of Economic Advisers – führende Köpfe, die bisherige Präsidenten der Vereinigten Staaten in Wirtschaftsfragen beraten haben¹¹⁹ – und wohl auch künftig ihren Sachverstand in die Politik einbringen werden.

Mit „Steuern“ könnte auch im eigentlichen Wortsinn die Steuerungswirkung der Energiepreise konsequent genutzt werden. Um zu verhindern, dass einige Staaten Trittbrett fahren, Steuervorteile nutzen und ihre Wettbewerber übervorteilen, sollten auch international koordinierte Maßnahmen, etwa eine carbon border tax, erwogen werden. So will die Europäische Kommission eine CO₂-Steuer auf Importe erheben, um die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen nicht zu beeinträchtigen, insbesondere in energieintensiven Industrien. Die „Kohlenstoff-Grenz-Steuer“ ist ein zentrales Thema im „Green Deal“ der Europäischen Kommission; sie sollte mit den USA und anderen innovationsorientierten Staaten abgestimmt werden.

Wenn das Energiepreisniveau, insbesondere in den Industriestaaten, systematisch, schrittweise und kontinuierlich über einen längeren Zeitraum hinweg angehoben würde, dann entstünde größere Planungssicherheit für Anpassungsmaßnahmen auf der Energienachfrage- und -Angebotsseite.

Diese Anpassungen sollten im Dialog gemanagt werden. So könnten Anbieter und Nachfrager auf multilateraler Ebene der G-20 und der Internationalen Energieagentur (IEA) ins Gespräch gebracht werden.¹²⁰ IEA-Exekutivdirektor

Das Marktversagen kann mit politischer (Be-)Steuerung behoben werden.

Fatih Birol initiierte bereits ein G20-Treffen zur Energiefrage. Zudem berief Birol am 24. April 2020 ein erstes von künftig weiteren virtuellen roundtables auf Ministerebene ein: „Never waste a good crisis“ – in diesem Sinne sollten weltweit die Verantwortlichen ihre milliardenschweren nationalen Konjunkturprogramme auch dafür nutzen, um Energieeffizienz und erneuerbare Energien zu fördern.

Aus Rohstoff-reichtümern könnten Entwicklungshilfefälle werden.

Denn es ist beides möglich: zum einen mit Blick auf die aktuelle Rezession zeitnahe und zielgerichtete Impulse zu geben, um den privaten Konsum und die unternehmerische Investitionstätigkeit kurzfristig anzukurbeln. Flankiert durch politische Rahmenbedingungen (Steuern oder Emissionsrechtehandel) können sich Konjunkturpakete zum anderen langfristig als transformativ erweisen, indem sie die Struktur der Wirtschaft verändern. Tatsächlich zeigen die Erfahrungen der vergangenen Finanzkrise 2008, „dass eine solche klimaorientierte Konjunkturpolitik nicht nur kurzfristig zu Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätzen führt, sondern auch die Grundlage für langfristige Innovationen und eine klimafreundliche wirtschaftliche Entwicklung schafft.“¹²¹

Gleichzeitig sollten in der Übergangszeit, auch aus innen- und außenpolitischen Gründen, die bestehenden Öl- und Gasindustrien und deren Millionen von Arbeitsplätzen gesichert werden, nicht zuletzt auch, indem sie Technologien entwickeln, um den Verbrauch zu „dekarbonisieren“.

Einige Länder der Energieangebotsseite, etwa Norwegen, schmieden ohnehin schon Pläne für die Zeit nach dem Versiegen ihrer Energievorkommen. Auch jene Länder, die noch über üppige Reserven verfügen, sollten sich angesichts des gewachsenen internationalen Umweltbewusstseins, der Umorientierung institutioneller Anleger und der Korruption im Falle staatlich dominierter Rohstoffausbeutung ernsthafte Gedanken über alternative wirtschaftliche Wertschöpfung machen, um dem Staatszerfall zu entgehen.

Die absehbaren massiven Probleme vieler Ölförderstaaten angesichts der niedrigen Ölpreise geben Anlass zur Sorge, dass aus Rohstoffreichtümern über kurz oder lang Entwicklungshilfefälle werden können.¹²² So ist es auch nicht auszuschließen, dass künftig nicht ein energiepotentes Russland, sondern eine zerfallende russische Autokratie den Westen vor noch größere Herausforderungen stellen wird.¹²³ Dieses Szenario wäre umso problematischer, falls die angeschlagene Weltmacht USA die Mithilfe der „Regionalmacht“¹²⁴ Russland benötigen sollte, um die andere, aufsteigende und raumgreifende Großmacht China einzudämmen.

///

Anmerkungen

- 1 Der Begriff Geoökonomie beleuchtet nicht-militärische Instrumente staatlichen Handelns, „non-military instruments of statecraft“, wie es Stuhlberg bezeichnete: Adam N. Stuhlberg, Moving Beyond the Great Game. The Geoeconomics of Russia's Influence in the Caspian Energy Bonanza, in: Geopolitics 10 (2005) 1, S. 1-25; vgl. auch Robert D. Blackwill und Jennifer M. Harris, War by Other Means: Geoeconomics and Statecraft, Cambridge, Mass. 2016.
- 2 So die Einschätzung von Walter Russell Mead im Interview mit Anna Sauerbrey: „Trumps Weg zur Wiederwahl führt durch Peking“, in: Tagesspiegel, 02.05.2020, <<https://www.tagesspiegel.de/politik/usa-und-china-trumps-weg-zur-wiederwahl-fuehrt-durch-peking/25791216.html>> (abgerufen am 23.08.2020).
- 3 Zum Beispiel der Wirtschaftsberater des US-Präsidenten und Direktor des Office of Trade and Manufacturing Policy im Weißen Haus: Peter Navarro, Ricardo Is Dead. Long Live Fair, Balanced, and Reciprocal Trade, Vortrag an der Harvard Kennedy School, 25.04.2019, <<https://iop.harvard.edu/forum/ricardo-dead-long-live-fair-balanced-and-reciprocal-trade>> (abgerufen am 23.08.2020).
- 4 Dieser Begriff wurde geprägt von: Joseph Nye, Bound to Lead: The Changing Nature of American Power, New York 1990.
- 5 Vgl. Hanns Maull, The „Alliance for Multilateralism“ by Germany and France: About Time, But It Needs To Be Serious, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, August 2019, <<https://www.swp-berlin.org/en/point-of-view/2019/the-alliance-for-multilateralism-by-germany-and-france-about-time-but-it-needs-to-be-serious/>> (abgerufen am 23.08.2020).
- 6 So etwa die Forderung von Xuewu Gu, Der dritte Weg: Warum Europa den Alleingang wagen muss, in: Handelsblatt, 22.11.2019, <<https://www.handelsblatt.com/meinung/gastbeitraege/gastkommentar-der-dritte-weg-warum-europa-den-alleingang-wagen-muss/25253468.html>> (abgerufen am 23.08.2020).
- 7 Vgl. Daniela Schwarzer, Five Points to Make the EU Stronger, DGAP Online Commentary, 01.07.2020, <<https://dgap.org/en/research/publications/five-points-make-eu-stronger>> (abgerufen am 23.08.2020).
- 8 Des Weiteren könnte man auch noch das (transatlantisch weniger relevante) Vorgehen der US-Regierung gegen Venezuela anfügen. Die US-Sanktionen gegen Venezuela spielen ebenso China in die Hände, das schon seit Längerem bemüht ist, seinen wachsenden Energiehunger im Hinterhof der USA, der „Hemisphäre“ zu stillen.
- 9 Website der Johns Hopkins University, Corona Virus Resource Center: <<https://corona.virus.jhu.edu/>> (abgerufen am 23.08.2020).
- 10 Ebd.

- 11 Transkription/Übersetzung der Aussage von Tom Inglesby in einem CNN-Interview vom 31.07.2020: „We reopened too quickly in many places around the country, we haven't been unified and consistent in our messages and now we see where we are.“
- 12 Elise Gould und Valerie Wilson, Black Workers Face Two of the Most Lethal Preexisting Conditions for Coronavirus-Racism and Economic Inequality, Economic Policy Institute, 01.06.2020, <<https://www.epi.org/publication/black-workers-covid/>> (abgerufen am 23.08.2020).
- 13 US Bureau of Economic Analysis (BEA), Gross Domestic Product, 2nd Quarter 2020, Press Release, <<https://www.bea.gov/news/2020/gross-domestic-product-2nd-quarter-2020-advance-estimate-and-annual-update>> (abgerufen am 23.08.2020).
- 14 US Federal Reserve, Transcript of Chair Powell's Press Conference, Washington, DC, 29.07.2020, <<https://www.federalreserve.gov/mediacenter/files/FOMCpresconf20200729.pdf>> (abgerufen am 23.08.2020).
- 15 Board of Governors of the Federal Reserve System, Federal Reserve Issues FOMC Statement, 29.07.2020, <<https://www.federalreserve.gov/newsevents/pressreleases/monetary20200729a.htm>> (abgerufen am 23.08.2020).
- 16 BBC, Trump Says Coronavirus Worse "Attack" than Pearl Harbor, BBC News, 07.05.2020, <<https://www.bbc.com/news/world-us-canada-52568405>> (abgerufen am 23.08.2020).
- 17 Laura Silver, Kat Devlin und Christine Huang, Americans Fault China for Its Role in the Spread of COVID-19, Pew Research Center, 30.07.2020, <<https://www.pewresearch.org/global/2020/07/30/americans-fault-china-for-its-role-in-the-spread-of-covid-19/>> (abgerufen am 23.08.2020).
- 18 Laura Silver, Kat Devlin und Christine Huang, Republicans See China More Negatively Than Democrats, Even as Criticism Rises in Both Parties, Pew Research Center, 30.07.2020, <<https://www.pewresearch.org/global/2020/07/30/americans-fault-china-for-its-role-in-the-spread-of-covid-19/>> (abgerufen am 23.08.2020).
- 19 Ebd.
- 20 Deb Riechmann und Jonathan Lemire, Trump, Biden Try to Outdo Each Other On Tough Talk on China, in: Associated Press, 12.07.2020, <<https://abcnews.go.com/Politics/wireStory/trump-biden-outdo-tough-talk-china-71739227>> (abgerufen am 23.08.2020).
- 21 US-China Relations Are Entering a Dangerous Period, in: The Economist, 30.07.2020, <<https://www.economist.com/leaders/2020/07/30/us-china-relations-are-entering-a-dangerous-period>> (abgerufen am 23.08.2020).
- 22 Vgl. ebd.

- ²³ Leila Abboud, US Agrees to Buy Sanofi-GSK Covid-19 Vaccine, in: Financial Times, 31.07.2020, <<https://www.ft.com/content/327fb576-20ee-4690-a846-fb9415c42c06>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ²⁴ Josef Braml, Eine Tankfüllung reicht nicht für TTIP, Dossier Freihandel versus Protektionismus, Bundeszentrale für Politische Bildung, 04.10.2016, <<https://www.bpb.de/politik/wirtschaft/freihandel/233552/eine-tankfuellung-reicht-nicht-fuer-ttip>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ²⁵ Ausführlicher: Josef Braml, Trumps Amerika – Auf Kosten der Freiheit. Der Ausverkauf der amerikanischen Demokratie und die Folgen für Europa, Berlin / Köln: Quadriga, 2016 (aktualisierte Neuauflage).
- ²⁶ Donald J. Trump, The Inaugural Address, Remarks of President Donald Trump, White House, 20.01.2017, <<https://www.whitehouse.gov/inaugural-address>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ²⁷ New York Times, Trump’s Speech to Congress: Video and Transcript, <https://www.nytimes.com/2017/02/28/us/politics/trump-congressvideo-transcript.html?_r=0> (abgerufen am 23.08.2020).
- ²⁸ Congressional Budget Office, Baseline Budget Projections, 06.03.2020, <www.cbo.gov/publication/56268> (abgerufen am 23.08.2020).
- ²⁹ Congressional Budget Office, The 2016 Long-Term Budget Outlook, Washington, DC, 12.07.2016, S. 9.
- ³⁰ Congressional Budget Office, Monthly Budget Review for July 2020, Washington, DC, 10.08.2020, <<https://www.cbo.gov/system/files/2020-08/56497-CBO-MBR.pdf>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ³¹ US Debt Outlook is Downgraded, in: New York Times, 03.08.2020, <<https://www.nytimes.com/live/2020/07/31/business/stock-market-today-coronavirus>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ³² Fitch Ratings, Fitch Revises United States' Outlook to Negative; Affirms at “AAA”, New York, 31.07.2020, <<https://www.fitchratings.com/research/sovereigns/fitch-revises-united-states-outlook-to-negative-affirms-at-aaa-31-07-2020>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ³³ US Department of the Treasury / Federal Reserve Board, Major Foreign Holders of Treasury Securities, 17.08.2020, <<https://ticdata.treasury.gov/Publish/mfh.txt>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ³⁴ European Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy, EU-China – A Strategic Outlook, Joint Communication to the European Parliament, The European Council and the Council, Straßburg, 12.03.2019, <<https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/communication-eu-china-a-strategic-outlook.pdf>> (abgerufen am 23.08.2020).

- ³⁵ Vgl. Hanns Maull, The „Alliance for Multilateralism“ by Germany and France: About Time, But It Needs To Be Serious, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, August 2019, <<https://www.swp-berlin.org/en/point-of-view/2019/the-alliance-for-multilateralism-by-germany-and-france-about-time-but-it-needs-to-be-serious/>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ³⁶ Laut Schätzungen der Financial Times gewährte China bereits 2009-10 mit 110 Milliarden Dollar mehr Kredite als die World Bank mit etwa 103 Milliarden Dollar. Vgl. Martin Vieiro, Chinese (Un)official Development Aid, in: Americas Quarterly, Winter 2012, <<http://www.americas-quarterly.org/Vieiro>> (abgerufen am 23.08.2020); Hanns Günther Hilpert und Gudrun Wacker, Geoökonomie trifft Geopolitik, in: SWP-Aktuell, Mai 2015.
- ³⁷ Vgl. Markus Ehm, Brüsseler Notizen zur Außen- und Sicherheitspolitik, Hanns-Seidel-Stiftung, Brüssel, 29.07.2020.
- ³⁸ Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), Partner und systemischer Wettbewerber – Wie gehen wir mit Chinas staatlich gelenkter Volkswirtschaft um?, Grundsatzpapier China, Berlin 2019, <https://bdi.eu/media/publikationen/?publication_type=Positionen#/publikation/news/china-partner-und-systemischer-wettbewerber/> (abgerufen am 23.08.2020).
- ³⁹ Vgl. Europäische Kommission, White Paper on Levelling the Playing Field as Regards Foreign Subsidies, 17.06.2020, COM(2020) 253 final, Brüssel, <https://ec.europa.eu/competition/international/overview/foreign_subsidies_white_paper.pdf> (abgerufen am 23.08.2020).
- ⁴⁰ Vgl. den „Wortlaut der Pressekonferenz von Bundeskanzlerin Merkel und dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron“, Berlin/Paris, 18.05.2020, <<https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/pressekonferenz-von-bundeskanzlerin-merkel-und-dem-franzoesischen-praesidenten-emmanuel-macron-1753844>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ⁴¹ Europäische Kommission, Geänderter Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Zugang von Waren und Dienstleistungen aus Drittländern zum EU-Binnenmarkt für öffentliche Aufträge und über die Verfahren zur Unterstützung von Verhandlungen über den Zugang von Waren und Dienstleistungen aus der Union zu den Märkten für öffentliche Aufträge von Drittländern, 29.01.2016, COM(2016) 34 final, Brüssel, <<https://ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/1/2016/DE/COM-2016-34-F1-DE-MAIN-PART-1.PDF>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ⁴² Interview mit Wirtschaftsminister Altmaier: „Die Diskussion über Euro-Bonds ist eine Gespensterdebatte“, in: Handelsblatt, 24.03.2020, <<https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/interview-wirtschaftsminister-altmaier-die-diskussion-ueber-euro-bonds-ist-eine-gespensterdebatte/25672030.html?ticket=ST-4351936-2sAekjCiAz2mjlUICRN-ap2>> (abgerufen am 23.08.2020).

- ⁴³ Interview mit Manfred Weber: „Ein Erdbeben für die Rechtsarchitektur Europas“, in: Die Welt, 17.05.2020, <<https://www.welt.de/politik/ausland/plus208027547/Manfred-Weber-kritisiert-EZB-Urteil-des-Verfassungsgerichts.html>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ⁴⁴ Zitiert in: Javier Espinoza, Vestager Urges Stakebuilding To Block Chinese Takeovers, in: Financial Times, 12.04.2020, <<https://www.ft.com/content/e14f24c7-e47a-4c22-8cf3-f629da62b0a7>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ⁴⁵ Zitiert in: Europa nimmt seltene Rohstoffe ins Visier; Kommission will den Abbau und die Wiederverwertung fördern, um Abhängigkeiten zu vermeiden, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 04.09.2020.
- ⁴⁶ Die China-Mittel-Ost-Europa-Gipfel, auch „17+1“-Gipfel genannt, sind jährlich stattfindende Treffen des chinesischen Ministerpräsidenten mit den Regierungschefs mittel- und osteuropäischer Länder.
- ⁴⁷ Ronald O'Rourke, A Shift in the International Security Environment. Potential Implications for Defense – Issues for Congress, Congressional Research Service (CRS), in: CRS Report for Congress, Washington, DC, 14.07.2015, S. 8.
- ⁴⁸ 90 Prozent der chinesischen Handelsgüter sowie 40 Prozent des nach China eingeführten Erdöls werden auf See befördert. Gabriel B. Collins, China's Dependence on the Global Maritime Commons, in: Andrew S. Erickson, Lyle J. Goldstein und Nan Li (Hrsg.), China, the United States, and 21st Century Seapower, Annapolis, MD: Naval Institute Press, 2010, S. 14–37, hier S. 18.
- ⁴⁹ Vgl. Michael Paul und Marco Overhaus, Sicherheit und Sicherheitsdilemmata in den chinesisch-amerikanischen Beziehungen, in: Barbara Lippert und Volker Perthes (Hrsg.), Strategische Rivalität zwischen USA und China, SWP Berlin, Februar 2020, S. 22-26, hier: S. 24.
- ⁵⁰ US Department Of State, Office of the Spokesperson, Secretary Michael R. Pompeo Remarks at the Richard Nixon Presidential Library and Museum: „Communist China and the Free World's Future“, 23.07.2020, The Richard Nixon Presidential Library and Museum, Yorba Linda, California, <<https://sv.usembassy.gov/secretary-michael-r-pompeo-remarks-at-the-richard-nixon-presidential-library-and-museum-communist-china-and-the-free-worlds-future/>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ⁵¹ Das sind Brunei, Myanmar, Kambodscha, Indonesien, Laos, Malaysia, die Philippinen, Singapur, Thailand und Vietnam.
- ⁵² Michael Froman, The Strategic Logic of Trade. Remarks by Ambassador Froman at the Council on Foreign Relations, New York, 16.06.2014, <<https://ustr.gov/about-us/policy-offices/press-office/speeches/transcripts/2014/June/Remarks-USTR-Froman-at-Council-Foreign-Relations-Strategic-Logic-of-Trade>> (abgerufen am 23.08.2020).

- ⁵³ Zitiert in: Jane Perlez, US Allies See Trans-Pacific Partnership as a Check on China, in: New York Times, 06.10.2015, <<http://www.nytimes.com/2015/10/07/world/asia/trans-pacific-partnership-china-australia.html>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ⁵⁴ Laut Umfrage des Pew Research Center, Germany and the United States: Reliable Allies, Washington, DC, 07.05.2015, <<http://www.pewglobal.org/2015/05/07/germany-and-the-united-statesreliable-allies/>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ⁵⁵ Joseph E. Stiglitz, Rauchen ist gesund! Wie globale Konzerne über TTIP & Co. die Macht übernehmen, in: Internationale Politik und Gesellschaft (IPG), 13.05.2015, <<http://www.ipg-journal.de/kommentar/artikel/rauchen-ist-gesund-925/>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ⁵⁶ Vgl. David Shambaugh, The New American Bipartisan Consensus on China Policy, in: China-US Focus, 21.09.2018, <<https://www.chinausfocus.com/foreign-policy/the-new-american-bipartisan-consensus-on-china-policy>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ⁵⁷ US Department of State, Office of the Spokesperson, Secretary Michael R. Pompeo Remarks.
- ⁵⁸ John McCain, Außenpolitische Grundsatzrede an der Hoover Institution, 01.05.2007; für ein Transkript siehe die Homepage des Council on Foreign Relations: <<http://www.cfr.org/publication/13252/>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ⁵⁹ Ivo Daalder und James Lindsay, An Alliance of Democracies. Our Way or the Highway, in: Financial Times, 06.11.2004, <<https://www.brookings.edu/opinions/an-alliance-of-democracies-our-way-or-the-highway/>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ⁶⁰ Barack Obama, Rede in Berlin. Transkript in der New York Times, 24.07.2008, <<https://www.nytimes.com/2008/07/24/us/politics/24text-obama.html>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ⁶¹ Ebd.
- ⁶² Joe Biden, Rede bei der 45. Münchner Sicherheitskonferenz, 07.02.2009, <<http://germany.usembassy.gov/events/2009/feb-biden-security/>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ⁶³ So gehen selbst die optimistischen Erwartungen des Ölkonzerns BP davon aus, dass die Öl- Nachfrage in der nächsten Dekade nur noch um 0,3 Prozent jährlich steigen und in den 2030er-Jahren ein Plateau erreichen wird. BP, Energy Outlook, 2019 Edition, London 2019, S. 79, <<https://www.bp.com/content/dam/bp/business-sites/en/global/corporate/pdfs/energy-economics/energy-outlook/bp-energy-outlook-2019.pdf>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ⁶⁴ „Bestehende Instrumente bieten europäischen Unternehmen keinen ausreichenden Schutz vor unilateralen US-Sanktionen. Die deutsche und europäische Autonomie in der Energieversorgung könnte dadurch auf absehbare Zeit empfindlich beein-

trächtigt werden“, siehe: Sascha Lohmann und Kirsten Westphal, Unilaterale US-Sanktionen gegen Petrostaaten. Die Geopolitisierung des internationalen Ölmarkts, in: SWP-Studie 28, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Dezember 2019, S. 1.

- ⁶⁵ The White House, Remarks by President Trump on American Energy and Manufacturing, 13.08.2019, <<https://www.whitehouse.gov/briefings-statements/remarks-president-trump-american-energy-manufacturing-monaco-pa/>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ⁶⁶ The White House, National Security Strategy of the United States, Washington, DC, Dezember 2017, S. 22, <<https://www.whitehouse.gov/wp-content/uploads/2017/12/NSS-Final-12-18-2017-0905-2.pdf>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ⁶⁷ So bezeichnete US Under Secretary of Energy Mark W. Menezes amerikanisches LNG als „Freiheitsgas“. US Department of Energy, Department of Energy Authorizes Additional LNG Exports from Freeport LNG, Pressemitteilung vom 28.05.2019, <<https://www.energy.gov/articles/department-energy-authorizes-additional-lng-exports-freeport-lng>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ⁶⁸ Laut der amerikanischen Energiebehörde verfügt der Iran nach Russland über die zweitgrößten Gasreserven und nach Venezuela, Saudi-Arabien und Kanada über die viertgrößten nachgewiesenen Ölreserven der Welt. US Energy Information Administration (EIA), Country Analysis Executive Summary: Iran, Washington, DC, 07.01.2019, S. 1, 5, <https://www.eia.gov/international/content/analysis/countries_long/Iran/pdf/iran_exe.pdf> (abgerufen am 23.08.2020).
- ⁶⁹ Laut den Berechnungen von Goldman Sachs, zitiert in: Julian Lee, Welcome to a Truly Free Oil Market, in: Bloomberg, 29.03.2020, <<https://www.bloomberg.com/opinion/articles/2020-03-29/the-coronavirus-means-it-s-a-truly-free-market-for-oil>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ⁷⁰ Laut der Erhebung von Baker Hughes: <<https://rigcount.bakerhughes.com/>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ⁷¹ Vor den Entlassungen beschäftigte die US-Ölindustrie direkt mehr als 150.000 Menschen, unterstützte indirekt mehr als 10 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze und machte fast 8 Prozent des US-BIP aus; vgl. Randolph Bell, Celebrating the Collapse of the US Oil and Gas Industry Isn't the Path to a Just Energy Transition, in: Real Clear Energy, 26.04.2020, <https://www.realclearenergy.org/articles/2020/04/26/celebrating_the_collapse_of_the_us_oil_and_gas_industry_is_not_the_path_to_a_just_energy_transition_490078.html> (abgerufen am 23.08.2020).
- ⁷² Timothy Gardner, US Senators Boost Pressure on Saudi, Russia Over Oil Market Share War, in: Reuters, 19.03.2020, <<https://www.reuters.com/article/us-global-oil-us-saudi/us-senators-boost-pressure-on-saudi-russia-over-oil-market-share-war-idUSKBN21601P>> (abgerufen am 23.08.2020).

- ⁷³ Rückte doch das Monatsende und damit auch der Stichtag für die künftigen Kauf- und Verkauf-Optionen näher. So kippte der US-Referenzpreis für das West Texas Intermediate (WTI)-Öl für Mai sogar ins Negative. Der Preis für Juni-Öl der Sorte WTI gab jedoch nur leicht nach und pendelte sich wieder bei etwa 20 Dollar ein. US-Präsident Trumps Verlautbarung, bis zu 75 Millionen Fässer Rohöl zu kaufen, um die strategischen Reserven der USA weiter aufzufüllen, beruhigte die Händler. Auch angesichts des Deals mit der OPEC gingen sie davon aus, dass sich die Preise wieder etwas erholen dürften.
- ⁷⁴ Vgl. Spoiler Alert, A historic OPEC+ Deal to Curb Oil Output Faces Many Obstacles, in: The Economist, 13.04.2020, <https://www.economist.com/finance-and-economics/2020/04/13/a-historic-opec-deal-to-curb-oil-output-faces-many-obstacles?utm_campaign=the-economist-today&utm_medium=newsletter&utm_source=salesforce-marketing-cloud&utm_term=2020-04-13&utm_content=article-link-1> (abgerufen am 23.08.2020).
- ⁷⁵ Chico Harlan, How the Plunging Price of Oil Has Set Off a New Global Contest, in: Washington Post, 15.07.2015, <<http://www.washingtonpost.com/blogs/wonkblog/wp/2015/07/15/how-the-plunging-price-of-oil-has-set-off-a-new-global-contest/>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ⁷⁶ Vgl. Dag Harald Claes, Andreas Goldthau und David Livingston, Saudi Arabia and the Shifting Geoeconomics of Oil, Washington, DC: Carnegie Endowment, 21.05.2015, <http://carnegieendowment.org/2015/05/21/saudi-arabia-and-shifting-geoeconomics-of-oil/i8vv?mkt_tok=3RkMMJWWfF9wsRojukXPZKXonjHpfX570sqUKKg38431UFwdcjKpmjr1YYBRcJOaPyQAgobGp5I5FEIQ7XYTLB2t6OMWA%3D%3D> (abgerufen am 23.08.2020).
- ⁷⁷ Andreas Goldthau, Global Energy in Transition. How the EU Should Navigate New Realities and Risks, Berlin: Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, in: DGAP Policy Brief, 4/November 2019.
- ⁷⁸ Laut S&P Global Platts, einem Preis-Informationdienst für den Handel mit Energie, Rohstoffen und Agrarprodukten, senkte Saudi Aramco für Mai 2020 die Ölpreise für die Export-Destination Asien, während es die Preise für andere Destinationen ansteigen ließ; zitiert in: Spoiler Alert, A Historic OPEC+ Deal.
- ⁷⁹ Deutsche Presse-Agentur (dpa), Merkel vs. Trump: Streit auf offener Bühne beim Nato-Gipfel, 11.07.2018, <<https://www.zeit.de/news/2018-07/11/merkel-vs-trump-streit-auf-offener-buehne-beim-nato-gipfel-180710-99-97316>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ⁸⁰ Vgl. Clifford Gaddy, zitiert in: Neil MacFarquhar und David M. Herszenhorn, Ukraine Crisis Pushing Putin Toward China, in: New York Times, 20.5.2014, S. A1.
- ⁸¹ Zum Beispiel: Michal Makocki und Nicu Popescu, China and Russia: An Eastern Partnership in the Making? European Union Institute for Security Studies (EUISS),

- in: Chaillot Paper, 140, Dezember 2016, <https://www.iss.europa.eu/sites/default/files/EUISSFiles/CP_140_Russia_China.pdf> (abgerufen am 23.08.2020). Ausführlicher zu dieser Frage ein Literaturbericht von Hannes Adomeit, Russland und China – auf dem Weg zur strategischen Partnerschaft?, in: SIRIUS, 2 (2), 2018, S. 178-181.
- ⁸² Matthew Lee, US Spares Japan Firm from Iran Sanctions, in: Associated Press, 17.11.2010; Japan's Top Energy Explorer Quits Iran Oil Project, in: Associated Press, 15.10.2010.
- ⁸³ Grillo zitiert in: Najmeh Bozorgmehr und Monavar Khalaj, Businesses Eye Huge Opportunities in Iran, in: Financial Times, 14.07.2015.
- ⁸⁴ Ebd.
- ⁸⁵ Die Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) bestätigte dies durch mehrfache Untersuchungen.
- ⁸⁶ Yossef Bodansky, The New Bloc: The Middle Eastern Entente, in: ISPSW Strategy Series, 612, 2019.
- ⁸⁷ Es bleibt jedoch auch fraglich, ob Russland es zulassen würde, dass Katar über Syrien Gas nach Europa liefert, zumal auch Moskau über seine neue Pipeline russisches Gas in die Türkei und in die Europäische Union liefern will.
- ⁸⁸ Kenneth Katzman, Iran's Foreign and Defense Policies, Washington, DC, in: Congressional Research Service (CRS), CRS Report, 08.05.2019, S. 50.
- ⁸⁹ Rainer Hermann, Iran glaubt an eine Corona-Verschwörung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.03.2020, <<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/iran-glaubt-an-eine-corona-verschwörung-aus-den-usa-16692927.html>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ⁹⁰ Matthew Forney, China's Going-out Party, in: Time Magazine, 17.01.2005.
- ⁹¹ American Enterprise Institute (AEI), China Global Investment Tracker (CGIT), <<https://www.aei.org/china-global-investment-tracker/>> (abgerufen am 23.08.2020); vgl. auch Andreas Goldthau, Global Energy in Transition.
- ⁹² Wu Lei und Shen Qinyu, Will China Go to War over Oil?, in: Far Eastern Economic Review, 69 (April 2006) 3, S. 38-40.
- ⁹³ Grundlegend dazu: Ernst Ulrich von Weizsäcker und Jochen Jesinghaus, Ecological Tax Reform: A Policy Proposal for Sustainable Development, London 1992; Anselm Görres, Henner Ehringhaus und Ernst Ulrich von Weizsäcker, Der Weg zur ökologischen Steuerreform. Weniger Umweltbelastung und mehr Beschäftigung. Das Memorandum des Fördervereins Ökologische Steuerreform, München 1994.
- ⁹⁴ Zum Beispiel: Ernst Ulrich von Weizsäcker und Anders Wijkman, Wir sind dran, in: Club of Rome: Der große Bericht, Gütersloh 2017; engl. Originaltitel „Come On!“, New York 2018.

- ⁹⁵ Larry Fink, A Fundamental Reshaping of Finance, 2020, <<https://www.blackrock.com/corporate/investor-relations/larry-fink-ceo-letter>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ⁹⁶ Vgl. John Podesta und Todd Stern, A Foreign Policy for the Climate. How American Leadership Can Avert Catastrophe, in: Foreign Affairs, Mai/Juni 2020, <<https://www.foreignaffairs.com/articles/united-states/2020-04-13/foreign-policy-climate>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ⁹⁷ Vgl. die sogenannte EU Taxonomy: <https://ec.europa.eu/info/publications/sustainable-finance-technical-expert-group_en> (abgerufen am 23.08.2020).
- ⁹⁸ Vgl. Joe Bidens Campaign Website, Fact Sheet: 9 Key Elements of Joe Biden's Plan for a Clean Energy Revolution, <<https://joebiden.com/9-key-elements-of-joe-bidens-plan-for-a-clean-energy-revolution/>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ⁹⁹ Wolf Krug, Deutsches Versteckspiel, in: Die Welt, 12.02.2020, <https://www.welt.de/print/die_welt/debatte/article205790213/Gastkommentar-Deutsches-Versteckspiel.html> (abgerufen am 23.08.2020).
- ¹⁰⁰ Francis Fukuyama, The End of History and the Last Man, New York: Penguin, 1992.
- ¹⁰¹ Josef Braml, Wolfgang Merkel und Eberhard Sandschneider (Hrsg.), Außenpolitik mit Autokratien, Jahrbuch Internationale Politik, Band 30, München: De Gruyter Oldenbourg, 2014.
- ¹⁰² Patrick Köllner, Autoritäre Regime – keine weltweit aussterbende Gattung, sondern eine wachsende Herausforderung, in: GIGA Focus, 6/2008; Wolfgang Merkel, Are Dictatorships Returning? Revisiting the „Democratic Rollback“ Hypothesis, in: Contemporary Politics, 2010, 16/1, S. 17–31.
- ¹⁰³ Eberhard Sandschneider, Der erfolgreiche Abstieg Europas. Heute Macht abgeben, um morgen zu gewinnen, München: Hanser, 2011.
- ¹⁰⁴ Stefan Halper, The Beijing Consensus. How China's Authoritarian Model Will Dominate the Twenty-first Century, New York: Basic Books, 2010.
- ¹⁰⁵ Francis Fukuyama, Exporting the Chinese Model, in: Project Syndicate, 12.01.2016, <<https://www.project-syndicate.org/onpoint/china-one-belt-one-road-strategy-by-francis-fukuyama-2016-01?barrier=true>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ¹⁰⁶ Jim Mattis, A New American Grand Strategy, Stanford, CA: Hoover Institution, 26.02.2015.
- ¹⁰⁷ Ausführlicher: Josef Braml, Trump's Zero-Sum Thinking – And Europe's Response, in: The International Economy, Winter 2019, S. 64-65, 78-79.
- ¹⁰⁸ White House, A New National Security Strategy for a New Era, 18.12.2017, <<https://www.whitehouse.gov/articles/new-national-security-strategy-new-era>> (abgerufen am 23.08.2020).

- ¹⁰⁹ Der Begriff „transaktionale Führung“ bringt sowohl die Beziehungs- als auch die Inhaltsebene zum Ausdruck. In diesem hierarchischen Austauschverhältnis gibt ein Vorgesetzter – in diesem Fall US-Präsident Trump – eine Zielvereinbarung mit spezifischen Erwartungen vor und belohnt oder bestraft die Untergebenen mit finanziellen oder immateriellen Vorteilen beziehungsweise Nachteilen, wenn sie die Anforderungen erfüllen oder verfehlen. Ausführlicher zur transaktionalen Führung siehe James MacGregor Burns, *Leadership*, New York 1978.
- ¹¹⁰ Insbesondere die Sektion 301 des Handelsgesetzes von 1974, die es dem Präsidenten erlaubt, Zölle und Quoten gegen Handelspartner zu errichten, die „unvertretbare“, „unangemessene“ oder „diskriminierende“ Maßnahmen einführen; vgl. Stormy Mildner, Claudia Schmucker, *Trump's Fair Trade: Aber fair für wen?*, in: DGAPanalyse, 06.07.2017, S. 13–17, <<https://dgap.org/de/think-tank/publikationen/dgapanalyse/trumps-fair-trade>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ¹¹¹ In einer grundlegenden Neuausrichtung wollen die USA – so auch der Bericht des Handelsbeauftragten (USTR) Robert Lighthizer für den Kongress vom März 2017 – ihre wirtschaftliche und politische Macht nutzen, um von den Handelspartnern einen „fairen und reziproken“ Marktzugang zu erzwingen; vgl. USTR, *2017 Trade Policy Agenda and 2016 Annual Report of the President of the United States on the Trade Agreements Program*, <<https://ustr.gov/sites/default/files/files/reports/2017/AnnualReport/AnnualReport2017.pdf>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ¹¹² Die Trump-Regierung bemüht die aus dem Kalten Krieg stammende Sektion 232 des US-Handelsgesetzes von 1962, die es dem US-Präsidenten ermöglicht, Zölle im Namen der nationalen Sicherheit einzuführen.
- ¹¹³ Ausführlicher: Josef Braml und Claudia Schmucker, *Geoökonomische Antworten auf Trump. Wie die EU Handel, Finanzen und Sicherheit zusammen denken sollte*, in: DGAP Policy Brief, 1/November 2019, <https://dgap.org/sites/default/files/article_pdfs/dgap_policybrief_nr1nov2019_web_0.pdf> (abgerufen am 23.08.2020).
- ¹¹⁴ Detlef Nolte, *Mercosur-Abkommen: Europas geoökonomische und -strategische Interessen*, in: DGAP Policy Brief, 16/September 2019, <https://dgap.org/system/files/article_pdfs/2019-16_DGAPkompakt.pdf> (abgerufen am 23.08.2020).
- ¹¹⁵ Europäische Kommission, *Joint Statement by the European Union and Canada on an Interim Appeal Arbitration Arrangement*, 25.07.2019, <<https://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=2053>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ¹¹⁶ Ausführlicher dazu: <<https://2009-2017.state.gov/e/oes/climate/mem/index.htm>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ¹¹⁷ Das forderte zum 75. Geburtstag der beiden internationalen Organisationen etwa Richard Kozul-Wright, der in der UNCTAD die Abteilung Globalisierung und Entwicklungsstrategien leitet: Richard Kozul-Wright, *To Salvage Multilateralism We Need a Global Green New Deal*, Blog, 15.10.2019, <https://unctad.org/en/pages/news_details.aspx?OriginalVersionID=2214> (abgerufen am 23.08.2020).

- ¹¹⁸ Editorial Board, Democrats and Republicans Should Both Embrace This Common-sense, Planet-saving Reform, in: Washington Post, 13.02.2020, <https://www.washingtonpost.com/opinions/democrats-and-republicans-should-both-embrace-this-common-sense-planet-saving-reform/2020/02/12/c28ab042-4dcc-11ea-9b5c-eac5b16dafa_story.html> (abgerufen am 23.08.2020).
- ¹¹⁹ Economists' Statement on Carbon Dividends. Bipartisan Agreement on How to Combat Climate Change, in: Wall Street Journal, 17.01.2019, <<https://www.wsj.com/articles/economists-statement-on-carbon-dividends-11547682910>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ¹²⁰ Vgl. Frederick Kempe, How the US Can Use the Covid-19 Crisis to Reimagine the Energy World, Save Jobs and Stabilize Markets, in: CNBC, 25.04.2020, <<https://www.cnbc.com/2020/04/25/op-ed-how-the-us-could-use-the-covid-19-crisis-to-reimagine-energy.html>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ¹²¹ Mats Kröger, Karsten Neuhoff und Jörn Richstein, Green New Deal nach Corona: Was wir aus der Finanzkrise lernen können, in: DIW aktuell, 30.04.2020.
- ¹²² Amy Myers Jaffe, Emerging-Market Petrostates Are About to Melt Down: Collapsing Oil Prices Risk Igniting a Sovereign Debt Crisis, in: Foreign Affairs, 02.04.2020, <https://www.foreignaffairs.com/articles/2020-04-02/emerging-market-petrostates-are-about-melt-down?utm_medium=promo_email&utm_source=promo_2&utm_campaign=mj020-camp2-newsltr-panel-a&utm_content=20200415&utm_term=mj020-camp2-newsltr-panel-a> (abgerufen am 23.08.2020).
- ¹²³ So auch die Einschätzung von Joseph S. Nye, A Western Strategy for a Declining Russia, in: Project Syndicate, 03.09.2014, <www.project-syndicate.org/commentary/joseph-s-nye-wants-to-deter-russia-without-isolating-it> (abgerufen am 23.08.2020).
- ¹²⁴ So Trumps Vorgänger Barack Obama, der diesen doch etwas abwertenden Begriff benutzte, um seinen russlandfeindlichen Kritikern im Kongress zu entgegnen, dass Russland keine vitale Bedrohung mehr für die USA sei.

Aktuelle Analysen

Die „Aktuellen Analysen“ werden ab Nr. 9 parallel zur Druckfassung auch als PDF-Datei auf der Homepage der Hanns-Seidel-Stiftung angeboten: <https://www.hss.de/publikationen/>. Ausgaben, die noch nicht vergriffen sind, können dort kostenfrei bestellt werden.

- Nr. 1 Problemstrukturen schwarz-grüner Zusammenarbeit
- Nr. 2 Wertewandel in Bayern und Deutschland –
Klassische Ansätze – Aktuelle Diskussion – Perspektiven
- Nr. 3 Die Osterweiterung der NATO – Die Positionen der USA und Russlands
- Nr. 4 Umweltzertifikate – ein geeigneter Weg in der Umweltpolitik?
- Nr. 5 Das Verhältnis von SPD, PDS und Bündnis 90/Die Grünen nach den
Landtagswahlen vom 24. März 1996
- Nr. 6 Informationszeitalter – Informationsgesellschaft – Wissensgesellschaft
- Nr. 7 Ausländerpolitik in Deutschland
- Nr. 8 Kooperationsformen der Oppositionsparteien
- Nr. 9 Transnationale Organisierte Kriminalität (TOK) –
Aspekte ihrer Entwicklung und Voraussetzungen erfolgreicher Bekämpfung
- Nr. 10 Beschäftigung und Sozialstaat
- Nr. 11 Neue Formen des Terrorismus
- Nr. 12 Die DVU – Gefahr von Rechtsaußen
- Nr. 13 Die PDS vor den Europawahlen
- Nr. 14 Der Kosovo-Konflikt: Aspekte und Hintergründe
- Nr. 15 Die PDS im Wahljahr 1999: „Politik von links, von unten und von Osten“
- Nr. 16 Staatsbürgerschaftsrecht und Einbürgerung in Kanada und Australien
- Nr. 17 Die heutige Spionage Russlands
- Nr. 18 Krieg in Tschetschenien
- Nr. 19 Populisten auf dem Vormarsch?
Analyse der Wahlsieger in Österreich und der Schweiz
- Nr. 20 Neo-nazistische Propaganda aus dem Ausland nach Deutschland
- Nr. 21 Die Relevanz amerikanischer Macht:
anglo-amerikanische Vergangenheit und euro-atlantische Zukunft
- Nr. 22 Global Warming, nationale Sicherheit und internationale politische
Ökonomie – Überlegungen zu den Konsequenzen der weltweiten
Klimaveränderung für Deutschland und Europa

- Nr. 23 Die Tories und der „Dritte Weg“ – Oppositionsstrategien der britischen Konservativen gegen Tony Blair und New Labour
- Nr. 24 Die Rolle der nationalen Parlamente bei der Rechtssetzung der Europäischen Union – Zur Sicherung und zum Ausbau der Mitwirkungsrechte des Deutschen Bundestages
- Nr. 25 Jenseits der „Neuen Mitte“: Die Annäherung der PDS an die SPD seit der Bundestagswahl 1998
- Nr. 26 Die islamische Herausforderung – eine kritische Bestandsaufnahme von Konfliktpotenzialen
- Nr. 27 Nach der Berliner Wahl: Zustand und Perspektiven der PDS
- Nr. 28 Zwischen Konflikt und Koexistenz: Christentum und Islam im Libanon
- Nr. 29 Die Dynamik der Desintegration – Zum Zustand der Ausländerintegration in deutschen Großstädten
- Nr. 30 Terrorismus – Bedrohungsszenarien und Abwehrstrategien
- Nr. 31 Mehr Sicherheit oder Einschränkung von Bürgerrechten – Die Innenpolitik westlicher Regierungen nach dem 11. September 2001
- Nr. 32 Nationale Identität und Außenpolitik in Mittel- und Osteuropa
- Nr. 33 Die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU – eine „Privilegierte Partnerschaft“
- Nr. 34 Die Transformation der NATO. Zukunftsrelevanz, Entwicklungsperspektiven und Reformstrategien
- Nr. 35 Die wissenschaftliche Untersuchung Internationaler Politik – Struktureller Neorealismus, die „Münchener Schule“ und das Verfahren der „Internationalen Konstellationsanalyse“
- Nr. 36 Zum Zustand des deutschen Parteiensystems – eine Bilanz des Jahres 2004
- Nr. 37 Reformzwänge bei den geheimen Nachrichtendiensten? Überlegungen angesichts neuer Bedrohungen
- Nr. 38 „Eine andere Welt ist möglich“: Identitäten und Strategien der globalisierungskritischen Bewegung
- Nr. 39 Krise und Ende des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes
- Nr. 40 Bedeutungswandel der Arbeit – Versuch einer historischen Rekonstruktion
- Nr. 41 Die Bundestagswahl 2005 – Neue Machtkonstellation trotz Stabilität der politischen Lager
- Nr. 42 Europa Ziele geben – Eine Standortbestimmung in der Verfassungskrise
- Nr. 43 Der Umbau des Sozialstaates – Das australische Modell als Vorbild für Europa?

- Nr. 44 Die Herausforderungen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007 –
Perspektiven für den europäischen Verfassungsvertrag
- Nr. 45 Das politische Lateinamerika: Profil und Entwicklungstendenzen
- Nr. 46 Der europäische Verfassungsprozess –
Grundlagen, Werte und Perspektiven nach dem Scheitern des
Verfassungsvertrags und nach dem Vertrag von Lissabon
- Nr. 47 Geisteswissenschaften – Geist schafft Wissen
- Nr. 48 Die Linke in Bayern – Entstehung, Erscheinungsbild, Perspektiven
- Nr. 49 Deutschland im Spannungsfeld des internationalen Politikgeflechts
- Nr. 50 Politische Kommunikation in Bayern – Untersuchungsbericht
- Nr. 51 Private Sicherheits- und Militärfirmen als Instrumente staatlichen Handelns
- Nr. 52 Von der Freiheit des konservativen Denkens –
Grundlagen eines modernen Konservatismus
- Nr. 53 Wie funktioniert Integration? Mechanismen und Prozesse
- Nr. 54 Verwirrspiel Rente – Wege und Irrwege zu einem gesicherten Lebensabend
- Nr. 55 Die Piratenpartei –
Hype oder Herausforderung für die deutsche Parteienlandschaft?
- Nr. 56 Die politische Kultur Südafrikas – 16 Jahre nach Ende der Apartheid
- Nr. 57 CSU- und CDU-Wählerschaften im sozialstrukturellen Vergleich
- Nr. 58 Politik mit „Kind und Kegel“ –
Zur Vereinbarkeit von Familie und Politik bei Bundestagsabgeordneten
- Nr. 59 Die Wahlergebnisse der CSU – Analysen und Interpretationen
- Nr. 60 Der Islamische Staat – Grundzüge einer Staatsidee
- Nr. 61 Arbeits- und Lebensgestaltung der Zukunft – Ergebnisse einer Umfrage in
Bayern
- Nr. 62 Impulse aus dem anderen Iran –
Die systemkritische iranische Reformtheologie und der
christlich-islamische Dialog in Europa
- Nr. 63 Bayern, Tschechen und Sudetendeutsche:
Vom Gegeneinander zum Miteinander
- Nr. 64 Großbritannien nach der Unterhauswahl 2015
- Nr. 65 Die ignorierte Revolution?
Die Entwicklung von den syrischen Aufständen zum Glaubenskrieg
- Nr. 66 Die Diskussion um eine Leitkultur –
Hintergrund, Positionen und aktueller Stand
- Nr. 67 Europäische Energiesicherheit im Wandel –
Globale Energiemegatrends und ihre Auswirkungen

- Nr. 68 Chinas Seidenstraßeninitiative und die EU: Aussichten für die Zukunft –
China’s Silk Road Initiative and the European Union:
Prospects for the Future
- Nr. 69 Christliche Kirchen und Parteien – Übereinstimmungen und Gegensätze
- Nr. 70 Krisenherd Iran – Innere Entwicklung und außenpolitischer Kurs
- Nr. 71 Mittelpunkt Bürger: Dialog, Digital und Analog
- Nr. 72 Change in der Medien- und Kommunikationsbranche –
Ein Leitfaden für Veränderungsprozesse und die digitale Zukunft
- Nr. 73 Versorgungssicherheit bei Kritischen Rohstoffen –
Neue Herausforderungen durch Digitalisierung und Erneuerbare Energien
- Nr. 74 Jugendstudie Bayern 2019 – Untersuchungsbericht
- Nr. 75 Europa gestaltet globale Handelsbeziehungen –
Die Abkommen mit Japan, Mercosur und Vietnam
- Nr. 76 Rechtes Land? Demokratie stärken
- Nr. 77 Informationsbedrohungen – Herausforderungen für den
europäischen Informationsraum (deutsch und englisch)
- Nr. 78 Protestbewegungen in Russland: Zwischen Aufbruch und Stagnation
- Nr. 79 Klimaschutzbewegung und Linksextremismus –
Wie Linksextremisten vom Klimakampf profitieren
- Nr. 80 Die Europäische Union in der Corona-Weltwirtschaftskrise –
Perspektiven und Handlungsoptionen im geoökonomischen Wettbewerb
zwischen den USA und China (deutsch und englisch)

aktuelle analysen | 80



Hanns
Seidel
Stiftung

The European Union in the Corona World Economic Crisis

Perspectives and options
in the geo-economic competition
between the US and China

Josef Braml

The European Union in the Corona World Economic Crisis

Perspectives and options in the geo-economic competition
between the US and China

IMPRESSUM

ISBN	978-3-88795-591-5
Publisher	Copyright 2020, Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Lazarettstr. 33, 80636 Munich, Phone +49 (0)89 / 1258-0 E-Mail: info@hss.de , Online: www.hss.de
Chairman	Markus Ferber, MdEP
Secretary General	Oliver Jörg
Editorial Office	Barbara Fürbeth (Head of Office) Susanne Berke (Editor) Marion Steib (Design, Set, Layout)
Responsible person for the purpose of (German) press law	Thomas Reiner (Communication and Public Relations)
Cover Layout	Gundula Kalmer, Munich
Print	Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Inhouse Print Office, Munich
Note	The views and opinions expressed in this text are those of the author and do not necessarily reflect the official policy or position of Hanns Seidel Foundation.

All rights reserved, especially the right of reproduction, distribution and translation. No part of this work is permitted (by photocopy, microfilm, or another process) to be reproduced or processed, duplicated or distributed using electronic systems without written authorization by the Hanns-Seidel-Stiftung e.V. The copyright for this publication holds the Hanns-Seidel-Stiftung e.V.

PREFACE



Markus Ferber, MdEP

Chairman of the
Hanns Seidel Foundation

The European Union is increasingly caught in international crossfire. The COVID-19 pandemic intensifies global economic competition, in particular the hostile rivalry between the United States of America and China. In this conflict, neutrality is no longer an option for Brussels because it shares the partnership of values of the Western world with Washington. Furthermore, numerous EU member states, as well as the United States, are members of the North Atlantic Pact.

Nonetheless, the military and economic superpower across the Atlantic has for some time been turning away from its allies and partners in Europe and is shifting its international attention to the Asian continent. In this context, the presidential and congressional elections to be held in the United States in early November are of particular relevance. From the European

Union's point of view, the focus is on questions such as the impact of these votes on the future of free trade, multilateralism and the international engagement of the superpower.

At the same time, China is proving to be an increasingly difficult partner. Hopes for a liberalization of the political system have not been fulfilled. The exact opposite is the case: The Communist Party is reaching for Hong Kong, the European Union is protesting and refers to the principle of "one country, two systems". Against this background, strategists in Brussels are concerned that Chinese investments in critical infrastructure in Europe could pose a threat. The EU also wonders whether China is a reliable partner with regards to the reform of the World Trade Organisation. How has Beijing's stance evolved in the wake of the corona pandemic?

Another important aspect is energy policy. The European Union has set high standards with its "Green Deal" and is pursuing ambitious goals in reducing greenhouse gases, not least in order to reduce its dependence on external suppliers. The fact that the Corona pandemic has led to a decline in energy demand and thus lower prices is also playing into the hands of Brussels. What impact does this have on the energy policies of the European Union, the United States and China?

These kinds of geo-economic questions are of great relevance for companies in the European Union. The COVID-19 pandemic put issues such as the vulnerability of supply chains and the reliability of suppliers on the agenda; they have always been influenced by geopolitics but in future this will be the case even more. High export volumes make companies and their employees more aware of global political developments – and especially of the role played by the European Union. In this context, the purpose of this paper is to make a contribution to the ongoing debate.

I wish you an enjoyable and informative read.

///

Content

Summary of key findings	10
Introduction	14
1. Relations with the United States of America	17
1.1 Corona pandemic: Social and economic consequences in the United States	17
1.2 Foreign policy as a campaign issue	19
1.3 Scarce resources – foreign policy implications	22
1.4 Recommendation for a more comprehensive calculation of burden-sharing	26
2. EU-China relations	28
2.1 Cooperation and negotiation partnership	28
2.2 Competition	30
2.3 Systemic rivalry	33
2.4 Transatlantic-Pacific China policy?	35
2.5 Recommendations for a "Global Alliance of Democracies"	38

3. Energy policy	41
3.1 Double crisis: demand slump and overproduction	41
3.2 US geo-economics favor China	42
3.2.1 Deal with Saudi Arabia: security for less oil	43
3.2.2 "Freedom gas" against Russia	45
3.2.3 "Maximum pressure" on Iran	46
3.3 China's Silk Road plans – a threat to the United States	48
3.4 Options for transatlantic energy and environment cooperation	49
4. The future of the international trade order and multilateralism	52
4.1 The end of the end of history	52
4.2 Monetary questions are questions of power	53
4.3 Interdependence – old weaknesses, new strength	54
4.4 The "grand strategy" of the USA	55
4.5 The law of the strongest versus the rule of law	56
4.6 Necessary EU responses	58
Notes	64



Dr. Josef Braml

has been the head of the Americas Program of the German Council on Foreign Relations (DGAP) since June 2019. As Managing Editor and Editor-in-Chief of the "Yearbook Internationale Politik", he is responsible for several standard works of international relations. Since January 2020, he has also been the Secretary General of the German Group of the Trilateral Commission.

The European Union in the Corona World Economic Crisis

Perspectives and options in the geo-economic competition
between the US and China

Summary of key findings

The coronavirus crisis has intensified geo-economic rivalries.

The global economy, which has been affected by the Corona pandemic, can only recover if the virus is defeated worldwide – which would require global cooperation. However, the Corona virus crisis has exacerbated existing geo-economic¹ rivalries, especially between the United States and China. The effects of the pandemic are also threatening China's Communist Party – which is why it is trying to suppress the debate about the virus internally and distract from it with an aggressive foreign policy.² Likewise, US President Trump needs an outside foe to close ranks at home. To distract from his own failure and secure his re-election, Trump blames China for the spread of the "China virus" in the United States. By apportioning blame, the Trump administration is justifying an even tougher approach to China. The now bipartisan critical stance is being taken on both sides in the election campaign, and will continue to exist after November 3, regardless of the outcome of the presidential and congressional elections.

In the future, US strategic planners want to make sure that China should no longer be helped by economic exchanges to rise economically and technologically. Instead, all means must be taken to prevent China from overtaking the United States in key technological areas. In order to curb China's economic and military modernization, the United States is pushing a strategy of economic decoupling instead of the previous policy of engagement and integration.

The Corona pandemic has reinforced this de-globalization. More and more companies in the United States and Europe are trying to gain more "resilience" at the expense of "efficiency", such as the previously internationally networked just-in-time production. This "nearshoring", "reshoring" or "localization" means that Western companies are moving their supply chains back home from China. Some industries, especially in the technology and pharmaceutical sectors, will come under even more pressure from governments in the United States and elsewhere to do the same. Washington, in particular, will be keen on making sure that the supply chains which are important to its strategic industries become more independent from China.

Specifically, the US government manages or manipulates data, trade, energy, and financial flows, especially through (secondary) sanctions. The interplay of forces on so-called free markets is increasingly being disregarded and only accepted by the United States as long as it serves their political goal of geostrategic dominance. Thus, the modern, liberal basic idea of free market economies, the concept of win-win, is abolished in favor of a pre-

industrial, mercantilist zero-sum concept: the winner takes all. This stance, which President Trump and his economic and security advisers openly express,³ is also compatible with the neo-realistic take on international relations, according to which economic power is one of the basic prerequisites for military "hard power"⁴. Conversely, military power can be used to achieve economic benefits: the "invisible hand" of the market works better with the often easily visible fist in the pocket.

The countries of the EU, especially Germany, would be ill advised to invoke the "right of the strongest", and be it only because they can't. Due to their military weakness and the presence of their companies in global markets they are particularly dependent on the rule of law – e.g. the multilateral rules of the World Trade Organization (WTO), which apply to all 164 member states. The United States under President Trump, however, believe that its power which is based on economic and military strength is curtailed by multilateral rules and that they favor its rivals China and Europe. US President Trump is now seen in Europe as the greatest threat to the multilateral system – not China's leadership. But anyone who sees Beijing as a more reliable partner, for example to reform the WTO, overlooks China's equally opportunistic interpretation of multilateralism, which is fundamentally different from Europe's rules-based understanding.⁵

Rising Sino-American tensions will not only have a divisive effect on multilateral organizations, but will also have a significant impact on dual options countries such as Germany, which have strong national security ties with the United States, but also strong economic ties with both the United States and China. The cost of this dual strategy is likely to rise in the future, as is already evident in the technology sector (e.g. 5G/Huawei). In the struggle for technological spheres of influence, the United States will increase pressure on third countries and confront them with the choice of doing business with either America or China. The result is a world divided into Chinese and American standards and systems.

Although a second term in office could put the transatlantic value, economic, and security community to an even tougher test, equidistance between the United States and China⁶ or even a closer rapprochement with China would in no way be sensible options, simply because of the lack of shared values with China and Europe's dependence on the United States in the field of security policy.

The EU and Germany cannot rely on the "right of the strongest".

Lofty terms such as "strategic independence" or "autonomy" have so far only concealed the lack of the EU's ability to take decisions and action, which is urgently needed to adapt to this new world order. The European Union is particularly vulnerable to the "divide and conquer" strategies of the major powers, especially China and the United States. In order to overcome its political vulnerability, to improve its capacity to act and become "a truly global player", the EU, on foreign and security policy, should give up the illusion of unanimity and adopt a more realistic consensus based decision-making process in the form of qualified majority voting.

The President of the new European Commission, Ursula von der Leyen, has put together a "geopolitical Commission" to act as a "protector of multilateralism". The EU's economic weight must be used more in future to defend European interests and values in foreign and trade policy. In a more competitive international environment, the EU needs to use its own economic power more strategically.⁷

**Decision-makers
should prepare for tougher
US conditions.**

Even in the event of a Joe Biden administration, Europe's policymakers should be prepared to face tougher American market-power conditions, which are already being pushed by incumbent President Trump. The United States will continue to use its economic and military power as a competitive advantage, all the more so in relation to vulnerable countries in Europe.

In future negotiations, the United States will demand more economic compensation for military and security protection. In return, Europeans should demand guarantees to be given for this protection. In addition to an explicit – mutual – commitment to a possible expansion of NATO (keyword: "Global NATO") it might also be conceivable to include European states in the hitherto exclusive club of the "Five Eyes", the intelligence alliance, which so far only includes Australia, Canada, New Zealand, the United Kingdom and the United States.

Europeans could also be a little more assertive when referring to their contribution to common security: for decades, they have been financing consumption, the economy, and also the arms build-up of the United States, not least through the currency reserves and savings earned in trade. In the future, these investments are likely to gain more appreciation, especially as international investors have begun to lose confidence in the sustainability of the US economic recovery and the US market. Meanwhile, the dollar has fallen to a two-year low.

The bailouts to revive the European economy affected by the Corona pandemic and the future projects of the Green Deal and digitalization are now giving Europe, too, the chance to "deepen" its markets. In view of the particularly precarious social, economic and political situation in the United States and China, European states and institutional investors should invest their capital reserves more securely, profitably and strategically in the euro and in the economic and military empowerment of Europe (keyword: European Defence Fund), also in order to prepare the continent for the increasingly fierce geo-economic competition. We need the European Union as a guarantor for market power and options for action, so that the countries of Europe can continue to operate and live self-determined.

Europe has the opportunity to "deepen" its markets.

Introduction

The pandemic has been better contained in Europe and Asia than in the USA.

The latest data on Corona virus infections and deaths suggest that the pandemic has been better contained in Europe and Asia than in the United States, where the pandemic is in danger of spiraling out of control. If the US economy were to be forced to stall again, however, hopes for a V-shaped recovery would also evaporate worldwide, and the still exuberant stock markets would have to reflect the already gloomy situation of the real economy.

The Corona pandemic and the world economic crisis it triggered will not lead to global cooperation, but will reinforce existing geo-economic rivalries, especially between the United States and China, and thereby also affect Germany and Europe. Although the main countries' cooperative behavior would be necessary to combat the global pandemic – and the global economic crisis it has triggered – US President Donald Trump has so far stepped up the confrontation with China and attacked the World Health Organization (WHO). Trump is setting up scapegoats to distract from his own failures in the crisis and the serious social and economic consequences in his country that threaten his re-election. With sharp rhetoric, the Trump administration blames China for the aftermath of the pandemic in the United States.

If two are arguing, the third, namely Europe, in this case has no reason to rejoice. The European economy will suffer collateral damage as a result of the two economic giants' showdown. Above all, Germany's economy and politics will find themselves even more in the crosshairs of China's and America's world power ambitions.

It is true that China's non-transparent action after the outbreak of the pandemic and the awareness of Europe's over-reliance on Chinese medical supplies have damaged China's standing in Europe and brought the European stance closer to the tougher position of the United States. But the US administration's handling of the Corona pandemic so far has also destroyed the hope that, in the face of a life-threatening situation, transatlantic cooperation would be improved. There will be an even greater burden on the transatlantic relationship over technological issues – on which Europe will have to show its colors in the future.

The transatlantic dispute over Chinese supplier Huawei's 5G technology is just the tip of the iceberg of fundamental geo-technology rivalries. "Big data" and the ability to use large amounts of artificial intelligence (AI) data for economic development as well as political and military power are the real "game changer". For they will determine who will spearhead the future economic and military competition and then also determine the rules of the game, the world (economic) order, guided by their own interest.

The Trump administration has already ensured that the traditionally weak market paradigm in energy markets has been even more displaced by geopolitics. In order to protect the US oil and gas industry, which is already in distress because of the Corona-related slump in demand, from competition from lower-cost producers such as Saudi Arabia, Russia, or Iran,⁸ the Trump administration is mobilizing all geo-economic power at its disposal, also at the expense of the economic interests of America's allies in Europe and Asia.

Because of its economic plight and huge debt worsened by the pandemic, the United States will try all the more to capitalize on the economic and, in particular, military dependence of its allies in Europe and Asia – also in the event of a future administration under Joe Biden. Those who do not provide themselves with an operational military power must like it or not, pay tribute to their protective power through monetary or trade policy. To achieve US goodwill, allies can buy "freedom gas" or American arms such as warplanes, thus helping to reduce the US trade deficit.

The United States will capitalize on the dependence of its allies.

This transactional, selfish approach, which China's security and economic advisers are equally familiar with despite their "win-win" rhetoric, does not only affect European companies operating in the energy and military sectors. Internationally operating German companies have in particular fallen into the crosshairs of geo-economic strategies of the major powers USA and China. Germany is one of the most internationally intertwined and thus most vulnerable economies in the world.

In the increasingly dominant geo-economic thinking of world powers, economic interdependence and the global division of labor are no longer necessarily guarantors of prosperity and peace. Instead, they become a risk, as imbalances in interdependence can be exploited. Value chains and trade relations have become "weaponizable": they become the object of geostrategic ambitions.

**It is high time that
Europe turns its
rhetoric into action.**

It is high time for Europe to turn its rhetoric (keyword: "geopolitical Commission") into action to improve the European Union's ability to take decisions and act. Only this supranational framework provides European states with the necessary sovereignty to operate and be in control in the new world order. For both the United States and China are going to up the ante and they know how to exploit Europe's disunity.

1. Relations with the United States of America

The Corona pandemic exacerbates the already tense social and economic situation in the United States, which threatens Trump's re-election, and also affects the outside world through a more aggressive foreign policy. So far, it has mainly concerned China – but Europe will not be spared either. The economic and military rivalry of the two adversaries is bound to entail subsequent collateral damage to the European economy – even in the case of a Biden administration after the US election.

1.1 Corona pandemic: Social and economic consequences in the United States

Unlike most European countries, the United States has failed to contain the spread of the Corona virus; the number of registered infections and fatalities continues to rise markedly. According to data from the Johns Hopkins University, July 2020 flagged a negative record in the United States, with more than 1.9 million reported new Corona virus infections – by far the highest number in a month and a grim sign that the country has lost control of the spread of the pandemic. The states in the South and West are most affected by the new wave. In July, there were 261,000 new cases in Texas and more than 270,000 in California, and Florida tripled its statistics with 318,000 new cases. The total number of new infections in July was more than double the previous month, and accounts for 42 percent of the 4.5 million cases the country has registered since the pandemic broke out until July 2020.⁹

Deaths related to the Corona virus have also risen again, after falling in April and May. The United States recorded 25,259 deaths in July – 3,700 more than the previous month. This brought the total number of fatalities to more than 150,000. As the virus continues to spread, health experts expect daily deaths to continue to rise in the summer months. According to the last count (from August 30, 2020) over 182,000 people in the United States have lost their lives because of Corona. That's far more deaths than all American casualties of the recent wars in US history put together (the Korean War, the Vietnam War, and the War on Terror).¹⁰

The United States has lost control of the spread of the pandemic.

But the US government – whether at the national, state, or regional levels – is far from prepared and not really mobilized against the deadly threat. The authorities are inadequately equipped with medical devices and continue to be politically overwhelmed. Leaders at all levels of government spent July more or less arguing over whether to scale back reopening and introduce a mask requirement or other public health precautions recommended by leading health experts. "We reopened too quickly in many places around the country, we haven't been unified and consistent in our messages and now we see where we are," Tom Inglesby, Director of the Johns Hopkins Center for Health Security, said in a CNN interview on July 31, 2020.¹¹

The pandemic has exposed inequalities in US society.

The government's failure to extend financial support poses another existential threat to many low-income households. The Corona pandemic has mercilessly exposed the serious inequalities in American society. The pandemic and associated job losses have been particularly devastating for African-American and Hispanic households. Minorities are more affected by the Corona pandemic because they have already had higher unemployment, lower wages, and much less savings that they could now fall back on.¹² The economic crisis will exacerbate the precarious situation, especially among African-American and Hispanic minorities. With their jobs, many US citizens typically also lose their health insurance coverage and their only livelihood.

Consumer spending and economic growth (GDP) have fallen sharply. US GDP registered a record slump of 32.9 percent in the second quarter of 2020, according to July 30 data from the Department of Commerce. The Corona pandemic caused a significant decline in consumer spending, business investment and exports.¹³

Investors in US stock markets, however, are celebrating ever more highs and so far remain untroubled by the gloomy economic news. Many short-term macroeconomic indicators, such as the Manufacturing Purchasing Managers' Indices (PMIs) or weekly unemployment reports, still feed hopes of a V-shaped recovery. Yet this presupposes that the major economies are not forced to close down again. However, with infection rates continuing to be alarming, especially in the United States, it is only a matter of time before stock markets reflect the dire economic situation of the real economy.

So far, financial markets still seem to expect ongoing massive government stimulus programs and the discovery of a vaccine. However, the inability of US policymakers to reach a consensus on future stimulus measures could dampen market sentiment. After Democrats and Republicans in Congress have so far been unable to agree with the White House on how and to what

extent unemployment benefits can be extended, millions of US households are losing their livelihoods, the lifeboat that kept them afloat for the past four months.

The Federal Reserve (Fed) is concerned that higher infection rates could frustrate the economic recovery: Jay Powell, the Fed's chairman, warned in a press conference on July 29, 2020, that the rise in infections in many US states had begun to affect the economy, pointing to "non-standard high-frequency data" on credit card payments, employment, consumer surveys, etc., which are a cause for concern.¹⁴

To ensure that higher interest rates do not further weaken the ailing economy, the US Federal Reserve confirmed its expansionary monetary policy at its meeting on July 28 and 29. The key interest rate, the Federal Funds Rate, remained unchanged at a range of 0 to 0.25 percent. Purchases of securities and credit programs will also continue. The Fed will extend all emergency loans until the end of 2020, rather than phase them out as scheduled at the end of September.

On July 29, the Fed also announced that it would extend emergency swaps with some central banks until the end of the first quarter of 2021, and maintain a temporary buyback facility for international monetary authorities to continue trading US government bonds for dollars. As a result, the dollar fell to a two-year low, not least because the massive rise in Corona virus cases in the United States had led international investors to lose confidence in the sustainability of the US economic recovery.¹⁵

International investors lose confidence in the US economic recovery.

Trump's awkwardness as a crisis manager and the worsening prospects for economic development are threatening his re-election, given that incumbent President Trump had hoped to win votes on the merits of good economic data. After initially underestimating the danger of the virus, ignoring warnings from his intelligence agencies, health agencies, and advisors, and initially even praising China's leaders for their handling of the virus, Trump is now positioning China as a scapegoat to distract from his failure.

1.2 Foreign policy as a campaign issue

With sharp rhetoric, the Trump administration is blaming China for the spread of the pandemic in the United States. According to US President Trump, the "China virus", the origin of which the White House, well aware of the media response, suspects in Chinese laboratories, is an "attack" worse

than Japan's invasion of Pearl Harbor in World War II or the terrorist attacks of September 11, 2001.¹⁶ Determined to counterattack, Commander-in-Chief Trump has already instructed his administration to prepare geo-economic punitive measures against China.

For post-US election times, too, German and European policymakers should expect a tougher US approach to China, which will also affect Europe's economy and foreign policy. Meanwhile, the political leaders of both parties are using increasingly sharp words to articulate the noticeably more negative attitudes of their voters towards China.

According to the latest Pew Research Center poll conducted in June and July 2020, 73 percent of US voters have a bad opinion of China, 26 percentage points more than in 2018. There is a widespread feeling among Americans that China is responsible for the outbreak and spread of the Corona virus in the United States.¹⁷

While Republicans have been a little tougher on China than Democrats for quite some time, critical attitudes in the United States have grown rapidly and across party lines. In the most recent June and July 2020 poll, 83 percent of Republicans and the people close to them, and 68 percent of Democrats and people close to them say they have a critical view of China – record highs for both groups.¹⁸

It is above all, but not only, the Republicans (66 percent) who are calling for a tougher policy against China. About four in 10 Republicans describe China as an enemy (38 percent) rather than a competitor (53 percent) or a partner (8 percent). Among Democrats, fewer (19 percent) say China is an enemy, while 61 percent see the country as a competitor and 19 percent say they see it as a partner. But when it comes to views on economic relations with China, it is Democrats rather than Republicans who call them unfavorable (73 versus 63 percent).¹⁹

Both Trump and his challenger Biden have made China a central campaign issue.

Both Donald Trump and his Democratic challenger, Joe Biden, have made China a central campaign issue. The two opponents try to outdo each other with their criticism of China. In this "China bashing"²⁰ contest, however, Trump has an institutional advantage – he is President and Commander-in-Chief, and with his actions against China, he can set the agenda and dominate the discourse.

The Trump administration's rhetoric suggests even more confrontation. In a series of four speeches reminiscent of the Cold War, the hawks in Trump's entourage called for abandoning "blind engagement" with China and taking

a more confrontational stance. On June 26, 2020, the US President's National Security Adviser, Robert O'Brien, said that China's President Xi Jinping sees himself "as a successor to Joseph Stalin." On July 7, FBI Director Christopher Wray claimed that China wanted to become "the only superpower in the world by all necessary means" and warned against its extensive efforts to spy on, influence, and co-opt Americans. On July 17, US Attorney William Barr accused Hollywood studios and America's tech giants of becoming puppets, notably "pawns of Chinese influence." And on July 23, US Secretary of State Mike Pompeo declared that China's President Xi Jinping was embroiled in a decades-long struggle for global supremacy, and that the US and other democracies must oppose it.²¹

To live up to its harsh rhetoric, the Trump administration is acting more and more uncompromisingly – also to prove its determination to friends and foes. Whoever is not for us is against us, is the new announcement to the allies. In order not to squander the benevolence of the protective power, the United Kingdom finally gave in to the massive pressure of the US administration after a long period of consideration and announced that products of the Chinese company Huawei would be excluded from its 5G telecommunication networks.

The Trump administration also escalated a long-running tit-for-tat conflict. After Beijing imposed its security law, Trump signed the Hong Kong law on July 14, clearing the way for sanctions against China. The US President also suspended the special trade and economic privileges of the Asian financial center. Bilateral economic and financial sanctions against China received explicit and bipartisan support from Congress.

The US government also took a tougher line on security policy. On July 13, US Secretary of State Pompeo declared China's geographically comprehensive claims in the South China Sea illegal. Most recently, on July 22, Trump abruptly ordered the closure of the Chinese consulate in Houston, the first such move since relations normalized in 1979. The order to close the consulate (within 72 hours) came after the US Department of Justice opened an indictment accusing two Chinese hackers of targeting American companies that conduct Corona virus research.²²

Meanwhile, a race between nations is underway, each trying to be the first to develop and claim an effective vaccine. Faced with the enormous social, economic, and geopolitical challenges, the United States wants to reduce the time it takes to market a vaccine from a decade down to 12 to 18 months. To introduce a vaccine to the market, pharmaceutical companies must build up their production capacity at the test stage, even though clinical

Trump is uncompromising towards China and expects the allies to tread the same line.

**Nations compete
to develop an
effective vaccine.**

trials are still underway to test their safety and efficacy. Without government support, industry would not be willing to take such a risk.

With its "Operation Warp Speed", the Trump administration wants to accelerate the development of as many promising vaccines as possible. For example, it is paying 2.1 billion dollars to GlaxoSmithKline (GSK) and Sanofi to help them develop their Corona virus vaccine through clinical trials, cover some manufacturing costs, and buy a first batch of 100 million doses of vaccine. The deal includes the option to buy an additional 500 million doses. Other companies that have secured US funding for their experimental Corona vaccines include Moderna, Pfizer, Johnson & Johnson and Novovax.²³

Despite all this, the continued spread of the virus and Trump's unprofessional crisis management in the Corona and economic crisis could dampen the Americans' appetite for experimentation and increase their need for security, thus favoring the more steady and predictable Democrat Joe Biden in the US election on November 3, 2020 – as many European observers hope. The former Vice President of Barack Obama also wistfully reminds many Western leaders of the previous administration's global, multilateral crisis management.

1.3 Scarcer resources – foreign policy implications

But it is precisely the economic and financial crisis of 2008, which has not yet been fully resolved in its socio-economic consequences, that has shifted US political coordinates and favored Trump's election. Moreover, the excessive financial conduct of the American state, not least of the US Federal Reserve, has consumed the resources needed to deal with the much larger economic crisis that is now foreseeable.

Ever scarcer resources will fuel the distribution struggle and political radicalization in Washington, and will have an even more severe impact on US foreign policy. Already today, resistance is emerging – on both sides of the political spectrum, especially among Biden's Democratic electorate, which Trump is also vying for – against the United States' internationally engaged foreign policy course, which has been in place since World War II, benefiting Europe in particular in economic and security terms.

The traditional Democrats who are close to the trade unions fear in particular that funds are being used up for international or military purposes instead of dealing with domestic social concerns. Transatlantic burden-

sharing and protectionism in trade policy are being demanded, above all, by the Democratic side – not least in the American legislature. For example, the resistance of Democrats in Congress was the reason why the transatlantic free trade talks (TTIP) could not be ended "with one tankful of gas," as announced by US Vice President Biden at the time.²⁴

In any case, for President Obama and Vice President Biden, to the chagrin of Europeans, the "Pivot to Asia", hence the Trans-Pacific Partnership initiative (TPP) was more important as this was how they tried to contain China in terms of trade policy, demanding economic tribute and allegiance from their allies. That would hardly change even under a President Biden. To score points in the current campaign, Biden is taking an equally questionable protectionist "Buy American" position as President Trump is pushing. A return to negotiations on a transatlantic free trade and economic agreement such as TTIP is not expected.

Anyone trying to evaluate the chances and risks of Donald Trump and his Democratic opponent Biden in the next US presidential election should analyze the past. In 2016, Trump won against Hillary Clinton mainly because he managed to win over a series of "blue states", which were states that had previously supported the Democrats. The former bulwark of the Democrats, the "blue wall" in the Rust Belt of the United States, the states of the industrial heartland such as Pennsylvania, Ohio, Wisconsin and Michigan, and especially the less qualified lower-income voters in mostly rural areas, which the Clinton campaign believed to be safe, were conquered by Trump with populist and xenophobic slogans. Although most of America's problems are home-made, Trump blamed others: immigrants or international competitors. Trump ran against the supposed Washington establishment and the "globalists" mainly with a promise to reverse US-imposed globalization.

Trump blames immigrants or competitors for homegrown problems.

The "Washington Consensus" – i.e. laissez-faire politics, deregulation, and free trade – is now hotly contested in the United States itself: the "invisible hand of the market" produces global winners, but also losers, not least in the United States. The socio-economic exclusion of many Americans from social and political life damaged the foundations of American democracy, especially citizens' trust in mainstream politics.²⁵

Above all, the ideology of free markets has triggered counter-movements that lead to nationalism. The alienation from politics offered an opportunity for the populist Trump, who recognized the deep dislike, especially of many non-voters, of the "establishment" and so continued to kindle it even further during the presidential election. He presented himself as an outsider who,

thanks to his private wealth, was independent and could therefore "drain the swamp" of Washington and pursue politics for all Americans, not just the well-off.

Those hoping that Trump, as president, would be more statesmanlike and less populist, lost their illusions right away when he took office in January 2017.²⁶ Addressing his "movement," Trump condemned the nation's leaders and dignitaries gathered around him as a self-referential class that did well at the expense of its citizens. In particular, the Washington establishment had failed to protect the interests of Americans – from the "devastation that other countries are wreaking on the US" by "stealing" American companies and "destroying jobs". According to his "America First" credo, President Trump proclaimed two simple rules to restore prosperity and former strength to America: "Buy only American goods and hire American workers." In February 2017, in his first State of the Union address to Congress, he repeated those demands. Because, Trump said, he does not represent the interests of the world, but those of America.²⁷

So far, President Trump has pursued trade policy – and campaigns – also in the interests of his constituents through protectionist policies – not least by forcing Mexico and Canada to renegotiate the NAFTA agreement. He continues to threaten with punitive tariffs and other protectionist measures, and will have to act accordingly if trading partners in Europe or China cannot be blackmailed in order to remain credible to his voters on this core issue. He will therefore continue to put pressure on European governments and companies, especially the export vice-champion Germany.

Obama already criticized China and Germany for their export strength.

The criticism is not new: already during Barack Obama's tenure, the US administration criticized China and Germany for their export strength. At the G20 summit in South Korea in November 2010, the United States failed in its attempt to put pressure on export-oriented economies such as China and Germany and to set limits on current-account surpluses (to 4 percent of gross domestic product). Through skillful diplomacy, particularly by uniting forces with Beijing, German Chancellor Angela Merkel was able to take advantage of the fact that the world was tired of US admonitions, and to recall that it was the financial conduct of the United States that had triggered the global economic and financial crisis of 2008.

European politicians, entrepreneurs and investors should bear in mind that global imbalances have not been reduced since then but were even further exacerbated. Trump's tax breaks, as well as credit-financed economic programs and military build-up, will continue to push up US public debt.

To make matters worse, America's overall debt is already running out of control. Since the 2008 economic and financial crisis, it has more than doubled to 22.7 trillion dollars (not counting the debt of the individual states and municipalities). The federal government debt financed by government bonds on the financial markets alone (debt held by the public) already amounts to four fifths (79.2 percent) of economic output (GDP) today (2019). By historical comparison – with the average (39 percent) of the past 50 years – it is worrying enough as it is.²⁸

The debt burden will be increased considerably in the future if demographic developments exceed the social security funds in the foreseeable future: namely, when more and more baby boomers reach the retirement age and overwhelm the social security system (pension insurance), Medicaid (health care for the socially weak) and Medicare (health care for the elderly and disabled).

Like their predecessors, President Trump or his possible successor in the White House will be wary of touching these programs, which are often vital for older people (particularly active groups of voters). But without cuts to the legal social entitlements of an ever-expanding cohort of older people, a debt of 86 percent of GDP could be expected in 10 years and 141 percent of GDP in 2046, the Congressional Budget Office already warned in 2016. That would surpass even the historic high of 106 percent of GDP reached in World War II. As early as 2016, the agency warned – still before the Trump administration would subsequently add to the fiscal burden – that such a large debt burden posed "substantial risks" to the country, threatened a financial collapse, and, last but not least, could paralyze the state's ability to act.²⁹

The Trump administration's fiscal management to date and the unexpected financial burdens of the Corona pandemic, which in many areas have already exposed the inability of the US state to act, will exacerbate the already precarious financial situation in the United States: The Congressional Budget Office reported in its most recent report, in August 2020, that already in the first ten months of the current financial year, which ends on September 30, there was a deficit of 2.8 trillion dollars – a tripling compared to the already non-austerity period of the previous year. This record debt would be even greater if Congress and the White House were to agree on another round of emergency spending, which would be vital for many American households and businesses, until the economy can hopefully recover and generate more tax revenue.³⁰

A possible financial collapse threatens to put the US out of action.

In view of the precarious economic and financial situation in the United States, although the rating agency Fitch left the AAA rating of the United States untouched, it did lower its outlook. This would suggest that the country's status as one of the world's most trusted borrowers could be jeopardized by the huge deficits the US government is accumulating to combat the aftermath of the pandemic.³¹ "The outlook has been revised to Negative to reflect the continued deterioration in the US public finances and the absence of a credible fiscal consolidation plan," the rating agency's analysts said in their July 31, 2020 warning.³²

America's debt is not a major problem so far, as long as foreign investors – also because of the benevolent valuations of American rating agencies – are willing to provide credit to the United States. Currently (as of June 2020), seven trillion dollars (about 40 percent) of the publicly financed federal government debt (debt held by the public) is held by foreigners. First and foremost, China and Japan are financing more than one trillion dollars each (1.3 and 1.1 trillion dollars respectively), and since the 2008 financial crisis, increasingly also the Gulf and EU states – supporting the American dream of unlimited consumption, and credit-financed business and military buildup.³³

1.4 Recommendation for a more comprehensive calculation of burden-sharing

Protectionism undermines the United States' debt financing.

But this holding of the world power's debt burden would be severely curtailed if America were to continue its protectionist trade policies. German and European decision-makers could successfully use this argument in negotiations with the United States. Only free trade, not least a foreign trade surplus (ergo foreign trade deficit of the USA), allows countries like China, Japan, and Germany to generate foreign-exchange reserves that they can reinvest in the United States – also to preserve American jobs, America's credit-financed economic activities and to maintain the social and security policy capacities of the American state.

Against the background of this broader economic view, Trump's criticism of Germany's foreign trade surplus and the unwillingness to spend more money – specifically the NATO target of 2 percent of economic output – on (American) armaments is a naive assumption. Trump is right to say that Europe exports more to the United States than vice versa. But America's trade deficit is not due to Europe exploiting the United States, but to macro-economic factors. In this context, Europeans also like to point out that it is

the quality of their goods which makes them attractive. From the American point of view, a large internal market with a growing population is crucial. Exports therefore play a lesser role than for European countries. In addition, high domestic consumption expenditure is credit-financed. America's lack of savings and its exorbitant debt will cause the United States to have, indeed to need, a trade deficit for the foreseeable future.

Europeans could also be more assertive on security issues by demonstrating to the leaders in Washington that the United States has been able to afford its military armament for decades only because foreign lenders have been willing to finance the increasing private and sovereign debts in the United States.

In order to refute the increasingly bipartisan calls for allies to increase military spending and to ensure their own security, European governments should increase the European Defence Fund (EDF) that has been in place since 2017. The armaments efforts made possible by the EDF ought to be expanded – including in cooperation with American companies. In this way, the fears harbored in Washington that Europe is discriminating against the United States when awarding contracts, that it is duplicating US capabilities and thus emancipating itself from the protective power in terms of security policy, could be allayed. These fears have been an issue in Washington since the late 1990s and even more since 2017 as a result of increased European cooperation on defense issues.

European governments should strengthen the EU Defense Fund.

Efforts to reach a transatlantic agreement to reduce industrial tariffs have little chance of success at the moment. However, the EU should try to conclude the agreement on conformity assessments which was agreed with the United States in July 2018. This makes it easier for European companies to demonstrate that their products meet US technical requirements.

Perhaps, in cooperation with like-minded people in the United States, it is still possible to bring the businessman in the White House – or his successor – to his economic and security policy senses: to convince the US government that it would continue to be more advantageous for the United States to cooperate with their allies rather than geo-economically blackmail them, making them even more vulnerable to China's economic and diplomatic charm offensives. For China is now withdrawing its foreign-exchange reserves from the so-called dollar trap, diversifying its markets, claiming economic and geopolitical space and creating new dependencies – not least in Europe.

2. EU-China relations

Prior to the coronavirus outbreak, 2020 had been considered crucial for the future relations between Europe and China. As a consequence of the Corona pandemic, the EU-China Summit planned for September 2020 and a meeting of the Chinese President Xi Jinping with the leaders of the European Union were downgraded to a video conference at the low level of day-to-day politics. No progress was made on the Investment Agreement between the EU and China. Nor were there any indications as to how the increasingly apparent competition between the two trading blocs might be mitigated by cooperation.

EU-China relations will remain ambivalent for the foreseeable future.

Even before the EU-China Summit it had been clear that Europe would remain ambivalent about the Middle Kingdom for the foreseeable future. In a strategy document of March 2019 entitled "EU-China: a strategic perspective",³⁴ the European Commission and the then High Representative of the EU for Foreign Affairs and Security Policy, Federica Mogherini, identified four levels of relationship between the EU and China: China is a cooperation partner in some policy areas, such as climate protection, and a negotiating partner in others, with whom a balance of interests can be found. However, China is also seen as a competitor when it comes to technological innovation and infrastructure, for example, and even as a systemic rival pursuing an alternative global governance model.

2.1 Cooperation and negotiation partnership

Europe and China want to safeguard their mutual economic and security interests and cooperate, for example, within the framework of the "Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA). Their common efforts, however, will ultimately be doomed to fail unless the United States pulls in the same direction again.

In the joint fight against climate change, the EU expects China to limit its emissions by 2030 in order to meet the Paris climate targets. The EU is well advised to make other countries, especially the main polluters, the United States and China, accountable. Europe can lead by example. Whereas in the early 1990s a third (27 percent) of global greenhouse gas emissions were caused by Europe, the EU's share (with the UK) has now fallen to 12 percent. The EU is now trying to persuade other countries, notably China, to commit to climate protection. For a good reason: China now accounts for 27 percent of global CO₂ emissions.

Even Europe's own path to climate neutrality leads through Beijing: the rare earth commodity market, which is important for climate technologies, is dominated by China. With the expansion of electromobility, the demand for lithium for the required batteries will increase – i.e. the dependence of imports from Chile and China.

This makes it all the more important for EU leaders that the EU and China wish to work together towards preserving the rules-based multilateral global economic order from which the United States withdrew under Trump's leadership. For example, after the United States cut funding for the United Nations and the World Health Organization (WHO), Europe is trying to respond to China's growing influence within these multilateral organizations in a cooperative manner.

European leaders now see US President Trump as the greatest threat to the multilateral system – and not China's leadership, in which they see a more reliable partner in some respects, such as reforming the World Trade Organization (WTO). But China's opportunistic interpretation of multilateralism is fundamentally different from Europe's rules-based understanding.³⁵ As tempting as Beijing's harmonic "win-win" rhetoric may sound, its actions also give European partners food for thought: so far, the West's hope that China will liberalize economically and politically has been disappointed. In its international economic policy, China in many cases disregards the fundamental WTO principles of non-discrimination and transparency. Sometimes adverse judgments, such as by the International Court of Arbitration's ruling in the territorial dispute with the Philippines, are simply ignored.

Whether China really wants to become a "responsible stakeholder" who is interested in maintaining the Western-dominated regulatory structures has yet to be seen. The rules-based order and globalization have allowed China to industrialize and modernize itself through market opening. But the global market power it has gained gave rise to China's own conceptions of order, especially as Western countries and their leading power, the United States, are struggling to give China a say in world matters, anyway. For example, since the US Congress for five years blocked the international agreement to give China more say in the existing US-dominated Bretton Woods institutions (World Bank and International Monetary Fund, IMF), China is now building up alternative structures under its influence. Despite a strong US backlash, China was able to attract European partners such as the United Kingdom, France and Germany for its Asian Infrastructure and Investment Bank (AIIB).

Europe seeks to counter China's influence in multilateral organizations.

2.2 Competition

Compared to China's global financial diplomacy, Europe's resources are modest.

Meanwhile, however, development aid orchestrated by Beijing worldwide dwarfs the efforts of the World Bank and IMF.³⁶ Compared to China's financial diplomacy, Europe's funds, such as those granted to neighboring Africa, including through the European Investment Bank, are also rather modest. For good reason, in accordance with the guidelines of the European Commission, the German Federal Government intends to use the German Presidency of the Council of the EU to develop, among other things, the partnership with Africa as a priority in order not to be overtaken by China in particular.³⁷ Unlike China's monetary contributions, European donations are associated with straightforward demands. However, human rights requirements or "good governance" conditions represent a further competitive disadvantage.

The concern about unfair competitive advantages of Chinese over European companies determines the debate about systemic competition with China. For example, Chinese companies, which are supported by subsidies or advantageous lending in their home country, can sell their products in Europe at below market prices. However, European companies are at a disadvantage due to stricter EU state aid controls – not only in the European internal market, but also when competing on third markets.

In order to be able to compete against their subsidized competitors from China on third markets, European companies should be granted state aid through "matching clauses" to compensate for market distortions, according to a policy paper of the Federal Association of German Industries (BDI).³⁸

The EU already has trade defense instruments that are in line with WTO rules, such as anti-dumping duties, which can be levied on foreign imports if their price is below a "fair" value (if the export price is below the price of the goods in the country of origin) and there is an economic injury in the EU. However, the existing WTO legal framework often falls short; one example is the difficulty to prove financial contributions through preferential lending.

In order to ensure a sufficient level playing field, additional protection instruments are demanded by the EU. In a "White Paper" in June 2020, the European Commission put forward proposals for an anti-subsidy instrument that would allow the imposition of comprehensive remedies if distortions through foreign subsidies can be proven.³⁹

Nevertheless, there was a discussion in Germany and France (at the highest level)⁴⁰ as to whether and in what form a European industrial policy should be pursued in order to position "European Champions" in selected sectors, especially against Chinese competition. The discussion erupted after the banned merger of Siemens and Alstom, which was aimed at the Chinese railway company CRCC. In order to allow mergers of European companies as "champions", their proponents think that in future competition law should be softened and the rules on aid and competition must be adapted in order to allow more active state support for industrial projects.

European companies also find themselves at a disadvantage regarding public contracts in China. They are often effectively excluded from the huge procurement market dominated by Chinese state-owned firms, whereas European tenders are generally accessible to Chinese bidders. Therefore Europe will increase pressure on China to accede to the WTO's Government Procurement Agreement (GPA) on non-discriminatory treatment of foreign applicants.

The European Commission is also proposing to introduce the International Procurement Instrument (IPI) at European level in order to provide an effective means of exerting pressure in international negotiations to achieve more reciprocity on market access, in particular, the Chinese procurement market.⁴¹ The IPI would give the European Commission the right to investigate whether EU companies are disadvantaged in public procurement in a third country in areas not covered by an existing GPA or Free Trade Agreement.

The EU is also trying to establish more balanced and reciprocal conditions for investments. In negotiations, for example, access to the European internal market is to be used as a lever to create reciprocity, that is to say, to reduce investment restrictions in the Chinese market. Until now, European companies in China have been disadvantaged by extensive restrictions and sectoral investment bans, while Chinese investors in Europe have virtually a free hand. Negotiations on a reciprocal investment agreement between China and the EU, which have been going on for years, should be pursued further.

The European Commission's White Paper also contains proposals to prevent state-subsidized foreign companies from buying up European assets. To date, it is up to the individual member states to control foreign investment. From October 2020, investment screening will be carried out at the European level, providing for enhanced cooperation and better exchange of information between member states, but limiting the European Commission's role to that of a mere commentator.

The EU also calls for a balanced and reciprocal level of investment.

Chinese investment activity in Europe has been viewed critically for some time.

This makes it all the more important to coordinate investments in security policy-related areas at EU level. Not all European countries have a test procedure for foreign investment. Thanks to the free movement of capital in Europe, stricter rules of one country can be circumvented by establishing bogus companies in other EU countries.

Chinese investment activity in Europe has been viewed critically for some time, especially since the takeover of the robot manufacturer Kuka, the entry of Geely into Mercedes Benz and the ultimately aborted attempt by China to take over shares in the grid operator 50 Hertz. With its industrial policy strategy "Made in China 2025", China's leaders had formulated the assertive goal of gaining global market leadership in ten high value-added industrial sectors – also in order to determine international standards and the future economic system.

In difficult economic times, there are all the more fears that, after a takeover, the production facilities and corporate headquarters might be relocated to China, entailing a permanent loss of innovation activities, shares in value-added, jobs and tax revenues. The fear that Chinese investors in particular could take advantage of the precarious economic situation in the wake of the Corona pandemic and take over distressed European companies led to a wake-up call of the "competition watchdogs". German Federal Minister of Economics Peter Altmaier proclaimed "Germany is not for sale".⁴² Manfred Weber, chairman of the Group of the European People's Party, called for a one-year sales moratorium on European companies in order to prevent a "shopping tour of Chinese companies".⁴³ EU Competition Commissioner Margrethe Vestager recommended state participation to prevent takeovers by Chinese investors.⁴⁴

In her efforts to prevent market power, the EU Competition Commissioner is fighting a "war on two fronts": the market power of large US companies such as Amazon, Microsoft and Alphabet was already problematic before the pandemic erupted. The internet economy, which is dominated by the United States and increasingly also by China, will become even more dominant in the wake of the new experiences and adjustments made by many people in the Corona era and the corresponding strategic realignment of companies.

The pandemic forces people and organizations to abandon many of their habits and opens up new patterns of interaction. More and more people are recognizing the benefits of new technologies and are getting familiar with the hitherto unknown. People shop over the internet, use online banking or work from home. Work meetings and training courses can be carried out more cost-efficiently by video conference. In the face of broken supply

chains, 3D printing has made the on-site production of required parts vital for companies. But in the brave new data world, previously dominant companies are developing into monopolies, not least because of network effects. These market concentrations cannot be countered by national competition laws, but only by Europe's competition policies.

Digitization poses another challenge for the EU, namely, to ensure the supply of the raw materials needed for this purpose. On 3 September 2020, the European Commission published a new strategy to meet the growing needs for e.g. rare earths and to reduce additional dependence on third countries, not least China. "The Corona crisis has highlighted how dependent we are on international supply chains," said the European Commission Vice-President in charge, Maroš Šefčovič, when presenting the strategy in Brussels. "We must not allow ourselves to become as dependent on the import of important raw materials as we are today when importing fossil fuels."⁴⁵

China dominates the extraction, processing and manufacture of these rare metals. As early as in the years 2010–2012, when a territorial dispute between China and Japan escalated into a trade embargo, triggering a "rare earth crisis", this concentration of supply and vulnerability of Western economies became apparent. Europe's leaders had to realise that China was in a position to use its coveted raw materials as a political lever in future, too.

2.3 Systemic rivalry

As Chinese investors are not only driven by economic aspirations, but are subject to greater state control, there is concern in Europe that China's investments and trading activities could also serve political goals: to influence policy decisions and harm the systemic rival. These fears cannot be dismissed, as Chinese investments have already been used as a means of exerting pressure to prevent political decisions, for example when Greece, whose port in Piraeus is majority-owned by China, blocked an EU declaration at the United Nations criticizing China's human rights abuses.

China's Silk Road initiative (One Belt, One Road, OBOR), long overlooked or not taken seriously, is now seen as a geo-economic threat. After all, China's infrastructure investments in well over 100 countries do not stop at the European border, to the extent that they are now undermining Europe's ability to act in a deepening systemic rivalry. China's economic influence,

China's Silk Road initiative is perceived as a geo-economic threat.

which is being systematically expanded as part of its Silk Road initiative, especially towards smaller European countries, and its bilateral approach, in forums such as the "17+1" format,⁴⁶ is dividing Europe. Beijing's "divide and conquer" strategy is already preventing the EU from adopting a unified stance on China's human rights abuses (such as the repression of Muslim minorities in Xinjiang or the crackdown on protesters in Hong Kong).

So far, there has been no common position by European states towards Chinese tech giant Huawei's request to integrate its 5G technology into the network infrastructures of European countries – and to open them to China's influence and possible industrial espionage, as critics fear. Germany, whose economic interests are particularly extensive with the People's Republic of China, can have a decisive say in either deepening or overcoming divisions within the EU – and in the transatlantic relationship.

5G technology in Europe's network infrastructure is also a security issue.

The question of whether Germany should rely on the technology of the Chinese supplier Huawei or on a European solution (European suppliers such as Ericsson in Sweden and Nokia in Finland) in the development of the German 5G network is controversial in German politics, even within the ruling party Christian Democratic Union (CDU). Not least because of the massive pressure from the United States, it has now become clearer in the German debate that the decision for or against the Chinese supplier Huawei is not only an economic issue, but also a geo-economic and security policy question for the future. The US government openly threatened to stop sharing intelligence and to apply sanctions to German companies that continue to do business with Huawei.

If China succeeds in implementing its own authoritarian digital model globally beyond parts of Asia and Africa, this would not only undermine European (and transatlantic) efforts to develop common global standards in emerging technologies and artificial intelligence (AI), but would also encourage authoritarian forays by governments, even democratic regimes. China's export of surveillance technology and social control techniques helps not only repressive regimes, it also spreads illiberal governance and social ideas. Last but not least, China is establishing new international forums and organizations that correspond to its own values and ideas of order – which are contrary to European values and interests.

China's cyberattacks as well as its territorial claims and aggression in the South China Sea should make EU leaders think even harder about security policy. But, with the exception of Britain and France – countries with a geo-strategic perspective and the necessary security and military capabilities – the rest of Europe's countries have only just begun to consider the conflicts

in the Indo-Pacific to be in their strategic or European interest. However, a military conflict between the United States and China would have not only far-reaching regional but also global implications.

2.4 Transatlantic-Pacific China policy?

Washington has a vital interest, and in any case wants to prevent a possible rival from denying the United States maritime or air sovereignty in the Eurasian region – the most populous and economically interesting area on earth – and blocking US economic activities or denying them access to resources. Although this has rarely been said openly, US military operations and diplomatic activities have pursued precisely this central goal over the past decades – according to the analysis by the Congressional Research Service, the nonpartisan scientific service of Congress.⁴⁷

The United States and China are increasingly maneuvering themselves into a security dilemma: the individual quest of the two protagonists for greater security ultimately creates more uncertainty on both sides. The long-held fear by American security strategists that China wants to establish an exclusive sphere of influence in East Asia is fueled by China's growing drive for expansion: its increasingly aggressive activities towards establishing a security zone and undermining America's ability to intervene.

In order to secure the Indo-Pacific sea routes that are vital for China's economy⁴⁸ – and its political stability Beijing is building the so-called blue-water navy, consisting of sea-ready naval units that, in addition to coastal defense, are also intended for "active defense" to enable global power projection at sea. First control of the area within the "first island chain", which includes the Yellow Sea, which is limited by Korea and Japan, the western part of the East China Sea with Taiwan, and the South China Sea. The enlarged area, the "second island chain", extends further east from the Kuril Islands via Japan and southeastwards over the Bonin Islands and the Mariana Islands to the Caroline Islands.⁴⁹

China's large-scale activities are particularly worrying its regional neighbors, urging them to cooperate in the Indo-Pacific region – and not least with the protective power United States. China's large-scale activities in the region have already reactivated the Quadrilateral Alliance (QUAD) between Australia, India, Japan, and the United States – a previously informal security dialogue established to counter growing Chinese influence in the Indian and Pacific Oceans.

The United States and China are maneuvering themselves into a security dilemma.

While the United States has long maintained closer security ties with Japan and Australia, India has so far sought equidistance with the two major powers, the United States and China, in order to preserve its independence and avoid straining its relations with China. But recent tensions between China and India have prompted "the world's largest democracy", India, to move closer to the "oldest democracy", the United States, economically and militarily. India and Australia also want to strengthen their economic and defense ties.

The United States will seek to prevent China's rise by all means.

In his recent speech,⁵⁰ US Secretary of State Mike Pompeo removed the last doubts of America's troubled Asian allies – and disillusioned many Europeans' hopes – that the United States might still be able to come to terms with China's economic and military rise in the future. At a highly symbolic location, the Richard Nixon Presidential Library, the incumbent US Secretary of State made it clear that the rapprochement strategy initiated in 1972 by then-President Nixon and his national security adviser Henry Kissinger had proved to be an epochal mistake.

In his speech, reminiscent of the Cold War against the Soviet Union, Pompeo, in the best manner of Ronald Reagan, even used religious vocabulary to point his compatriots to the irreconcilable differences in system and values with China. The rule of the Chinese Communist Party was a tyranny that not only oppressed the Chinese people, but also threatened the "free nations" of the world, was the more secular message to America's allies. For the deep ideological divide between the democratic and liberal West on the one hand and the Marxist-Leninist and totalitarian regime of China on the other cannot be bridged.

In order to avert the danger posed by the Middle Kingdom, Western market economies would also have to decouple from the Chinese planned economy. Pompeo called on America's allies in Europe and Asia to work together to set standards and form a new group of like-minded nations to counter the Chinese threat.

Because of China's expansive activities in the region, it seems quite likely that Pompeo's admonishing words are being heeded more particularly by allies in Asia. China's People's Liberation Army, the US Secretary of State warned, is not aimed at protecting the Chinese people, but at expanding the territorial claims of the Chinese empire in the South China Sea and the Indo-Pacific region.

Pompeo's uncompromising message irritated not only America's allies in Europe, but also his friends in Asia. After all, the US administration under

Trump had recently made a radical change of course, leaving the Asian allies out in the cold although they had previously opted for the United States and against their economic interests with China, not least because of geo-economic pressure from the Obama administration. To the horror of his allies, in one of his first acts in office, President Trump announced he would cancel the US participation in the Transpacific Partnership (TPP), and he unsettled America's allies even more on the existentially important question of whether the United States would continue to protect them.

For the strongest US argument under Obama to persuade countries like Japan to decide against their economic interests with China and join the American initiative that leaves China out was the US shield. With its Transpacific Partnership initiative, which was explicitly not intended to include China, the United States responded to China's efforts to integrate the Asia region into an economic community. China, in turn, responded to the United States' attempts at exclusion by establishing a forum with the Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP), which would include the ten ASEAN countries,⁵¹ as well as Australia, China, India, Japan, South Korea and New Zealand, but not the United States.

The Transpacific Partnership was intended to underpin the core of America's much-regarded but in the meantime questioned "Pivot to Asia". According to Michael Froman, then US Trade Representative and previously Deputy National Security Adviser on Economic Issues, it was not only about "economic" but also about "strategic" goals that must be pursued in the Asia-Pacific region: "Economically, TPP would bind together a group that represents 40 percent of global GDP and about a third of world trade. Strategically, TPP is the avenue through which the United States, working with nearly a dozen other countries (and another half dozen waiting in the wings), is playing a leading role in writing the rules of the road for a critical region in flux."⁵² US Defense Secretary Ashton Carter used even heavier rhetorical guns, saying the Transpacific Trade Agreement is "as important as another aircraft carrier."⁵³

The Asia-Pacific region is about geo-economic interests.

Given the economic and geopolitical prospects in the Asia-Pacific growth region, the "Old Continent" and the transatlantic free trade talks with the Europeans fell behind. It is true that the negotiations have also been strained by the European side, for example, by the French Government wanting to take cultural goods off the negotiating table in accordance with its practice of "exception culturelle", thus encouraging the American side to also impose exceptions. In Germany, too, there had been increasing resistance from environmental and consumer protectionists as well as anti-globalization activists. While in 2014 six out of ten Germans still thought a

**Europe has fallen
behind the Asia-Pacific
growth region.**

Transatlantic Trade and Investment Agreement (TTIP) was a "good thing", a year later, support fell markedly. As of 2015, only a few, four out of ten Germans were able to see merit in TTIP.⁵⁴

The TTIP proponents of German industry and the experts close to their positions also struggled to dispel the arguments of renowned economists such as the American Nobel laureate economist Joseph Stiglitz, who openly opposed the Transatlantic Free Trade and Investment Partnership: "These are not equal partnerships: in fact, the United States dictates the conditions. Fortunately, America's 'partners' are increasingly resisting." Stiglitz stressed that agreements such as TTIP and TPP go well beyond trade: "They also regulate investment and intellectual property, and force fundamental changes to the legal, judicial and regulatory systems of the participating countries – without the influence or accountability of democratic institutions. Perhaps the most unfair – and dishonest – part of such agreements concerns investor protection."⁵⁵

Criticism in Germany also grew because the US spying attacks permanently damaged the confidence of the Germans. When TTIP supporters in Germany justified the equally criticized lack of transparency in the negotiations by arguing that too much publicity would weaken their own negotiating position with the Americans, they overlooked the fact that the US negotiators were already aware of the supposedly secret negotiating strategies of the Europeans: not only the communication of the German chancellor, but also that of the European Union had been spied on for some time by the National Security Agency (NSA), the United States' largest foreign intelligence agency.

2.5 Recommendations for a "Global Alliance of Democracies"

Anyone who remembers these previous efforts and problems is protected from transatlantic nostalgia and wishful thinking and can assess the current conflict situation in a sober manner. In the current transatlantic dispute over Huawei, one can assume that Washington's warnings about Chinese espionage in Europe are being taken very seriously – especially since a world power such as the United States, which itself has 16 intelligence agencies, is probably best aware of what activities are useful, and therefore expects another, especially a great rivaling power, to have similar capabilities and intentions. But US efforts to protect Europe from China's influence would have been more acceptable to its allies if Washington had not categorically ruled out a European solution – Ericsson and Nokia – at the same time, and also tried to bring the two companies under US control.

If the United States is genuinely interested in closer security relations with Europe, then (this time) it should seriously consider an offer to involve EU states in closer intelligence exchanges. In order to appease German criticism in particular after the NSA wiretapping scandal, there has already been a tactical consideration of welcoming Germany into the "Five Eyes", an intelligence alliance that includes Australia, Canada, New Zealand, the United Kingdom and the United States.

If the European and Asian allies, in a strategic view, are to give up their economic interests with China in exchange for US protection, the protective power will have to ensure that the Pax Americana becomes more credible and reliable in the eyes of the allies. The answer could once again be NATO – which would not for the first time be called upon to adjust to the new security conditions of the 21st century.

US Secretary of State Pompeo's confrontational speech⁵⁶ represented, on the one hand, the now bipartisan tougher stance against China in the United States.⁵⁷ On the other hand, it also nurtured the hope that the United States might be able to appreciate the contributions of allies more in the future. Pompeo's call for "a new grouping of like-minded nations, a new alliance of democracies", is very reminiscent of the old idea of a "global NATO". As early as 2007, the late Senator John McCain, then the Republican presidential nominee, called for a "League of Democracies". The new "worldwide alliance of democracies" was to form the core element of a liberal and peaceful world order.⁵⁸

This idea, which was inspired by the Clinton administration, has long been endorsed by Democrats and experts close to them in think tanks. According to the American thinkers, an "alliance of democracies", which could also be conceivable in the form of a "global NATO", could compete with the United Nations or be available as an alternative when it comes to combining efficiency, legitimacy and thus burden-sharing in the future. Such an alliance of genuine democratic states would be supported by the American people and would also offer Europeans greater opportunities for participation, according to the security experts of renowned think tanks such as the Brookings Institution and the Council on Foreign Relations.⁵⁹

This idea has thus long been considered in the United States across party lines and various foreign policy schools – but has so far been rejected by the Europeans, even when it was articulated rhetorically more nicely by the popular Barack Obama: the "greatest alliance ever formed to defend our common security" – as US presidential candidate Obama praised NATO at the Victory Column in Berlin in 2008 – must adapt to the new geopolitical

An "alliance of democracies" would also be conceivable in the form of a "global NATO".

framework and the strategic challenges of the 21st century.⁶⁰ In his Berlin speech, Obama asked the rhetorical question of whether it could not also be possible to establish "a new and global partnership". Obama pointed to the transatlantic relationship, but also made it clear that America and Europe should not turn away from the world in order to avoid the "burdens of global citizenship" and responsibility. "A change of leadership in Washington will not lift this burden", he warned. It is now time to build "new bridges across the globe" that should be as strong as the transatlantic link to bear the increasing burden.⁶¹

Although US Vice President Joe Biden, representing the "new administration", announced "a new century" in his speech at the Munich Security Conference in February 2009, he named a list of tasks to "renew NATO", which was broadly formulated by the previous administration – and could also be resumed by a future US administration. Thus, NATO's main task remains the collective defense of its members. But in the face of "new threats" and "new realities", allies needed new determination to master them, and "new capabilities" to act more effectively inside and outside the alliance. In short, Biden asked for a "fundamentally stronger NATO-EU partnership, and a deeper cooperation with countries outside the Alliance who share our common goals and principles".⁶²

A "global NATO" would be demanded primarily by a Biden administration.

This approach is still up-to-date. The strategists in American think tanks and political protagonists will submit their ideas again, especially in the case of a Biden administration, and, if necessary, help with their implementation. European decision-makers should adapt to a new reality and already address the idea of a more global NATO, whose diverse tasks include not only collective defense, but also the vital interests of securing trade, data, and energy flows.

3. Energy policy

The global depression triggered by the Corona pandemic is exacerbating the problems in the global energy markets of fossil fuels. The US economy, supposedly energy-independent by the "shale gas revolution", and especially its oil and gas industry, is threatened not only by the slump in demand, but also by an oversupply in the wake of the oil price war of leading producers. The economic threat, particularly to America's oil and gas industry, endangers Trump's re-election and reinforces the White House incumbent's nationalist zero-sum thinking. But US President Trump's short-sighted geo-economic crackdown on the main competitors in international oil and gas markets – be it Saudi Arabia, Russia, or Iran – happens not only at the expense of the economic interests of allied countries in Europe, but in the long run it harms the United States itself and helps its global rival, China.

3.1 Double crisis: demand slump and overproduction

The Corona pandemic and the global economic crisis it triggered are a catalyst that exacerbates the existing dynamics of global energy markets. For some time now, oil producers and their financiers have been expecting a "peak demand", a future stagnating, even declining demand for fossil fuels in OECD countries. New drive technologies and heightened environmental awareness are seen as drivers of an energy transformation.⁶³

The Corona pandemic exacerbates the dynamics of global energy markets.

The largest producers of fossil fuels, namely the United States, Saudi Arabia and Russia, did not react to the slump in demand caused by the Corona economic crisis with a long term view, for example by agreeing to curb their production and thus supply in order to stop the fall in prices. Instead, Saudi Arabia and Russia first acted in the sense of a short term "hit and run": aware of the foreseeable end of the oil age, the main producers tried to extract as much capital as possible from their resources in the remaining time. Compared to the cheaper producers Saudi Arabia and Russia, however, the United States is at a disadvantage in this predatory competition. The American fracking industry in particular is suffering from the fall in oil prices.

The US administration under Donald Trump, however, has not stood idly by. It will continue to try to protect its oil and gas industry with all its economic and military power – and, with its geo-economic approach, it will also massively undermine Europe's energy and economic interests.⁶⁴

America's geo-economic approach is affecting Europe's interests.

3.2 US geo-economics favor China

Geo-economic power projection and thinking in spheres of influence destroy the market ideal of free trade, the so-called Washington Consensus, which US officials had preached before. However, there has been no free competition in the energy markets in the past either. Until now, the United States has had to counter the market power of energy producers with its military power. "Security for oil" is the deal with Saudi Arabia. The United States has ensured that the oil monarchy of Saudi Arabia remains stable. In return, Riyadh's oil production ensured that the price of oil did not rise too much so as not to damage Western economies, as it did in the 1973 oil crisis, when members of the Organization of Arab Oil Exporting Countries pushed for an oil embargo.

Ever since the United States became a net exporter in international energy markets thanks to the "fracking" boom, exporting more oil and gas than it imports, policymakers and experts alike have been celebrating the "energy independence" that had been sought since the 1970s. In Trump's utilitarian thinking, energy is now an effective means for the United States for geostrategic purposes – a resource and instrument for exercising power. "We have real independence. But what we want now is not independence; we want American energy dominance. Dominance," President Trump explained the new confident thinking in the White House in his address to workers at the Shell Pennsylvania Petrochemicals Complex in Monaca, Pennsylvania.⁶⁵ "Energy dominance" is the new buzzword in the US National Security Strategy.⁶⁶

For example, the US government reminds Saudi Arabia, if necessary, that the security of the oil monarchy depends on US military protection; so now Saudi Arabia is being encouraged to moderate its production to prevent another drop in oil prices which would ruin the American energy production. European allies are also being asked to pay tribute to Pax Americana by purchasing more "freedom gas"⁶⁷ from the United States instead of cheaper Russian gas and paying for the infrastructure needed to transport it, such as liquefied natural gas (LNG) terminals. Those Europeans who expected business in Iran also underestimated the military and economic power of the United States. The United States will continue to deter Iran from extracting its abundant resources⁶⁸ through (secondary) sanctions. But these geo-economic measures are not only economically, but also geostrategically short-sighted. In the long run, they are harming the United States and its allies and helping China.

3.2.1 Deal with Saudi Arabia: security for less oil

The deal with Saudi-led OPEC, backed by America's military power, will not be able to save the American oil and gas industry in the long run. The predatory competition between the leading suppliers, the United States, Saudi Arabia and Russia, where the US industry also has to contend with much worse economic production conditions, will not be stopped for long by the deal, and the ultimate winner will be China with its huge demand and buying power.

The huge drop in demand in the wake of the Corona crisis, about 20 million barrels per day,⁶⁹ threatens the existence of the already struggling fracking industry in the United States. Baker Hughes, one of the world's leading oil service companies, reported a further reduction of 66 rigs in mid-April 2020, the biggest weekly decline since February 2015! The previous month, the total had fallen by more than 35 percent, to 529 still active wells in the United States. At the most recent count, on August 7, 2020, only 247 rigs were active.⁷⁰ This slump will have further effects, namely on the supply industry. The "rig count" is considered to be an early indicator of the demand for products used in drilling, completing, manufacturing and processing hydrocarbons.

During the corona-related slump in demand, the woes of the oil and gas industry in the United States have become all the greater since Russia's refusal to cut production initially prompted Saudi Arabia to once again go into the price war against co-producers, pushing the price of oil all the more strongly to below 30 dollars per barrel. In the course of the price war, oil prices have slipped further to an absolute low. In mid-April 2020, the quotation of the reference price for US oil (West Texas Intermediate, WTI) was even negative. More US oil and gas companies, and the 10 million jobs directly and indirectly dependent on them, were at risk and threatened to further harm the US economy, which was already affected by the Corona pandemic.⁷¹

The fall in prices also threatened Trump's re-election, which depends on the well-being of the US economy and, not least, on the situation in hard-fought battleground states such as Pennsylvania and Ohio, where the American fracking industry is particularly affected. Donald Trump put enormous pressure on Saudi Arabia. He also received support from Congress. US senators representing oil-producing states in Washington even openly threatened to deny the oil monarchy the military protection of the world power if Saudi Arabia did not restrict its production and help American producers to survive economically.⁷²

The dire situation in oil and gas-producing states threatens Trump's re-election.

The United States' long-established relationship with Saudi Arabia (keyword: "security for oil"; now that the United States itself is oil exporter again, ironically "security for less oil") and further talks in Russia have paid off – for the time being: on April 12, 2020, the Saudi-led OPEC producers agreed on quantitative restrictions with Russia and the United States. From May 2020, production was to be slowed down, and in the first two months a record reduction of almost 10 million barrels per day was to be achieved, with Saudi Arabia and Russia taking the lion's share. The US-forced deal came at the right time, markets calmed down somewhat,⁷³ and Donald Trump thinks he is the winner, because the US production restriction does not really hit US producers: due to low market prices and the price sensitivity of US shale oil production, they have to reduce their output for economic reasons, anyway.

However, if prices rise significantly again thanks to the agreed restrictions imposed by the other producers, production in America is likely to rise again beyond the agreed level – and thus jeopardize the deal. In order not to lose market share to US producers, Saudi Arabia and Russia, for their part, would quickly ignore their production restrictions – not to mention OPEC countries such as Iraq and Nigeria, which in the past have not adhered to agreements anyway.⁷⁴

Saudi-Arabia has once already caused the fracking bubble in the United States to burst.

Experience from the recent past would tend to support this assumption: Contrary to what most experts predicted, the Saudis have already failed to respond to increased production by the US fracking industry in 2015 by limiting their supply in order to prevent the fall in prices. Aware of their strategic advantage, which is that they can produce on far more favorable terms and resist longer than American competitors, they even increased their production to drive prices further down. The price war at the time had a direct effect. Many US companies, which from the beginning only worked with borrowed money, were soon unable to cover their production costs. When the price of oil fell to just over 50 dollars per barrel in the summer of 2015, the number of wells also fell to 645 – from more than 1,500 counted a year earlier.⁷⁵ Many of the small and medium-sized producers had to file for bankruptcy. Larger companies have survived; they can stay afloat longer in the period of low prices because they are financially stronger and have diversified their businesses. So Saudi-Arabia has once already caused the fracking bubble in the United States to burst, thus further consolidating the American energy market.⁷⁶

Even if the current "deal" holds, Saudi Arabia will be extremely determined to defend its market share in Asia, the increasingly important demand region in the future.⁷⁷ For example, Saudi Aramco, the kingdom's state-controlled

oil giant, has diversified its prices regionally and set them lower for Asia.⁷⁸ Even beyond the temporary ceasefire, resource-hungry China is likely to be the main beneficiary of this price war. In the predictably tougher struggle of producers for continually shrinking overall demand in the future, the power of buyers, and in particular that of the largest energy consumer China, will continue to increase.

3.2.2 "Freedom Gas" against Russia

Already now, America's pressure on Russia and its European customers is playing into the hands of the Middle Kingdom. American negotiators have very bad economic, but also short-sighted geopolitical arguments against Germany and the other European countries participating in the consortium and their North Stream 2 plans to transport even more Russian natural gas from the fields of Siberia via St. Petersburg to Greifswald. Compared to Russian natural gas, America's liquefied natural gas (LNG), which must be transported by ships and in ports through terminals to be financed by the EU, is much more expensive – if decision-making is based on market criteria and nothing else.

America's pressure on Russia and its European counterparts helps China.

However, the Trump administration is not using market-based logic, but the equally flawed geo-economic argument that Europe has to pay a higher price for its security, including energy security (to the protective power United States). According to Trump's vehement criticism at the NATO summit in Brussels in July 2018⁷⁹, Germany buys its natural gas from Russia for billions of euros but relies on the United States, which protects Germany from Russian aggression, as a free-rider.

This view is a view of the past and also historically incorrect. For example, NATO Secretary General Jens Stoltenberg also tried to moderate Trump, pointing out that even during the Cold War, Russia was always a reliable energy supplier to the West. One could also have pointed out that the supposedly energy-independent USA are still importing oil from Russia to this day. And in a longer, geostrategic view, for the United States and its Western allies, it is not Russia, the adversary of the long-gone Cold War, that is at the center of security considerations, but the rising power of China.

Strategically minded US security experts, e.g. from the Brookings Institution,⁸⁰ have long feared that energy sanctions would harm the United States itself – directly and in the long run: they encourage Russian President Vladimir Putin to push ahead with his Asia-oriented diversification strategy

with even greater urgency. The Russian leadership will try to expand its clientele. In addition to Europe, the Kremlin plans to supply Asian countries in need of energy, especially China, with Russian raw materials in the future, thereby securing revenues and his regime in the long term. Russian gas will be pumped to China via an eastern route (Power of Siberia) and a western route (Altai Gas Pipeline). Some observers even speak of a "comprehensive strategic partnership".⁸¹

3.2.3 "Maximum pressure" on Iran

China could also profit once more from the US sanctions against Iran, which have been fully effective since May 2019. Until the Europeans negotiated a nuclear deal which was approved by the Obama administration, the Middle Kingdom had already benefited from the fact that others, such as a Japanese consortium (Inpex Corp), had terminated agreements with Iran in order not to violate US-imposed sanctions against Iran.⁸² The United States also influenced India's decision to abandon the construction of the planned Iran-Pakistan-India pipeline, thereby depriving the Iranian regime of this economic support. European companies had also curtailed their involvement in order to increase pressure on Iran to abandon its nuclear program, along with the United States.

China could also benefit again from US sanctions against Iran.

When, with the 2015 Vienna nuclear agreement, the Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA), which was engineered by the Europeans, Iran renounced nuclear weapons until further notice, it was given a civilian nuclear program in return and economic sanctions were lifted. Thus, the economic representatives of Western countries began to compete for the best investment opportunities in Iran. For example, the Federal Association of German Industry (BDI) expected business benefits for German companies. "In particular, the modernization of the oil industry opens up great market opportunities for German machine and plant manufacturers," said Ulrich Grillo, then BDI President, euphorically.⁸³ Experts put the investment needs in the oil sector at more than 200 billion dollars. Similarly, car and aircraft manufacturers expected big business in markets traditionally dominated by European companies. Iran's state-owned civil aviation organization alone has promised nearly eight billion dollars in investment to renew Iran's outdated civilian aircraft fleet. Over the next decade, Iranian airlines wanted to buy more than three hundred aircraft.⁸⁴

But Donald Trump, who entered the White House in January 2017 as the 45th President of the United States, also put a stop to European entrepreneurs by fulfilling his campaign promise and unilaterally canceling the deal

on May 8, 2018, even though Iran was complying with its commitments.⁸⁵ However, the European contracting parties – Germany, France and the United Kingdom – maintained the deal (as well as the co-signatories Russia and China) and tried to circumvent US sanctions and to maintain payment transactions for Iran through the special purpose vehicle INSTEX (Instrument in Support of Trade Exchanges), which was established on January 29, 2019. But INSTEX has so far proved ineffective against US (secondary) sanctions. Europe cannot withstand the geo-economic pressure of the United States, because European companies also know where the larger market is: not in Iran, but in the United States. Anyone who wants to do business in the United States or do business in dollars must, like it or not, bow to the economic and military power of the United States.

However, China could once again be the beneficiary of US sanctions, which have been fully effective since May 2019, and the "maximum pressure" from the United States. Disappointed by the Europeans, Iran is now trying to find alternatives in Asia with its "look to the East" strategy and to develop economic ties with Asia's leading powers. Unlike most European countries, only selected countries such as China, India, and Japan, in particular, were allowed to import oil and gas from Iran at the discretion of the United States, but only until the six-month exemption granted to them by the US government on November 5, 2018 expired.

China, however, remains particularly interested in diversifying energy suppliers and supply routes, because its economic development and military build-up depend on energy imports. But China's energy supply from the Middle East can be blocked in many places by the United States – not least on the Strait of Hormuz, the main waterway on the trade route from Europe to Asia, which would prevent large-scale oil supplies from the Middle East.

In a possible dispute, this bottleneck ("choke point") of international energy supply would be a double-edged sword: Significantly, the Iranian regime also threatens openly to block the lifeline of Western economies if US sanctions jeopardize its oil and gas exports and thus its viability. The United States, in turn, would see a blockade as a threat to its vital interests and would take military action against it.

Contrary to what many observers expected, the United States has not turned its back on the Middle East because of its supposed energy independence in the wake of the shale gas revolution and its reorientation to Asia, the "Pivot to Asia" announced by the Obama administration; on the contrary, the world power, the United States, will not stand idly by in the eye of a possible global shift in power in this geo-strategically important region.

The United States will counteract a global shift in forces in the Middle East.

American geo-strategists, among other things, are aware of the fact that Iran, Turkey, and Qatar are making joint geo-economic plans. The so-called "Middle Eastern Entente"⁸⁶ is even considering defending itself against the USA and its sanctions. Among other things, Qatari and Iranian oil and gas is to be pumped through pipelines across Iran, Iraq and Syria to the Mediterranean port of Latakia.⁸⁷ It is advantageous that Turkish pipelines can also be connected. Turkey gets half of its oil supply from Iran,⁸⁸ so it is also opposed to US sanctions, which are to isolate the Iranian regime and put economic pressure on it. Iran is already negotiating with Syria to operate Syria's main port of Latakia and advance the trade route from Tehran to the Mediterranean.

3.3 China's Silk Road plans – a threat to the United States

America's pressure on Iran will be welcomed by China's expansive strategy.

In addition to the pipelines and the equally planned rail network, the Mediterranean port is also to be another strategic hub in China's comprehensive "Silk Road Initiative". Iran plays an important role in China's Silk Road plans, not only because of its oil and gas resources, but also because of its good economic and diplomatic relations with Central Asian countries. As early as February 2016, the first Chinese commercial goods reached Iran via a 3,200-kilometer link between Urumqi, the capital of western China's Xinjing Province, and the Iranian capital Tehran. The railway runs through Kazakhstan, Kyrgyzstan, Uzbekistan and Turkmenistan. The China Railway Company plans to expand the line into a high-speed rail link for freight and passenger traffic.

At even greater speed, Chinese propaganda is spreading, not least through new communication channels. It even succeeded in thwarting US government aid to Iran, which has been badly battered by the Corona pandemic. For example, Iran's revolutionary leader, Ali Khamenei, rejected the American offer of aid because of a conspiracy theory spread by China that the United States had developed the Corona virus to weaken enemies such as China or Iran. American aid is also to be mistrusted, as it may also be infected with the virus⁸⁹. Iran will now need China's help even more, in part also because of the US sanctions.

America's pressure on Iran is good news for the Middle Kingdom: China's "going-out strategy"⁹⁰ targets not only strategic industries but also the resource sector. China's energy investments – a good chunk through its state-owned banks – have totaled more than 740 billion dollars since 2005.⁹¹ As early as 2002, immediately after his appointment as General Secretary of

the Communist Party, Hu Jintao called on the three national oil companies – China National Petroleum Corporation (CNPC), China National Petroleum and Chemical Corporation (SINOPEC) and China National Offshore Oil Corporation (CNOOC) – to become international and invest in the extraction, production and transportation of oil and gas. As part of this initiative, China's party leadership has since made enormous efforts to strategically deploy China's foreign-exchange reserves, thereby securing the resources much needed for its economy and the stability of the political regime in the long term.⁹²

Chinese state-owned companies are now found in all regions of the world, whether in the Middle East or in developing regions such as West Africa and Central Asia. In South America, too, in the backyard of the United States, Chinese state-owned companies are trying to secure resources for their country. With its energy security policy, China is also undermining multi-lateral rules, as Beijing seeks to capture oil supplies exclusively through bilateral treaties – competing with US geo-economic interests. As China, the emerging economic power in Asia that will need vast energy resources for its continued growth, increasingly secures them with its military, it is at odds with the "vital interests" of the United States.

3.4 Options for transatlantic energy and environment cooperation

In terms of security, economic and environmental policy, rather than relying on old energy sources and unilateral and one-sided action it would be much more far-sighted to reduce Western economies' dependence on fossil fuels through transatlantic energy and environmental cooperation. Strategic foreign and security policy in the world of the 21st century as well as forward-looking investment strategies should resist the temptation to preserve decaying industries. It would be more useful to look at growth markets and give both issues, energy and climate, center stage in their analyses and recommendations for action.⁹³

Investors have already recognized that climate risk is an investment risk, thanks in part to the high-profile preparatory work of environmental researchers.⁹⁴ In his investor letter for 2020, for example, Larry Fink, chairman and CEO of Black Rock, warned that environmental awareness is "rapidly changing". That is why the head of the world's largest hedge fund expects a "fundamental reshaping of finance". The "evidence of climate risk" will force investors to "reassess core assumptions about modern finance."⁹⁵

Investors recognize that climate risk is an investment risk.

To this end, policymakers must also rethink their existing horizons of national solutions with the prospect of an expanded international regulatory framework. Companies should be required to disclose the risk that climate change entails so that markets can factor in that risk. To enable public and private actors to make informed financial decisions around the world, the leaders of the Task Force on Climate-related Financial Disclosures (TCFD), established in 2015 by the Financial Stability Board (FSB), an body of the Group of 20 major industrialized and emerging economies (G-20), could be used. Globally, national financial regulators, such as the US Securities and Exchange Commission in the United States, should ensure that the TCFD recommendations are legally binding.⁹⁶

The EU Commission has been working on a set of rules for sustainable financial investments for some time. With the Taxonomy Regulation of 18 June 2020, the EU has now created the world's first "green list" for sustainable economic activities. Investors can use this classification system if they want to invest in projects and economic activities with significant positive climate and environmental impacts.⁹⁷

Joe Biden plans "a clean energy revolution and environmental justice."

The key energy and climate challenges are global and can only be met through global and multilateral cooperation. The mere dependence on imports from a few countries that dominate the market and manipulate prices, or the concern for long-distance safe transport from producing to consuming countries – by sea or pipeline – are clear evidence that these challenges can no longer be met at a national level.

The development of renewable energy would be a viable way for an innovation-oriented country like the United States to free itself from the dependence of the international pricing of fossil fuels, which can be influenced by autocratic leaders in problematic regions of the world. Given the vulnerability of the American economy, there is an urgent need to develop energy-saving technologies, biofuels, and other alternatives for industries that have so far been dependent on fossil fuels. If elected, Democratic presidential candidate Joe Biden wants to make "a historic investment": to invest a total of 400 billion dollars in government funding for clean energy and innovation over 10 years. Biden's "Plan for a Clean Energy Revolution and Environmental Justice"⁹⁸ is ambitious.

But the United States could also count on cooperation with the states of the European Union, which also want to revive their economies with a Green Deal. On 11 December 2019, the European Commission, led by Ursula von der Leyen, presented the concept of the European Green Deal. Under this ambitious plan, Europe will be the first continent to become climate neutral

and reduce net greenhouse gas emissions in the European Union to zero by 2050. The European Green Deal includes a number of measures in the areas of financial market regulation (keyword: sustainable finance), energy supply, transport, trade, industry, agriculture and forestry. The necessary regulations – legislative initiatives to increase the price of fossil fuels and tighten CO2 limits – are to be presented by mid-2020. Europe wants to use the Corona crisis to transition to a modern, resource-efficient and competitive digital economy.

Technological advances, not least on smart grids, artificial intelligence (AI) and autonomous driving – which can be promoted through government action (by providing management, infrastructure and research funding) – call into question the standard zero-sum calculation between environmental protection and economic interests, or the rhetoric of the state versus the market.

This would not only create much-needed new economic growth impulses after the Corona economic crisis, but also improve the energy security of consumer countries, curb the greenhouse effect and readjust the balance of power on the world energy markets, which is not least, undermining the rules-based trade world order.

Europe wants to be the first climate neutral continent and take advantage of market opportunities.

4. The future of the international trade order and multilateralism

The times when US strategists accompanied China's economic development with goodwill is definitely over. According to Washington's former plans, China was to be integrated into the US-dominated Western (economic) order as a "responsible stakeholder", as then-Deputy US Secretary of State Robert Zoellick put it in 2005. Economic liberalization, the basic assumption was, would sooner or later also make China's political system more democratic. Thus, after the end of the Cold War, it was only a matter of time before democratic peace prevailed worldwide. But the story has so far not come to a happy end; the next chapter will again feature great power competition for spheres of influence. We are already in the midst of an "era of economic and political great power rivalries, which will result not only in new trade conflicts, but also in a changed geostrategic role for the Federal Republic of Germany and Europe."⁹⁹ So far, Europe has only been a spectator of this show of strength, but in the worst case it will become the collateral damage of history if it does not quickly put itself in a position to take decisions and act.

4.1 The end of the end of history

The future will be even more about great power competition and spheres of influence.

Although the "end of history"¹⁰⁰ and the triumph of liberal democracies and free market economies were already predicted after the fall of the Soviet Union, many autocratic regimes have so far proved to be very resistant. They have survived several waves of democratization, color revolutions (such as the orange one in Ukraine or the green one in Iran) and the change of season (keyword: Arab Spring).¹⁰¹

China's Communist Party has certainly seen these upheavals as warning signs. Liberal ideas are also attractive in China, especially for younger Chinese, often trained in the United States and Europe. But good economic development serves the regime as a pillar of its stability and bulwark against subversive developments for the time being – especially when it seeks to compare it to the economic and social problems of Western regimes.

The economic and financial crisis of 2008, triggered by western leadership, did the rest. It shook faith in the widespread self-regulation of markets and the creditworthiness of the American state. The "Washington Consensus", which encouraged other countries around the world to liberalize, American-style, their political systems and economic orders, lost its credibility.

State-controlled economies, especially the authoritarian capitalism of the People's Republic of China, were also affected, but they were able to cope with the crisis better than the United States and its community of values. Authoritarian great powers such as China are now regarded not only in East Asia as "serious counter-models to liberal democracy".¹⁰² China's economic rise is already associated with the decline of the West;¹⁰³ some experts already praise the "Beijing Consensus" as the role model for the future.¹⁰⁴

The American political scientist Francis Fukuyama, who at the time prematurely proclaimed the "end of history", celebrating the final victory of liberal democracies and free market economies in the competition of systems, today diagnoses elementary shortcomings of Western leadership. The inadequacies of the United States are all the more problematic because a new competitor, namely China, is in the starting blocks to export its counter-model. So the story goes on, because Fukuyama now sees a new "historic contest" about the "fate of Eurasia" underway: between the United States and its Western partners on the one hand and China on the other.¹⁰⁵

4.2 Monetary questions are questions of power

China is not shying away from diplomatic initiatives and economic investment to reorganize world trade and the global financial system in its own way – thereby weakening America's economic model. So far, the denomination and invoicing of trade transactions, especially of oil and gas transactions, in the US currency have ensured the global "dollar dominance" entailing further economic advantages for the United States. The dollar is still the leading currency for international financial transactions, trading and holding reserves.

China wants to reorganize world trade and the global financial system.

In recent decades, the dominance of the dollar has allowed the world power to obtain international foreign reserves more or less at zero cost and to live beyond its means. The "exorbitant privilege" – as the then French finance minister and later President Valéry Giscard d'Estaing already put it back in the 1960s – allows the world power to borrow cheaply internationally. With the dollar as leading currency, the United States does not have to pay a risk premium in the form of higher interest rates, as other states do, but can borrow huge amounts of money on favorable terms, generating much higher profits and – as has become increasingly clear in recent years – financing its consumption on credit. The United States has also been able to get rid of much of its debt, especially to its main creditor, China, through its central bank's expansionary monetary policy (euphemistically called "quantitative easing").

Dollar dominance is being challenged by resource-hungry China.

In order to replace the US dollar as the world's leading currency and to offer investors an alternative, following the outbreak of the US-caused financial and economic crisis in 2008, the governments in Moscow and Beijing already in 2009 demanded that the faltering leading currency, the dollar, be replaced in the medium to long term. Today, the dollar dominance is being challenged even more by resource-hungry China. Meanwhile, the Gulf states are no longer reinvesting their petro-dollars in the United States, but rather in China. Also to deprive the United States of the leverage of its (secondary) sanctions, China's leaders are working to build a parallel financial system that would bypass dollar-based payment mechanisms.

By diversifying China's export markets and focusing more on domestic consumption, Beijing officials can free themselves even more from what they call the "dollar trap": while China finances infrastructures around the world to develop new markets, it can emancipate itself from the previous main customer, the United States – to which it had previously borrowed large amounts of money so it could buy Chinese products.

4.3 Interdependence – old weaknesses, new strength

If China no longer provides the United States with its cheap goods and foreign-exchange reserves, it will affect not only US citizens who are being ripped from their illusion of prosperity, but also the American state, which has also been living beyond its means for a long time. China is no longer willing to use its foreign-exchange reserves to finance the US federal budget, much of which is used to arm the world power militarily and fund their security services against China.

For some time now, China has been moving away from its interdependence with the United States in order to reduce its vulnerability. On the other hand, new dependencies are to be created, with China being in the driver's seat. By defining its national interests more broadly as a wise power, allowing others to benefit from it as well, it can claim leadership and expect allegiance. Proof of this is Beijing's success in winning European partners such as the United Kingdom, France and Germany for its Asian Infrastructure and Investment Bank (AIIB), despite strong backlash from the United States.

China breaks away from its interdependence with the United States and creates new dependencies.

4.4 The "grand strategy" of the USA

This development is also extremely threatening from the point of view of the geo-strategists in Washington. When China provides public goods such as infrastructure, trade and information channels, it expands its dominance. With its "Silk Road Initiative", the Middle Kingdom wants to connect its economy with its neighbors in the region, with West Asia, Africa and Europe by land and sea.

The thought leaders of American think tanks, such as Gen. Jim Mattis, who shaped ideas at the Hoover Institution before serving as Secretary of Defense (from 2017 to 2019) in the Trump administration, are calling for a new "grand strategy". They, too, are targeting China. Instead of the patchwork of individual strategies towards various countries and in certain policy areas (security, trade or energy policy), the United States should once again pursue a global, cross-thematic orientation, called a grand strategy.¹⁰⁶ The overall objective is to prevent a possible rival from denying the United States maritime or air sovereignty in the Eurasian region – the landmass of the two continents of Europe and Asia, the most populous and economically interesting area on earth – and from blocking US economic activities or denying them access to resources.

Unlike his predecessor, Barack Obama, who wanted to push ahead with his "Pivot to Asia" to contain China with a Transpacific Partnership initiative (TPP) in conjunction with allied countries, his successor relies solely on his nation's military and economic power. Trump is not only leading a trade war with China, but also with America's allies.

In order not to fall behind, US President Trump is trying to prevent China from continuing to rise economically and militarily. By destroying the already battered liberal world order, Trump wants to deprive competitors

of their livelihoods. For in Trump's mercantilist thinking, the rules-based world economic order created by America after World War II now only helps its "enemies": China and Europe.

In Trump's worldview, states have no friends, only interests. There is no common interest in this zero-sum thinking: Trump thinks he can only assert his national interests at the expense of everyone else. Military power offers the "competitive advantage" par excellence: it serves to win in the increasingly fierce international competition – with the right of the strongest and inevitably at the expense of all other nations.¹⁰⁷

4.5 The law of the strongest versus the rule of law

Without the rule of law, the law of the strongest – of the largest military power of the United States – applies.

This foreign policy understanding of US President Trump and his security and economic advisers, which is now explicitly described as "realist" in the current US National Security Strategy,¹⁰⁸ contradicts Germany's preferred liberal internationalist notion of a rules-based world order in which international organizations such as the World Trade Organization (WTO), the United Nations (UN), international law and the principle of equality of the UN Charter play a central role.

In Trump's social-Darwinist worldview, in which maximum military power underlies the right of the strongest, and thus the "transactional leadership"¹⁰⁹ of the United States, multilateral organizations are an obstacle: they are, after all, designed to strengthen international law, to balance, to make the voices of, in Trump's view, weaker ones heard in the concert of nations. If the rules-based order, the international rule of law, in particular the World Trade Organization (WTO) and the multilateral world trade system, are weakened, then the law of the strongest, namely the still largest military power USA, applies.

On the one hand, in order to unleash America's power, US national trade laws¹¹⁰ should be applied strictly and effectively against all trading partners.¹¹¹ On the other hand, international influence, in particular the WTO's rules, should be limited. According to the Trump administration, a WTO ruling against the United States should no longer automatically lead to a change in an American law or trade practice. As a result, the judgments of the WTO dispute settlement mechanism are no longer accepted in principle by the United States – or multilateral arbitration itself is to be undermined.

Because of Washington's obstructionist stance, fewer than three judges are now members of the Appellate Body of the WTO Dispute Settlement Mechanism. It has now fallen short of the minimum number needed for a case decision. This leads to a significant weakening of the WTO and thus also of the global, rules-based trade order, as no procedure can be concluded without a functioning appeals committee. This undermines the binding dispute settlement mechanism that has so far been able to effectively enforce WTO rules.

US President Trump has repeatedly portrayed the multilateral world trade system as a bad deal for America. By playing the military trump card in this policy area, too, and by imposing punitive tariffs – initially on steel and aluminum – on the grounds of national security as justification, Trump is not only enforcing his trade policy goals, but also undermining the WTO. Following the example of the United States, other countries could then also impose tariffs in the name of their national security. That would quickly be the end of an international trade order regulated by the WTO.

So far, the Trump administration has refrained from declaring German cars as a national security threat (in addition to steel and aluminum). After all, the then President of the European Commission, Jean-Claude Juncker, agreed at the summit in Washington on July 25, 2018 to pay tribute to the protective power: in future, Europe was to buy more expensive liquefied natural gas (LNG) from the United States instead of Russian gas supplies.

The fact that the EU and China sued the world power at the WTO only confirmed Trump's Darwinian worldview. His tactical concession for a WTO reform could soon be replaced by the threat to declare the World Trade Organization irrelevant. Even in the best case, arbitration would take a long time.

Much more consequential, however, is the paradigm shift that Trump is making with his combination of trade and security policy:¹¹² it is questionable whether the WTO can settle disputes at all over trade measures based on national security. A danger to the international regulatory framework is also that national security is a WTO exception under Article XXI GATT, which is difficult to verify without straining the credibility of the WTO. The example of steel and aluminum tariffs shows that the United States does not distinguish between allies and other states. In addition to China or Russia, even allies such as Canada, Japan or the EU are affected by the tariffs.

For Trump, the multilateral world trade system is a bad deal for America.

4.6 Necessary EU responses

In the future the EU should leverage the asset of its market size.

The EU can no longer rely on its traditional status as an ally, but, like all other states, must negotiate agreements with the United States that take greater account of American interests. Unlike other countries, however, the EU is a bigger negotiating partner, at least in the area of trade, which negotiates on an equal footing due to the close networking of trade with the US. Europe's market size is a considerable asset which in future should be much more used as a bargaining chip by the new EU Commission. Policy approaches towards achieving this objective exist.¹¹³

An agreement such as the Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) is no longer conceivable for political reasons. The conclusion of the agreement on the reduction of industrial tariffs is also not possible at present. However, progress can be made in other areas. In future, it should be possible to conclude the mutual conformity assessment agreement agreed by the outgoing President of the European Commission, Jean-Claude Juncker and US President Trump in July 2018. This will make it easier for European and American companies to demonstrate that they meet each other's technical requirements.

The EU must also ensure that it only concludes agreements with the United States that do not violate international rules. Under all circumstances, trade restrictions such as the ones obtained by the United States in the NAFTA successor agreement, the United States-Mexico-Canada Agreement (USMCA), must be avoided: Canada and Mexico have been forced to limit their car exports to the United States to a duty-free quota of 2.6 million cars. This introduced the principle of managed trade into a US agreement, although it runs counter to WTO rules. Through an equally problematic "China clause" in the USMCA, the United States wants to deter its neighbors Canada and Mexico from an agreement with China, thereby undermining their trade sovereignty.

On some trade issues which are less security related, European allies could act tactically to get Trump's goodwill. They could, for example, buy American liquefied natural gas, as agreed by Juncker with Trump, and especially armaments to remain technologically dependent and also reduce the American trade deficit. Increased soy imports from the United States also help ease the trade dispute.

Strategically, the EU can reduce its dependence on the dominant US market through diversification, for example through other bilateral and regional free trade agreements that not only open up markets for European products, but

also export European values, norms, and standards. The Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) with Canada, and the trade agreement with Japan are already in force and a great success for the EU. The signing of the agreement with the MERCOSUR countries was another important signal against protectionism. However, it may have to be renegotiated in the environmental field.¹¹⁴ Negotiations with the ASEAN countries, as well as Australia and New Zealand, are also progressing. This network of agreements provides the EU with a little more certainty and predictability should the rules-based multilateral trading system continue to break down.

This fear is justified, because an agreement with the United States on the future of the WTO's Appellate Body is unlikely for the foreseeable future. That is why the EU has already agreed an alternative appeal mechanism with Canada and Norway, among others, on the basis of Article 25 of the Dispute Settlement Understanding (DSU), in order to continue to resolve international disputes on a rule-basis.¹¹⁵ This should remain in force until an agreement can be reached at the WTO level on the continued existence of the Appeals Committee. In the event that the United States permanently blocks the replacement of members of the Appellate Body, thereby permanently suspending the WTO's legally binding dispute settlement procedure, the EU should promote a Plan B with like-minded countries: a multilateral dispute settlement system without the United States.

The EU should try to maintain multilateral coordination with like-minded countries. Without international coordination, a protectionist race between nations and worsening macroeconomic imbalances could become an even bigger global economic problem. This was already evident during the global economic and financial crisis of 2008. Imbalances are reduced not by tariffs and decoupling of value chains, but by long-term structural adjustment processes: surplus countries should save less, i.e. consume more. Deficit countries, on the other hand, should save more.

**Surplus countries
should save less, while
deficit countries
should save more.**

Germany has already increased domestic demand, private consumption in particular being the major contributor. As part of its 353 billion euro Corona aid package, the German federal government can also do more to reduce the current account surplus – also in the interests of European partners – through further investment (particularly in the digital sector) and an opening up the services sector.

In the fight against the Corona crisis, the EU states have adopted the largest budget and financial package in their history. At a special summit in Brussels in July 2020, EU leaders agreed on a comprehensive Corona aid

package of 750 billion euro to be invested in crisis management and the future of Europe. For the first time, the economic and investment program is to be used to take on a larger amount of joint debt.

As foreign credit declines, the pressure on the US to balance its budget will increase. For it is also deficit countries such as the United States that, through their risky financial management, boost macroeconomic imbalances: in 2007/2008, among other things, they led the global economy to the brink of collapse, deprived many European investors of their assets and plunged the eurozone into deep crisis.

As the US twin deficit (budget and trade deficit) is also a consequence of the dollar's dominance, measures should be taken to reduce the structural overvaluation of the dollar. Together with France and as an incentive for China to cooperate, at the G7 and G20 level Germany could advocate reducing exchange rate fluctuations by developing the International Monetary Fund's (IMF) Special Drawing Rights (SDRs) into a supranational reserve currency. With this, Trump and his economic advisers could no longer say that a too strong dollar hurts America.

The time has come to strengthen Europe's political unity, and hence the economic and monetary area, in the global geo-economic competition. This is also to prevent the resurgent macroeconomic imbalances from needing to be corrected by an even larger shock – which next time round cannot be absorbed by manna from the central banks anymore.

The monetary policy of central banks should be facilitated by policymaking.

It is high time that the central banks' monetary policy gets support from economic and fiscal policy. A new "green deal" on both sides of the Atlantic would offer good prospects for the future. To promote the development and dissemination of sustainable technologies, the Major Economies Forum (MEF), initiated by the United States in 2009, should be revitalized. At ministerial level, the 17 economies responsible for around 80 percent of global emissions could help multinationals set clean energy standards and explore new forms of cooperation in sustainable economies.¹¹⁶

In order to reduce existing global inequalities between tech-savvy economies and developing countries, and to put developing countries particularly hard hit by the Corona pandemic on a more sustainable path, the United States and Europe should use their political weight in the Bretton Woods (World Bank and IMF) organizations to tie lending to sustainability criteria, and in particular to encourage investment in sustainable infrastructure and development.

There are also voices from the United Nations calling for a broader role for the World Bank and the IMF to shape a "Green New Deal" as a driver of a fairer and more inclusive development of the world-economy.¹¹⁷ The United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD), a permanent body of the United Nations General Assembly based in Geneva, could also support the predominantly classically trained liberal economists of the World Bank and the IMF with broader economic thinking. This could remedy the failure of the so-called free markets and their proponents.

Futureproof investments could also be financed by "protective taxes": to protect against OPEC's interests, innovation-oriented governments could impose counter-cyclical taxes on fossil fuels, coupled with the market price for oil. This would protect investment in renewable energy from further sudden price falls, possibly initiated by OPEC. In order to facilitate domestic political acceptance, tax revenues could be used not only for research and development of renewable energies, but also for tax relief for the population.

Even US companies that have been focused on fossil fuels and are active globally such as ConocoPhillips and ExxonMobil, as well as the automotive groups Ford and General Motors, might be interested in such a future project. In February 2020, for example, the Climate Leadership Council, a bipartisan association encompassing economic and environmental interests, endorsed the idea of ever-increasing carbon taxes.¹¹⁸

For some time now, the combined scientific expertise in the USA has favored this controlling approach. Instead of various bureaucratic regulations – which result in far fewer carbon reductions – the market failure should be remedied with taxes, according to the Wall Street Journal's January 2019 recommendation by more than 3,500 renowned US economists, including 27 Nobel laureates, four former Fed chiefs, and 15 former heads of the Council of Economic Advisers – leaders who have advised previous US presidents on economic issues – and are likely to continue to translate their expertise into policymaking.¹¹⁹

With taxes the control effect of energy prices could also be used consistently. In order to prevent some states from free-riding, exploiting tax advantages and outdoing their competitors, internationally coordinated measures, such as a carbon border tax, should also be considered. For example, the European Commission wants to impose a carbon tax on imports in order not to affect the competitiveness of European companies, especially in energy-intensive industries. The carbon border tax is a central theme in the European Commission's Green Deal; it should be coordinated with the United States and other innovation-oriented states.

Market failure can be remedied through political (tax) control.

If the level of energy prices, especially in the industrialized countries, were to be raised systematically, gradually and continuously over a longer period of time, there would be greater planning security for adjustment measures on both the energy demand and supply side.

These adjustments should be managed through dialogue. Suppliers and buyers should be brought together at the multilateral level of the G-20 and the International Energy Agency (IEA). IEA executive director Fatih Birol has already initiated a G20 meeting on energy. In addition, on April 24, 2020, Birol convened the first of a future series of virtual roundtables at ministerial level.¹²⁰ "Never waste a good crisis" – in this sense, national leaders worldwide should also use their multibillion-dollar national stimulus programs to promote energy efficiency and renewable energy.

**Oil producing states
could become
state aid cases.**

Because it is possible to do both: on the one hand, to give timely and targeted impulses in view of the current recession in order to stimulate private consumption and entrepreneurial investment in the short term. Provided they are accompanied by political framework conditions (taxes or emissions trading), stimulus packages can, on the other hand, prove transformative in the long run by changing the structure of the economy. Indeed, the experience of the last financial crisis in 2008 shows that "such a climate-oriented stimulus policy not only leads to economic growth and jobs in the short term, but also creates the basis for long-term innovation and climate-friendly economic development."¹²¹

At the same time, during the transitional period – for internal and foreign policy reasons – the existing oil and gas industries and their millions of jobs should be safeguarded, not least by developing technologies to "decarbonize" consumption.

Some energy supply countries, such as Norway, are already making plans for the period after their energy resources have dried up. Even those countries that still have abundant reserves should, in the face of increased international environmental awareness, the reorientation of institutional investors, and corruption in the case of state-dominated exploitation of raw materials, seriously consider alternative economic value creation in order to avoid state failure.

The foreseeable massive problems of many oil-producing countries in the face of low oil prices give cause for concern that countries with raw material wealth and dominance may sooner or later turn into development aid cases.¹²² Thus, it cannot be ruled out that in future, not an energy-potent

Russia, but a crumbling Russian autocracy, will pose even greater challenges for the West.¹²³ This scenario would be all the more problematic if the battered world power, the United States, needed the help of the "regional power"¹²⁴ Russia to contain the other, rising and expansive great power, China.

///

Notes

- 1 The term 'geo-economics' illuminates "non-military instruments of statecraft", as Stuhlberg called it: Adam N. Stuhlberg, Moving Beyond the Great Game. The Geoeconomics of Russia's Influence in the Caspian Energy Bonanza, in: *Geopolitics* 10 (2005) 1, p. 1-25; Robert D. Blackwill and Jennifer M. Harris, *War by Other Means: Geoeconomics and Statecraft*, Cambridge, Mass. 2016.
- 2 This is Walter Russell Mead's assessment in an interview with Anna Sauerbrey: "Trump's path to re-election leads through Beijing", in: *Tagesspiegel*, 02.05.2020, <<https://www.tagesspiegel.de/politik/usa-und-china-trumps-weg-zur-wiederwahl-fuehrt-durch-pekings/25791216.html>> (accessed 23/08/2020).
- 3 For example, the US President's economic adviser and director of the White House Office of Trade and Manufacturing Policy: Peter Navarro, Ricardo Is Dead. Long Live Fair, Balanced, and Reciprocal Trade, Lecture at Harvard Kennedy School, 25.04.2019, <<https://iop.harvard.edu/forum/ricardo-dead-long-live-fair-balanced-and-reciprocal-trade>> (accessed 23/08/2020).
- 4 This term was coined by: Joseph Nye, *Bound to Lead: The Changing Nature of American Power*, New York.
- 5 See Hanns Maull, The "Alliance for Multilateralism" by Germany and France: About Time, But It Needs To Be Serious, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, August 2019, <<https://www.swp-berlin.org/en/point-of-view/2019/the-alliance-for-multilateralism-by-germany-and-france-about-time-but-it-needs-to-be-serious/>> (accessed 23/08/2020).
- 6 See, for example, Xuewu Gu's demand, The Third Way: Why Europe must go it alone (Der dritte Weg: Warum Europa den Alleingang wagen muss), in: *Handelsblatt*, 22.11.2019, <<https://www.handelsblatt.com/meinung/gastbeitraege/gastkommentar-der-dritte-weg-warum-europa-den-alleingang-wagen-muss/25253468.html>> (accessed 23/08/2020).
- 7 See Daniela Schwarzer, Five Points to Make the EU Stronger, DGAP Online Commentary, 01.07.2020, <<https://dgap.org/en/research/publications/five-points-make-eu-stronger>> (accessed 23/08/2020).
- 8 The US government's action against Venezuela (which are less relevant for transatlantic relations) could also be added. US sanctions against Venezuela are also playing into the hands of China, which has long sought to satisfy its growing hunger for energy in the US backyard, the "hemisphere".
- 9 Johns Hopkins University website, Corona Virus Resource Center: <<https://coronavirus.jhu.edu/>> (accessed 23/08/2020).

- ¹⁰ Ibid.
- ¹¹ Transcription of Tom Inglesby's statement in a CNN interview on 31.07.2020.
- ¹² Elise Gould and Valerie Wilson, Black Workers Face Two of the Most Lethal Preexisting Conditions for Coronavirus—Racism and Economic Inequality, Economic Policy Institute, 01.06.2020, <<https://www.epi.org/publication/black-workers-covid/>> (accessed 23/08/2020).
- ¹³ US Bureau of Economic Analysis (BEA), Gross Domestic Product, 2nd Quarter 2020, Press Release, <<https://www.bea.gov/news/2020/gross-domestic-product-2nd-quarter-2020-advance-estimate-and-annual-update>> (accessed 08/23/2020).
- ¹⁴ US Federal Reserve, Transcript of Chair Powell's Press Conference, Washington, DC, 29.07.2020, <<https://www.federalreserve.gov/mediacenter/files/FOMCpresconf20200729.pdf>> (accessed 23/08/2020).
- ¹⁵ Board of Governors of the Federal Reserve System Issues FOMC Statement, 29.07.2020, <<https://www.federalreserve.gov/newsevents/pressreleases/monetary20200729a.htm>> (accessed 23/08/2020).
- ¹⁶ BBC, Trump Says Coronavirus Worse 'Attack' than Pearl Harbor, BBC News, 07.05.2020, <<https://www.bbc.com/news/world-us-canada-52568405>> (accessed 23/08/2020).
- ¹⁷ Laura Silver, Kat Devlin and Christine Huang, Americans Fault China for Its Role in the Spread of COVID-19, Pew Research Center, 30.07.2020, <<https://www.pewresearch.org/global/2020/07/30/americans-fault-china-for-its-role-in-the-spread-of-covid-19/>> (accessed 23/08/2020).
- ¹⁸ Laura Silver, Kat Devlin and Christine Huang, Republicans See China More Negatively Than Democrats, Even As Criticism Rises in Both Parties, Pew Research Center, 30.07.2020, <<https://www.pewresearch.org/global/2020/07/30/americans-fault-china-for-its-role-in-the-spread-of-covid-19/>> (accessed 23/08/2020).
- ¹⁹ Ibid.
- ²⁰ Deb Riechmann and Jonathan Lemire, Trump, Biden Try to Outdo Each Other On Tough Talk On China, Associated Press, 12.07.2020, <<https://abcnews.go.com/Politics/wireStory/trump-biden-outdo-tough-talk-china-71739227>> (accessed 23/08/2020).
- ²¹ US-China Relations are Entering a Dangerous Period, in: The Economist, 30.07.2020, <<https://www.economist.com/leaders/2020/07/30/us-china-relations-are-entering-a-dangerous-period>> (accessed 23/08/2020).

- ²² See *ibid.*
- ²³ Leila Abboud, US Agrees to Buy Sanofi-GSK Covid-19 Vaccine, in: *Financial Times*, 31.07.2020, <<https://www.ft.com/content/327fb576-20ee-4690-a846-fb9415c42c06>> (accessed 23/08/2020).
- ²⁴ Josef Braml, A Tank Filling is Not Enough for TTIP, Dossier Free Trade versus Protectionism, Federal Centre for Political Education (Eine Tankfüllung reicht nicht für TTIP, Dossier Freihandel versus Protektionismus, Bundeszentrale für Politische Bildung), 04.10.2016, <<https://www.bpb.de/politik/wirtschaft/freihandel/233552/eine-tank-fuellung-reicht-nicht-fuer-ttip>> (accessed 23/08/2020).
- ²⁵ In more detail: Josef Braml, *Trump's America – At the Expense of Freedom. The Sell-out of American Democracy and Its Consequences for Europe (Trumps Amerika – Auf Kosten der Freiheit. Der Ausverkauf der amerikanischen Demokratie und die Folgen für Europa)*, Berlin/Cologne: Quadriga, 2016 (updated new edition).
- ²⁶ Donald J. Trump, The Inaugural Address, Remarks of President Donald Trump, White House, 20.01.2017, <<https://www.whitehouse.gov/inaugural-address>> (accessed 23/08/2020).
- ²⁷ *New York Times*, Trump's Speech to Congress: Video and Transcript, <https://www.nytimes.com/2017/02/28/us/politics/trump-congressvideo-transcript.html?_r=0> (accessed 23/08/2020).
- ²⁸ Congressional Budget Office, *Baseline Budget Projections*, 06.03.2020, <www.cbo.gov/publication/56268> (accessed 23/08/2020).
- ²⁹ Congressional Budget Office, *The 2016 Long-Term Budget Outlook*, Washington, DC, 12.07.2016, p. 9.
- ³⁰ Congressional Budget Office, *Monthly Budget Review for July 2020*, Washington, DC, 10.08.2020, <<https://www.cbo.gov/system/files/2020-08/56497-CBO-MBR.pdf>> (accessed 23/08/2020).
- ³¹ US Debt Outlook is Downgraded, in: *New York Times*, 03.08.2020, <<https://www.nytimes.com/live/2020/07/31/business/stock-market-today-coronavirus>> (accessed 23/08/2020).
- ³² Fitch Ratings, Fitch Revises United States' Outlook to Negative; Affirms at 'AAA', *New York*, 31.07.2020, <<https://www.fitchratings.com/research/sovereigns/fitch-revises-united-states-outlook-to-negative-affirms-at-aaa-31-07-2020>> (accessed 23/08/2020).
- ³³ US Department of the Treasury / Federal Reserve Board, *Major Foreign Holders of Treasury Securities*, 17.08.2020, <<https://ticdata.treasury.gov/Publish/mfh.txt>> (accessed 23/08/2020).
- ³⁴ European Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy, *EU-China – A Strategic Outlook*, Joint Communication to the Euro-

pean Parliament, The European Council and the Council, Strasbourg, 12.03.2019, <<https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/communication-eu-china-a-strategic-outlook.pdf>> (accessed 23/08/2020).

- ³⁵ See Hanns Maull, The "Alliance for Multilateralism" by Germany and France (see endnote 5).
- ³⁶ According to estimates by the Financial Times, China already lent more in 2009-10 (110 billion dollars) than the World Bank (103 billion dollars). See Martin Vieiro, Chinese (Un)official Development Aid, in: Americas Quarterly, Winter 2012, <<http://www.americas-quarterly.org/Vieiro>> (accessed 23/08/2020); Hanns Günther Hilpert and Gudrun Wacker, Geoeconomics meets Geopolitics, SWP-Aktuell, May 2015.
- ³⁷ See Markus Ehm, Brussels Notes on Foreign Affairs and Security Policy (Brüsseler Notizen zur Außen- und Sicherheitspolitik), Hanns Seidel Foundation, Brussels 29.07.2020.
- ³⁸ Federal Association of German Industry (BDI), Partner and Systemic Competitor – How Do We Deal with China's State-controlled Economy? (Partner und systemischer Wettbewerber – Wie gehen wir mit Chinas staatlich gelenkter Volkswirtschaft um?), Policy Paper China, Berlin 2019, <https://bdi.eu/media/publikationen/?publication_type=Positionen#/publikation/news/china-partner-und-systemischer-wettbewerber/> (accessed 23/08/2020).
- ³⁹ See European Commission, White Paper on Levelling the Playing Field as Regards Foreign Subsidies, 17.06.2020, COM(2020) 253 final, Brussels, <https://ec.europa.eu/competition/international/overview/foreign_subsidies_white_paper.pdf> (accessed 23/08/2020).
- ⁴⁰ See the "Text of the Press Conference of Chancellor Merkel and French President Emmanuel Macron", Berlin/Paris, 18.05.2020, <<https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/pressekonferenz-von-bundeschkanzlerin-merkel-und-dem-franzoesischen-praesidenten-emmanuel-macron-1753844>> (accessed 23/08/2020).
- ⁴¹ European Commission, Amended proposal for a regulation of the European Parliament and of the Council on access to the EU's internal market for public procurement for goods and services and on procedures to support negotiations on access of goods and services from the Union to the public procurement markets of third countries (Geänderter Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Zugang von Waren und Dienstleistungen aus Drittländern zum EU-Binnenmarkt für öffentliche Aufträge und über die Verfahren zur Unterstützung von Verhandlungen über den Zugang von Waren und Dienstleistungen aus der Union zu den Märkten für öffentliche Aufträge von Drittländern), 29.01.2016, COM(2016) 34 final, Brussels, <<https://ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/1/2016/DE/COM-2016-34-F1-DE-MAIN-PART-1.PDF>> (accessed 23/08/2020).

- ⁴² Interview with: Federal Minister of Economic Affairs Altmaier: "The discussion on Eurobonds is a ghost debate" (Interview mit: Wirtschaftsminister Altmaier: "Die Diskussion über Euro-Bonds ist eine Gespensterdebatte"), in: Handelsblatt, 24.03.2020, <<https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/interview-wirtschaftsminister-altmaier-die-diskussion-ueber-euro-bonds-ist-eine-gespensterdebatte/25672030.html?ticket=ST-4351936-2sAekjgCiAz2mjlUICRN-ap2>> (accessed 23/08/2020).
- ⁴³ Interview with Manfred Weber "An Earthquake for the Legal Architecture of Europe" ("Ein Erdbeben für die Rechtsarchitektur Europas"), in: Die Welt, 17.05.2020, <<https://www.welt.de/politik/ausland/plus208027547/Manfred-Weber-kritisiert-EZB-Urteil-des-Verfassungsgerichts.html>> (accessed 23/08/2020).
- ⁴⁴ Quoted in: Javier Espinoza, Vestager Urges Stakebuilding To Block Chinese Takeovers, in: Financial Times, 12.04.2020, <<https://www.ft.com/content/e14f24c7-e47a-4c22-8cf3-f629da62b0a7>> (accessed 23/08/2020).
- ⁴⁵ Quoted in: Europe is targeting rare raw materials; Commission aims to promote mining and recycling in order to avoid dependencies (Europa nimmt seltene Rohstoffe ins Visier; Kommission will den Abbau und die Wiederverwertung fördern, um Abhängigkeiten zu vermeiden), in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 04.09.2020.
- ⁴⁶ The China-Central-East-Europe Summits, also „17+1“ summits are annual meetings of the Chinese Prime Minister with the heads of government of Central and Eastern European countries.
- ⁴⁷ Ronald O'Rourke, A Shift in the International Security Environment. Potential Implications for Defense – Issues for Congress, Congressional Research Service (CRS), CRS Report for Congress, Washington, DC, 14.07.2015, p. 8.
- ⁴⁸ 90 percent of China's trade goods and 40 percent of oil imported into China are transported by sea. Gabriel B. Collins, China's Dependence on the Global Maritime Commons, in: Andrew S. Erickson, Lyle J. Goldstein and Nan Li (eds.), China, the United States, and 21st Century Seapower, Annapolis, MD: Naval Institute Press, 2010, pp. 14-37, here p. 18.
- ⁴⁹ Michael Paul and Marco Overhaus, Security and Security Dilemmas in Sino-American Relations (Sicherheit und Sicherheitsdilemmata in den chinesisch-amerikanischen Beziehungen), in: Barbara Lippert and Volker Perthes (eds.), Strategic Rivalry between The USA and China (Strategische Rivalität zwischen USA und China), SWP Berlin, February 2020, p. 22-26, here: p. 24.
- ⁵⁰ US Department Of State, Office of the Spokesperson, Secretary Michael R. Pompeo Remarks at the Richard Nixon Presidential Library and Museum: "Communist China and the Free World's Future," 23.07.2020, The Richard Nixon Presidential Library and Museum, Yorba Linda, California, <<https://sv.usembassy.gov/secretary-michael-r-pompeo-remarks-at-the-richard-nixon-presidential-library-and-museum-communist-china-and-the-free-worlds-future/>> (accessed 08/23/2020).

- ⁵¹ These are Brunei, Myanmar, Cambodia, Indonesia, Laos, Malaysia, the Philippines, Singapore, Thailand and Vietnam.
- ⁵² Michael Froman, The Strategic Logic of Trade. Remarks by Ambassador Froman at the Council on Foreign Relations, New York, 16.06.2014, <<https://ustr.gov/about-us/policy-offices/press-office/speeches/transcripts/2014/June/Remarks-USTR-Froman-at-Council-Foreign-Relations-Strategic-Logic-of-Trade>> (accessed 23/08/2020).
- ⁵³ Quoted in: Jane Perlez, US Allies See Trans-Pacific Partnership as a Check on China, in: New York Times, 06.10.2015, <<http://www.nytimes.com/2015/10/07/world/asia/trans-pacific-partnership-china-australia.html>> (accessed 23/08/2020).
- ⁵⁴ According to the Pew Research Center, Germany and the United States: Reliable Allies, Washington, DC, 07.05.2015, <<http://www.pewglobal.org/2015/05/07/germany-and-the-united-statesreliable-allies/>> (accessed 23/08/2020).
- ⁵⁵ Joseph E. Stiglitz, Smoking is healthy! How global corporations take power through TTIP & Co. (Rauchen ist gesund! Wie globale Konzerne über TTIP & Co. die Macht übernehmen), in: International Politics and Society (IPG), May 13, 2015, <<http://www.ipg-journal.de/kommentar/artikel/rauchen-ist-gesund-925/>> (accessed 23/08/2020).
- ⁵⁶ US Department of State, Office of the Spokesperson, Secretary Michael R. Pompeo Remarks at the Richard Nixon Presidential Library and Museum: "Communist China and the Free World's Future," 23.07.2020, The Richard Nixon Presidential Library and Museum, Yorba Linda, California, <<https://sv.usembassy.gov/secretary-michael-r-pompeo-remarks-at-the-richard-nixon-presidential-library-and-museum-communist-china-and-the-free-worlds-future/>> (accessed 08/23/2020).
- ⁵⁷ See David Shambaugh, The New American Bipartisan Consensus on China Policy, in: China-US Focus, 21.09.2018, <<https://www.chinausfocus.com/foreign-policy/the-new-american-bipartisan-consensus-on-china-policy>> (accessed 23/08/2020).
- ⁵⁸ John McCain, Foreign Policy Keynote Speech on May 1, 2007 at the Hoover Institution; for a transcript, see e.g. the homepage of the Council on Foreign Relations: <<http://www.cfr.org/publication/13252/>> (accessed 23/08/2020).
- ⁵⁹ Ivo Daalder and James Lindsay, An Alliance of Democracies. Our Way or the Highway, in: Financial Times, 06.11.2004, <<https://www.brookings.edu/opinions/an-alliance-of-democracies-our-way-or-the-highway/>> (accessed 23/08/2020).
- ⁶⁰ Barack Obama, Speech in Berlin. Transcript of The New York Times, 24.07.2008, <<https://www.nytimes.com/2008/07/24/us/politics/24text-obama.html>> (accessed 23/08/2020).
- ⁶¹ Ibid.
- ⁶² Remarks by Vice President Biden at the 45th Munich Conference on Security Policy, 07.02.2009, <<https://obamawhitehouse.archives.gov/the-press-office/remarks-vice-president-biden-45th-munich-conference-security-policy>> (accessed 23/08/2020).

- ⁶³ Even the optimistic expectations of the oil company BP assume that oil demand will increase by only 0.3 percent annually in the next decade and reach a plateau in the 2030s. BP, Energy Outlook, 2019 Edition, London 2019, p. 79, <<https://www.bp.com/content/dam/bp/business-sites/en/global/corporate/pdfs/energy-economics/energy-outlook/bp-energy-outlook-2019.pdf>> (accessed 23/08/2020).
- ⁶⁴ "Existing instruments do not provide European companies with sufficient protection against unilateral US sanctions. This could severely affect German and European autonomy in energy supply for the foreseeable future", conclude Sascha Lohmann and Kirsten Westphal, Unilateral US Sanctions Against Petro-states. The Geopoliticization of the International Oil Market (Unilaterale US-Sanktionen gegen Petrostaaten. Die Geopolitisierung des internationalen Ölmarkts), SWP Research Paper 28, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, December 2019, p. 1.
- ⁶⁵ The White House, Remarks by President Trump on American Energy and Manufacturing, 13.08.2019, <<https://www.whitehouse.gov/briefings-statements/remarks-president-trump-american-energy-manufacturing-monaco-pa/>> (accessed 23/08/2020).
- ⁶⁶ The White House, National Security Strategy of the United States, Washington, DC, December 2017, p. 22, <<https://www.whitehouse.gov/wp-content/uploads/2017/12/NSS-Final-12-18-2017-0905-2.pdf>> (accessed 23/08/2020).
- ⁶⁷ US Under Secretary of Energy Mark W. Menezes called American LNG a "freedom gas". US Department of Energy, Department of Energy Authorizes Additional LNG Exports from Freeport LNG, Press Release of 28.05.2019, <<https://www.energy.gov/articles/department-energy-authorizes-additional-lng-exports-freeport-lng>> (accessed 23/08/2020).
- ⁶⁸ According to the US Energy Agency, Iran has the second-largest gas reserves after Russia and the fourth-largest proven oil reserves in the world after Venezuela, Saudi Arabia and Canada. US Energy Information Administration (EIA), Country Analysis Executive Summary: Iran, Washington, DC, 07.01.2019, p. 1, 5, <https://www.eia.gov/international/content/analysis/countries_long/Iran/pdf/iran_exe.pdf> (accessed 23/08/2020).
- ⁶⁹ According to the calculations of Goldman Sachs, quoted in: Julian Lee, Welcome to a Truly Free Oil Market, in: Bloomberg, 29.03.2020, <<https://www.bloomberg.com/opinion/articles/2020-03-29/the-coronavirus-means-it-s-a-truly-free-market-for-oil>> (accessed 23/08/2020).
- ⁷⁰ According to the Survey by Baker Hughes, available at: <<https://rigcount.bakerhughes.com/>> (accessed 23/08/2020).
- ⁷¹ Before the layoffs, the US oil industry directly employed more than 150,000 people, indirectly supported more than 10 million additional jobs, and accounted for nearly 8 percent of US GDP. See Randolph Bell, Celebrating the Collapse of the US Oil and Gas Industry Isn't the Path to a Just Energy Transition, in: Real Clear Energy,

26.04.2020, <https://www.realcleanenergy.org/articles/2020/04/26/celebrating_the_collapse_of_the_us_oil_and_gas_industry_is_not_the_path_to_a_just_energy_transition_490078.html> (accessed 23/08/2020).

- ⁷² Timothy Gardner, US Senators Boost Pressure on Saudi, Russia Over Oil Market Share War, in: Reuters, 19.03.2020, <<https://www.reuters.com/article/us-global-oil-usa-saudi/us-senators-boost-pressure-on-saudi-russia-over-oil-market-share-war-idUSKBN21601P>> (accessed 23/08/2020).
- ⁷³ After all, the end of the month and thus the cut-off date for future buying and selling options were approaching. For example, the US benchmark price for West Texas Intermediate (WTI) oil for May even tipped negative. However, the price of June WTI oil declined only slightly, rebounding to around 20 dollars. President Trump's announcement that he would buy up to 75 million barrels of crude oil to further replenish US strategic reserves reassured traders. They also expected prices to recover somewhat, given the deal with OPEC.
- ⁷⁴ See Spoiler Alert, A historic OPEC+ Deal to Curb Oil Output Faces Many Obstacles, in: The Economist, 13.04.2020, <https://www.economist.com/finance-and-economics/2020/04/13/a-historic-opec-deal-to-curb-oil-output-faces-many-obstacles?utm_campaign=the-economist-today&utm_medium=newsletter&utm_source=salesforce-marketing-cloud&utm_term=2020-04-13&utm_content=article-link-1> (accessed 23/08/2020).
- ⁷⁵ Chico Harlan, How the Plunging Price of Oil Has Set Off a New Global Contest, in: Washington Post, 15.07.2015, <<http://www.washingtonpost.com/blogs/wonkblog/wp/2015/07/15/how-the-plunging-price-of-oil-has-set-off-a-new-global-contest/>> (accessed 23/08/2020).
- ⁷⁶ See Dag Harald Claes, Andreas Goldthau and David Livingston, Saudi Arabia and the Shifting Geoeconomics of Oil, Washington, DC: Carnegie Endowment, 21.05.2015, <http://carnegieendowment.org/2015/05/21/saudi-arabia-and-shifting-geoeconomics-of-oil/i8vv?mkt_tok=3RkMMJWWF9wsRojukXPZKXonjHpfsX570sqUkKg38431UFwdcjKpMjr1YYBRcJOaPyQAgobGp5I5FEIQ7XYTLB2t60MWA%3D%3D> (accessed 23/08/2020).
- ⁷⁷ Andreas Goldthau, Global Energy in Transition. How the EU Should Navigate New Realities and Risks, Berlin: German Council on Foreign Relations, DGAP Policy Brief, No. 4/November 2019.
- ⁷⁸ In May 2020, Saudi Aramco lowered oil prices for its export destination Asia, while raising prices for other destinations, according to S&P Global Platts, a price information service for trade in energy, raw materials and agricultural products. Cited in: Spoiler Alert: A Historic OPEC+ Deal to Curb Oil Output Faces Many Obstacles, in: The Economist, 13.04.2020, <https://www.economist.com/finance-and-economics/2020/04/13/a-historic-opec-deal-to-curb-oil-output-faces-many-obstacles?utm_

campaign=the-economist-today&utm_medium=newsletter&utm_source=salesforce-marketing-cloud&utm_term=2020-04-13&utm_content=article-link-1> (accessed 23/08/2020).

- ⁷⁹ German Press Agency (dpa), Merkel vs. Trump: Dispute on the Open Stage at the NATO Summit (Merkel vs. Trump: Streit auf offener Bühne beim Nato-Gipfel), 11.07.2018, <<https://www.zeit.de/news/2018-07/11/merkel-vs-trump-streit-auf-offener-buehne-beim-nato-gipfel-180710-99-97316>> (accessed 23/08/2020).
- ⁸⁰ See Clifford Gaddy, quoted in: Neil MacFarquhar and David M. Herszenhorn, Ukraine Crisis Pushing Putin Toward China, in: New York Times, 20.05.2014, p. A1.
- ⁸¹ For example: Michal Makocki and Nicu Popescu, China and Russia: An Eastern Partnership in the Making? European Union Institute for Security Studies (EUISS), Chaillot Paper No. 140, December 2016, <https://www.iss.europa.eu/sites/default/files/EUISSFiles/CP_140_Russia_China.pdf> (accessed 23/08/2020). More detailed on this question is a literature report by Hannes Adomeit, Russia and China – On the Way to a Strategic Partnership? (Russland und China – auf dem Weg zur strategischen Partnerschaft?), in: SIRIUS 2018, 2 (2), pp. 178-181.
- ⁸² Matthew Lee, US Spares Japan Firm from Iran Sanctions, in: Associated Press, 17.11.2010; Japan's Top Energy Explorer Quits Iran Oil Project, in: Associated Press, 15.10.2010.
- ⁸³ Grillo quotes in: Najmeh Bozorgmehr and Monavar Khalaj, Businesses Eye Huge Opportunities in Iran, in: Financial Times, 14.07.2015.
- ⁸⁴ Ibid.
- ⁸⁵ The International Atomic Energy Agency (IAEA) confirmed this through multiple investigations.
- ⁸⁶ Yossef Bodansky, The New Bloc: The Middle Eastern Entente, in: ISPSW Strategy Series, No. 612, 2019.
- ⁸⁷ However, it remains questionable whether Russia would allow Qatar to supply gas to Europe via Syria, especially since Moscow also wants to supply Russian gas to Turkey and the European Union via its new pipeline.
- ⁸⁸ Kenneth Katzman, Iran's Foreign and Defense Policies, Washington, DC: Congressional Research Service (CRS), CRS Report, 8.5.2019, p. 50.
- ⁸⁹ Rainer Hermann, Iran glaubt an eine Corona-Verschwörung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.03.2020, <<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/iran-glaubt-an-eine-corona-verschwoerung-aus-den-usa-16692927.html>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ⁹⁰ Matthew Forney, China's Going-out Party, in: Time Magazine, 17.01.2005.

- ⁹¹ American Enterprise Institute (AEI), China Global Investment Tracker (CGIT), <<https://www.aei.org/china-global-investment-tracker/>> (accessed 23/08/2020); see also Andreas Goldthau, Global Energy in Transition (see endnote 77), p. 2.
- ⁹² Wu Lei and Shen Qinyu, Will China Go to War over Oil?, in: Far Eastern Economic Review, 69 (April 2006) 3, pp. 38-40.
- ⁹³ Fundamentally: Ernst Ulrich von Weizsäcker and Jochen Jesinghaus, Ecological Tax Reform: A Policy Proposal for Sustainable Development, London 1992; with Anselm Görres and Henner Ehringhaus, with the collaboration of Kai Schlegelmilch and Hans-Jochen Luhmann: The Way to Ecological Tax Reform. Less Environmental Pollution and More Employment. The Memorandum of the Association for Ecological Tax Reform (Der Weg zur ökologischen Steuerreform. Weniger Umweltbelastung und mehr Beschäftigung. Das Memorandum des Fördervereins Ökologische Steuerreform), Munich 1994.
- ⁹⁴ For example: Ernst Ulrich von Weizsäcker and Anders Wijkman: It's our turn. Club of Rome: The Great Report (Wir sind dran. Club of Rome: Der große Bericht), Gütersloh 2017; "Come On!", New York 2018.
- ⁹⁵ Larry Fink, A Fundamental Reshaping of Finance, 2020, <<https://www.blackrock.com/corporate/investor-relations/larry-fink-ceo-letter>> (accessed 23/08/2020).
- ⁹⁶ See John Podesta and Todd Stern, A Foreign Policy for the Climate. How American Leadership Can Avert Catastrophe, in: Foreign Affairs, May/June 2020, <<https://www.foreignaffairs.com/articles/united-states/2020-04-13/foreign-policy-climate>> (accessed 23/08/2020).
- ⁹⁷ See the so-called EU Taxonomy: <https://ec.europa.eu/info/publications/sustainable-finance-technical-expert-group_en> (accessed 23/08/2020).
- ⁹⁸ See Joe Biden's Campaign Website, Fact Sheet: 9 Key Elements of Joe Biden's Plan for a Clean Energy Revolution, <<https://joebiden.com/9-key-elements-of-joe-bidens-plan-for-a-clean-energy-revolution/>> (accessed 23/08/2020).
- ⁹⁹ Wolf Krug, German hide-and-seek game (Deutsches Versteckspiel), in: Die Welt, 12.02.2020, <https://www.welt.de/print/die_welt/debatte/article205790213/Gastkommentar-Deutsches-Versteckspiel.html> (accessed 23/08/2020).
- ¹⁰⁰ Francis Fukuyama, The End of History and the Last Man. New York: Penguin, 1992.
- ¹⁰¹ Josef Braml, Wolfgang Merkel and Eberhard Sandschneider (eds.): Foreign Policy with Autocracies, Yearbook International Politics (Außenpolitik mit Autokratien, Jahrbuch Internationale Politik), Volume 30, Munich: De Gruyter Oldenbourg, 2014.
- ¹⁰² Patrick Köllner, Authoritarian Regime – Not a Worldwide Extinction, But a Growing Challenge (Autoritäre Regime – keine weltweit aussterbende Gattung, sondern eine wachsende Herausforderung). Hamburg: German Institute of Global and Area Studies (GIGA Focus, No. 6/2008); Wolfgang Merkel, Are Dictatorships Returning?

Revisiting the 'Democratic Rollback' Hypothesis, in: Contemporary Politics, 2010, 16/1, pp. 17-31.

- ¹⁰³ Eberhard Sandschneider, *The Successful Descent of Europe. Give Up Power Today to Win Tomorrow* (Der erfolgreiche Abstieg Europas. Heute Macht abgeben, um morgen zu gewinnen). Munich: Hanser, 2011.
- ¹⁰⁴ Stefan Halper, *The Beijing Consensus. How China's Authoritarian Model Will Dominate the Twenty-first Century*. New York: Basic Books, 2010.
- ¹⁰⁵ Francis Fukuyama, *Exporting the Chinese Model*, in: Project Syndicate, 12.01.2016, <<https://www.project-syndicate.org/onpoint/china-one-belt-one-road-strategy-by-francis-fukuyama-2016-01?barrier=true>> (accessed 23/08/2020).
- ¹⁰⁶ Jim Mattis, *A New American Grand Strategy*, Stanford, CA: Hoover Institution, 26.02.2015.
- ¹⁰⁷ More detailed: Josef Braml, *Trump's Zero-Sum Thinking – And Europe's Response*, in: *The International Economy*, Winter 2019, pp. 64-65, 78-79.
- ¹⁰⁸ White House, *A New National Security Strategy for a New Era*, 18.12.2017, <<https://www.whitehouse.gov/articles/new-national-security-strategy-new-era>> (accessed 23/08/2020).
- ¹⁰⁹ The term "transactional leadership" expresses both the relationship and content levels. In this hierarchical exchange relationship, a superior – in this case, President Trump – sets out a target agreement with specific expectations and rewards or punishes subordinates with financial or intangible benefits or disadvantages if they meet or fail to meet the requirements. For more details on transactional leadership, see James MacGregor Burns, *Leadership*, New York 1978.
- ¹¹⁰ In particular, Section 301 of the 1974 Trade Act, which allows the president to impose tariffs and quotas on trading partners that introduce "unacceptable," "inappropriate" or "discriminatory" measures. See Stormy Mildner, Claudia Schmucker, *Trump's Fair Trade: But Fair For Whom? (Trump's Fair Trade: Aber fair für wen?)*, DGAP analysis, 06.07.2017, pp. 13-17, <<https://dgap.org/de/think-tank/publikationen/dgapanalyse/trumps-fair-trade>> (accessed 23/08/2020).
- ¹¹¹ In a fundamental realignment, the United States wants to use its economic and political power to force "fair and reciprocal" market access from trading partners; see the March 2017 report by USTR Robert Lighthizer to Congress. USTR, *2017 Trade Policy Agenda and 2016 Annual Report of the President of the United States on the Trade Agreements Program*, <<https://ustr.gov/sites/default/files/files/reports/2017/AnnualReport/AnnualReport2017.pdf>> (accessed 23/08/2020).
- ¹¹² The Trump administration is seeking The Cold War-era Section 232 of the 1962 US Trade Act, which allows the US president to impose tariffs in the name of national security.

- ¹¹³ More detailed: Josef Braml and Claudia Schmucker, Geo-economic Answers to Trump. How the EU Should Think Trade, Finance and Security Together (Geoökonomische Antworten auf Trump. Wie die EU Handel, Finanzen und Sicherheit zusammen denken sollte), DGAP Policy Brief, No 1/November 2019, <https://dgap.org/sites/default/files/article_pdfs/dgap_policybrief_nr1nov2019_web_0.pdf> (accessed 23/08/2020).
- ¹¹⁴ Detlef Nolte, Mercosur Agreement: Europe's Geo-economic and Strategic Interests (Mercosur-Abkommen: Europas geoökonomische und -strategische Interessen), DGAP Policy Brief No. 16, Berlin: German Council on Foreign Relations (DGAP), September 2019, <https://dgap.org/system/files/article_pdfs/2019-16_DGAPkompakt.pdf> (accessed 23/08/2020).
- ¹¹⁵ European Commission, Joint Statement by the European Union and Canada on an Interim Arbitration Arrangement, 25.07.2019, <<https://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=2053>> (accessed 23/08/2020).
- ¹¹⁶ In more detail: <<https://2009-2017.state.gov/e/oes/climate/mem/index.htm>> (accessed 23/08/2020).
- ¹¹⁷ This was demanded on the occasion of the 75th birthday of the two international organizations, for example by Richard Kozul-Wright, who heads the Globalization and Development Strategies Department at UNCTAD: Richard Kozul-Wright, To Salvage Multilateralism We Need a Global Green New Deal, Blog, 15.10.2019, <<https://unctad.org/en/pages/newsdetails.aspx?OriginalVersionID=2214>> (accessed 23/08/2020).
- ¹¹⁸ Editorial Board, Democrats and Republicans Should Both Embrace This Common-sense, Planet-saving Reform, in: Washington Post, 13.02.2020, <https://www.washingtonpost.com/opinions/democrats-and-republicans-should-both-embrace-this-common-sense-planet-saving-reform/2020/02/12/c28ab042-4dcc-11ea-9b5c-eac5b16dafa_story.html> (accessed 23/08/2020).
- ¹¹⁹ Economists' Statement on Carbon Dividends. Bipartisan Agreement on How to Combat Climate Change, in: Wall Street Journal, 17.01.2019, <<https://www.wsj.com/articles/economists-statement-on-carbon-dividends-11547682910>> (accessed 23/08/2020).
- ¹²⁰ See Frederick Kempe, How the US Can Use the Covid-19 Crisis to Reimagine the Energy World, Save Jobs and Stabilize Markets, in: CNBC, 25.04.2020, <<https://www.cnbc.com/2020/04/25/op-ed-how-the-us-could-use-the-covid-19-crisis-to-reimagine-energy.html>> (accessed 23/08/2020).
- ¹²¹ Mats Kroeger, Karsten Neuhoff and Jörn Richstein, Green New Deal After Corona: What We Can Learn from the Financial Crisis (Green New Deal nach Corona: Was wir aus der Finanzkrise lernen können), DIW aktuell, 30.04.2020.

- ¹²² Amy Myers Jaffe, Emerging-Market Petrostates Are About to Melt Down: Collapsing Oil Prices Risk Igniting a Sovereign Debt Crisis, in: Foreign Affairs, 02.04.2020, <https://www.foreignaffairs.com/articles/2020-04-02/emerging-market-petrostates-are-about-melt-down?utm_medium=promo_email&utm_source=promo_2&utm_campaign=mj020-camp2-newsltr-panel-a&utm_content=20200415&utm_term=mj020-camp2-newsltr-panel-a> (accessed 23/08/2020).
- ¹²³ This is also the assessment of Joseph S. Nye, A Western Strategy for a Declining Russia, in: Project Syndicate, 03.09.2014, <www.project-syndicate.org/commentary/joseph-s-nye-wants-to-deter-russia-without-isolating-it> (accessed 23/08/2020).
- ¹²⁴ Trump's predecessor, Barack Obama, used this somewhat derogatory term to signal to his anti-Russian critics in Congress that Russia was no longer a vital threat to the United States.